

# Preussische Allgemeine



Nr. 2 · 12. Januar 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



## Die Wut wächst

Während die Regierung weiter umherirrt, setzen protestierende Bauern, streikende Eisenbahner und frustrierte Spediteure die Politik unter Druck **Seiten 3 und 24**



**Kultur** Die Königsberger Kunstakademie von 1845 bis 1945 **Seite 11**



**Heimat** Ein Literaturwettbewerb zu Ehren Herders **Seite 23**

FOTOS: IMAGO/OLAF SCHUEKE; OSTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM; UWE HAHNKAMP

VON RENÉ NEHRING

ZUM TODE FRANZ BECKENBAUERS

Wenn internationale Medien binnen einer Stunde nach einer Todesnachricht Nachrufe auf den Verstorbenen veröffentlichen, wird deutlich, dass ein wahrhaft Großer die Welt verlassen hat. So auch am Montag, als sich kurz nach 17 Uhr die Meldung vom Tode Franz Beckenbauers verbreitete. Das britische Boulevardblatt „The Sun“ etwa, das sonst vor jedem deutsch-englischen Länderspiel die Geister der Vergangenheit beschwört, titelte: „R.I.P. DER KAISER“. Die italienische „Gazzetta dello Sport“ schrieb: „Addio a un mito del calcio, addio al Kaiser“ (Abschied von einem Fußballmythos, Abschied vom Kaiser), und die französische Sportzeitung „L'Équipe“ titelte: „LE KAISER EST MORT“ (Der Kaiser ist tot). Auch viele andere Medien weltweit würdigten umgehend die deutsche Legende; Presse, Radio und Fernsehen in Beckenbauers Heimat sowieso.

Eine Legende war Franz Anton Beckenbauer schon zu Lebzeiten. Geboren im Schicksalsjahr 1945 wurde er mit der Nationalmannschaft Europameister 1972, Weltmeister 1974 und 1990 (als Trainer), dann mit dem FC Bayern dreimal Gewinner des Europapokals der Landesmeister, jeweils einmal Sieger des Welpokals, des Europacups der Pokalsieger und (wiederrum als Trainer) des UEFA-Pokals sowie fünfmal Deutscher Meister und viermal Sieger des DFB-Pokals. Nicht zu vergessen auch drei US-Meisterschaften mit Cosmos New York und dem ebenso legendären Pelé als Mannschaftskameraden.

Diejenigen, die das Glück hatten, ihn zu seinen Glanzzeiten bei den Bayern und in der deutschen Nationalelf der 1970er Jahre zu sehen, schwärmen noch immer von seiner Art, den Ball zu bewegen und das Spiel zu lenken. Wo deutsche Kicker sonst Beinamen wie „Katsche“ (Hans-Georg Schwarzenbeck), „Hacki“ (Herbert Wimmer) oder – etwas später –

## Weit mehr als ein Verlust für die Sportwelt

Mit ihrem Fußball-Kaiser verlieren die Deutschen eine Person, von der sie sich weitaus mehr anschauen können, als es den Zeitgenossen oft bewusst war

„die Walz aus der Pfalz“ (Hans-Peter Briegel) oder „Kopfballungeheuer“ (Horst Hrubesch) trugen, verkörperte Beckenbauer eine faszinierende Leichtigkeit, die einhergehend mit einer grandiosen Übersicht dazu führte, dass er von seiner Libero-Position aus das Geschehen auf dem Platz souverän beherrschte.

### Erfolgsorientiert und gottesfürchtig

Doch so strahlend heiter – und so begnadet talentiert – dieser Kaiser auch war, so verdankt er seine Erfolge doch vor allem Einstellungen und Haltungen, die früher als „typisch deutsch“ galten, hierzulande jedoch seit Jahren als „Sekundärtugenden“ verpönt sind. So ordnete Beckenbauer als „Teamchef“ der Nationalmannschaft (Bundestrainer durfte er nicht heißen, da er keine Übungsleiterlizenz besaß) an, dass die Spieler ihre Trikots in die Hose steckten und auch die Nationalhymne mitsangen. Für ihn war klar, dass schon vermeintliche Kleinigkeiten über die Einstellung und damit den Erfolg entscheiden konnten. Dass er diesen immer anstrebte, zeigen die Worte, mit denen er 1990 seine Spieler in Südtirol zu einem ersten Vorbereitungslager für die anschließende WM in Italien begrüßte: „Dass eins klar ist – ihr kommt unter die ersten Vier. Und unser Ziel ist der Titel.“

Während des Turniers dann ließ Beckenbauer in der Unterkunft am Comer See nicht nur perfekte Trainingsbedingun-

gen schaffen, sondern holte mit dem Kapuzinerpater Matthias Doll einen eigenen Seelsorger ins Team, der die Mannschaft vor den Spielen mit einem geistlichen Wort einstimmte. Auch später bekannte sich Beckenbauer immer wieder zu seinem christlichen Glauben und „selbstverständlich“ auch zu täglichem Gebet und Kirchenbesuch. Dass er im Alter sagte, dabei für nichts mehr zu bitten, sondern „nur noch zu danken“, weist den strahlenden Helden als demütigen Menschen aus, dem stets bewusst war, dass er ein außergewöhnliches Leben führen durfte.

Eines der größten Geschenke, das Beckenbauer seinen Landsleuten machte, war indes kein Titel, sondern die Weltmeisterschaft von 2006, die er als Chef des Bewerbungskomitees ins Land holte, und die als schwarz-rot-goldenes „Sommermärchen“ in die Geschichte einging. Unermüdet reiste er um die Welt, um den Zuschlag für die Ausrichtung eines Turniers zu bekommen, das der damalige FIFA-Präsident Sepp Blatter längst den Südafrikanern und ihrem Präsidenten Nelson Mandela in Aussicht gestellt hatte. Dass dies keine Selbstverständlichkeit war, lässt sich daran ermessen, dass es Berlin (für 2000), Leipzig (für 2012), München (für 2018) und Hamburg (für 2024) nicht gelungen ist, Olympische Sommer- oder Winterspiele nach Deutschland zu holen.

So talentiert die „Lichtgestalt“ Franz Beckenbauer auch war – so steckten doch

hinter all seinen Erfolgen vor allem eine professionelle Haltung, ein unbedingter Wille zum Erfolg sowie nicht zuletzt ein unerschütterliches Gottvertrauen.

In Zeiten, in denen der Sport mit seiner Popularität immer häufiger in den Dienst gesellschaftlicher Ziele gestellt wird, sollte auch daran erinnert werden, dass Beckenbauer Politik stets außen vor ließ und seinen Spielern lediglich die längst sprichwörtlichen Worte „Geht's naus und spuits Fußball!“ mit auf den Weg gab. Dass die Nationalelf – wie bei der letzten WM in Katar geschehen – von Politik und Leitmedien dazu genötigt wird, gegen die Führung des gastgebenden Landes zu protestieren, hätte es unter dem „Kaiser“ vermutlich nicht gegeben.

Wie ein wahrer Herr verhielt sich Beckenbauer, als deutsche Medien – darunter viele, die sich zuvor stets in seinem Glanz gesonnt hatten – nach Vorwürfen, die Vergabe der WM von 2006 sei gekauft worden, von ihm abwandten und über ihn herfielen. Obwohl er schwer verbittert war und sich weitgehend aus der Öffentlichkeit zurückzog, keilte er doch nie zurück.

In einer Welt, in der die Deutschen zwar durchgehend geachtet, aber selten geliebt werden, war Franz Beckenbauer – siehe die Zitate am Anfang – eine große Ausnahme. Deshalb sollten sich seine Landsleute fortan nicht nur an die mit ihm verbundenen Erfolge erinnern, sondern auch daran, worauf diese Erfolge beruhten.

IN DIESER AUSGABE

### Politik

Demenz statt Vorsorge – wie die Politik Mittel für den Katastrophenschutz kürzte **Seite 4**

### Kultur

Eine Ausstellung über den Mann, der dem Alten Fritz die Flötentöne beibrachte **Seite 9**

### Das Ostpreußenblatt

Reisemöglichkeiten ins Königsberger Gebiet in schwierigen Zeiten **Seite 13**

### Lebensstil

Reise ins Ammerland, wo das einstige Arme-Leute-Essen Grünkohl salonfähig wird **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Organspende** Das Reich der Mitte will die internationale Zusammenarbeit bei Organverpflanzungen ausbauen. Doch dahinter versteckt sich offenbar ein schreckliches Geheimnis

## Chinas blutiger Boom

Anzahl und sehr rasche Verfügbarkeit von Organen deuten auf massenhaft erzwungene Entnahmen hin

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Dezember vorigen Jahres fanden in Nanning, der Hauptstadt der Autonomen Region Guangxi im Süden der Volksrepublik China, zwei Veranstaltungen zum Thema Organverpflanzung statt: Die 7. Internationale Chinesische Organspendekonferenz sowie das Internationale Kooperations- und Entwicklungsforum zur Organspende und -transplantation im Rahmen der Belt-and-Road-Initiative (BRI), also dem chinesischen Projekt einer „Neuen Seidenstraße“ zwischen dem Reich der Mitte und Partnern in aller Welt.

Bei dieser Gelegenheit erklärte der frühere Vize-Gesundheitsminister Pekings, Huang Jiefu, welcher nunmehr als Vorsitzender des staatlichen Komitees für Organspende und -transplantation sowie Leiter der Entwicklungstiftung für Organtransplantationen fungiert, dass China die internationale Zusammenarbeit zwischen den BRI-Ländern auf dem Gebiet der Transplantationsmedizin vertiefen wolle. Dies geschehe gemäß dem bewährten Modell der „gegenseitigen Konsultation, des gegenseitigen Aufbaus und des gegenseitigen Teilens“. Dabei betonte Huang stolz die führende Rolle seines Landes in diesem speziellen Bereich des Gesundheitswesens.

### „Mord auf Bestellung“?

Und tatsächlich existiert in China mittlerweile eine regelrechte Transplantations-Industrie: Nicht weniger als 712 Kliniken verpflanzen aktuell menschliche Organe, darunter auch das Generalhospital der Volksbefreiungsarmee, in dem die politische und militärische Elite der Volksrepublik behandelt wird. Die Zahl der durchgeführten Transplantationen liegt in der Größenordnung von etwa 100.000 pro Jahr. Angesichts dessen stellt sich natürlich die Frage, woher die vielen Spender kommen, denn in China gibt es starke kulturelle Vorbehalte gegen Organspenden, weil der Körper eines Menschen nach konfuzianischer Ansicht auch im Tode so unversehrte wie möglich bleiben soll.

Bislang ging man im Ausland davon aus, dass die Organe zumeist von Hingerichteten stammen, doch bei rund 6000 Exekutionen pro Jahr ist dies keine ausreichende Erklärung. Denn im Gegensatz

zur Praxis in anderen Staaten wird den Spendern in China in aller Regel nur ein einziges Organ entnommen. Vor diesem Hintergrund handelt es sich um ein Verschleierungsmanöver, wenn Huang angibt, vor der Hinrichtung stehende Delinquenten hätten das „Recht“, ihre Organe „freiwillig“ bedürftigen Personen zur Verfügung zu stellen.

In Wirklichkeit stammen die in China verpflanzten Organe zu rund 95 Prozent von inhaftierten, aber nicht formell zum Tode verurteilten Anhängern der für staatsfeindlich erklärten Falun-Gong-Bewegung, an denen quasi „Mord auf Bestellung“ verübt wird. Dafür gibt es mehrere Beweise.

Da wäre zum einen die außergewöhnlich hohe Zahl von „Notfall-Transplantationen“, bei denen es innerhalb einiger weniger Stunden möglich ist, passende Spender für plötzlich erkrankte Personen zu finden. So meldet die Changzheng-Klinik in Schanghai manchmal bis zu 120 „Notfall-Lebertransplantationen“ pro Monat.

Gleichzeitig sind auch die Wartezeiten bei den geplanten Organverpflanzungen im internationalen Vergleich extrem kurz: Während Patienten in hoch entwickelten Ländern wie den USA oder Großbritannien durchschnittlich zwei bis vier Jahre warten müssen, ehe ein geeignetes Organ zur Verfügung steht, dauert das Ganze in China lediglich zwischen sieben und 28 Tagen. Beide Umstände deuten darauf hin, dass ein großes Angebot an lebenden Spendern mit gesunden Organen zur Verfügung steht, auf die im Bedarfsfall zurückgegriffen werden kann.

### „Das ist unvorstellbar“

Des Weiteren lügt Peking ganz offensichtlich, was die Zahl der Chinesen betrifft, die aus freien Stücken bereit sind, einer Organspende nach ihrem Tode zuzustimmen. So haben sich im Dezember 2015 angeblich an einem einzigen Tag 25.000 Personen als Spender registrieren lassen, und in der dritten Dezemberwoche 2016 wuchs die Zahl der auf dem Papier stehen-

den Spender sogar um 86.000. „Das ist unvorstellbar und beispiellos“, meinte der Geschäftsführer der Ärztevereinigung Doctors Against Forced Organ Harvesting (Ärzte gegen erzwungene Organentnahmen), Torsten Trey, hierzu.

Außerdem gaben Ärzte aus zwölf chinesischen Transplantationskliniken im Herbst 2018 ganz unumwunden zu, Organe von gesunden und vor dem Eingriff definitiv noch lebenden Falun-Gong-Anhängern verpflanzt zu haben. Vor diesem Hintergrund sah das Bezirksgericht Tokio Ende November 2023 hinreichenden Anlass, einen japanischen Vermittler von Organtransplantationen in China ins Gefängnis zu schicken.

Ungeachtet dessen steht zu befürchten, dass Staaten wie die Republik Moldau, Indien, Brasilien und Südafrika sowie die Türkei und der Irak, in denen es einen florierenden Handel mit mehr oder weniger zwangsweise entnommenen menschlichen Organen gibt, künftig enger mit China kooperieren.



Verdächtig kurze Wartezeiten: Organtransplantation im chinesischen Wuhan

Foto: action press

### TRANSPLANTATIONS-INDUSTRIE

## Ein rasant gewachsener Wirtschaftszweig

Der chinesische Markt für Organverpflanzungen hat sein Volumen in wenigen Jahren vervielfacht

In den 1990er Jahren wurde das Gesundheitssystem der Volksrepublik China weitgehend privatisiert. Angesichts dessen suchten sich die Krankenhäuser lukrative Einnahmequellen, wozu auch Organtransplantationen gehörten. Beispielsweise verpflanzte der Chirurg Tan Jianming vom Fuzhou General Hospital der Volksbefreiungsarmee in Nanjing innerhalb weniger Jahre 4200 Nieren.

Auf die gleiche Zahl brachte es eine Klinik in Peking in nur zwölf Monaten. Daraus resultierten erhebliche Umsatzzuwächse. Das Transplantationszentrum der Zentralklinik des chinesischen Militärs in Peking verachtete seine Einnahmen durch Transplantationen zwischen

2006 und 2010. Und das Daping-Krankenhaus in Chongqing steigerte den Umsatz bei Organverpflanzungen innerhalb von zehn Jahren um den Faktor 25.

Damit die Gelder noch reichlicher fließen konnten, stockten die Kliniken ihre Bettenzahl auf. So hat das Erste Zentralhospital in Tianjin ein ganzes Gebäude mit 500 Betten nur für Transplantationspatienten hochgezogen. Außerdem wurden landesweit Ärzte für die Eingriffe geschult. Allein die Tongji-Klinik in Wuhan bildete pro Jahr 27 Transplantationschirurgen aus.

Diese Experten erwirtschaften nun erhebliche Summen. Für eine Nierenverpflanzung berechnen die Krankenhäuser

im Durchschnitt umgerechnet 70.000 US-Dollar, während sie für den „Austausch“ von Lungen, Lebern und Herzen bis zu 180.000 Dollar pro Operation verlangen. Damit bewegen sie sich preislich auf ähnlichem Niveau wie die Transplantationskliniken in der Bundesrepublik. Hierzulande zahlen die Krankenkassen im Durchschnitt 186.000 Euro für eine Organverpflanzung samt Nachsorge innerhalb der folgenden zwölf Monate.

Mit Blick auf die Verhältnisse in China sagte der damalige Stellvertretende Gesundheitsminister Huang Jiefu bereits 2005: „Dass Krankenhäuser an Transplantationen verdienen, liegt im Trend.“ Die Kliniken revanchieren sich dafür bei der

Kliniken bedanken sich bei der Regierung. Und verhehlen dabei nicht einmal die düsteren Quellen ihrer „Ware“

Regierung mit Dankesbotschaften, aus denen hervorgeht, dass sie genau wissen, woher die Organe stammen. So schreibt die China Medical University in Shenyang auf ihrer Internetseite: „Angesichts der Möglichkeit, jedes Jahr eine große Anzahl von Transplantationen durchführen zu können, müssen wir der Regierung für ihre Unterstützung danken. Insbesondere haben der Oberste Volksgerichtshof, die Oberste Volksstaatsanwaltschaft, das Büro für öffentliche Sicherheit, das Justizsystem, das Gesundheitsministerium und das Ministerium für Zivile Angelegenheiten gemeinsam Gesetze erlassen, welche die Organbeschaffung unter staatlichen Schutz stellen.“ W.K.

### ZIEL „AUSROTTUNG“

## Der Kampf gegen Falun Gong

Falun Gong ist ein „System der Kultivierung von Körper und Geist“ auf der Basis traditioneller Meditationstechniken und buddhistischer Lehren, das in der Volksrepublik China im Laufe der 1990er Jahre erhebliche Popularität erlangte. Während die Kommunistische Partei des Landes (KPCh) lediglich 70 Millionen Mitglieder zählte, gab es bald mehr als 100 Millionen Falun-Gong-Anhänger. Deshalb startete die KPCh auf Anweisung des damaligen Partei- und Staatschefs Jiang Zemin am 20. Juli 1999 eine Kampagne zur „Ausrottung von Falun Gong“.

In diesem Zusammenhang kam es auch zur Inhaftierung von unzähligen Falun-Gong-Praktizierenden in Arbeits- und Umerziehungslagern oder Gefängnissen. Doch damit nicht genug: Wie aus zwei Untersuchungsberichten des ehemaligen kanadischen Staatssekretärs und Staatsanwaltes David Kilgour und des kanadischen Menschenrechtsanwaltes David Matas aus den Jahren 2006 und 2016 sowie den wiederholten Enthüllungen der World Organization to Investigate the Persecution of Falun Gong (WOIPFG) hervorgeht, fanden zwischen dem Beginn der Unterdrückung und dem Jahr 2016 rund zwei Millionen Organtransplantationen in China statt, obwohl das Land über kein funktionierendes Organspendesystem verfügte.

Eine logische Erklärung dafür wäre, dass in Haft befindliche Falun-Gong-Mitglieder sowie auch Angehörige weiterer „staatsfeindlicher“ Gruppierungen beziehungsweise nationaler oder religiöser Minderheiten wie Tibeter, Uiguren und Christen ebenso heimlich wie systematisch durch zwangsweise Organentnahmen getötet wurden.

An dieser verbrecherischen Praxis hat sich ganz offensichtlich bis heute nichts geändert. Das zeigt unter anderem ein aktueller Bericht der WOIPFG vom 22. November vergangenen Jahres, welcher auf Recherchen in 32 Krankenhäusern in 23 chinesischen Provinzen beziehungsweise 36 konkreten Zeugenaussagen von Beteiligten basiert. W.K.

# Gefährliches Brodeln

Die seit Jahren in weiten Teilen der Bevölkerung erkennbare Unzufriedenheit mit der Politik nimmt dramatisch zu. Umso befremdlicher, dass der Regierung kaum mehr dazu einfällt als das Beschimpfen der Protestierenden

VON WERNER J. PATZELT

Unter dem Erdmantel brodeln Magma. Reißt der es überdeckende Boden, dann quillt es an die Oberfläche. Nicht anders verhält es sich mit gesellschaftlicher Empörung. Nur solange die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Zustände eines Landes halbwegs stabil sind, hält das Deckgebirge des Alltags. Zwar kann Politik anwachsender Wut ihre Wucht nehmen, falls Maßnahmen mit ungunstigen Nebenwirkungen eingestellt werden. Ist aber das Deckgebirge ohnehin dünn wie in den neuen Bundesländern, dann werden Vulkanausbrüche wahrscheinlich – wie einst bei den PEGIDA-Demonstrationen in Dresden. Ändern dann Politiker nicht ihren Kurs oder Stil, dann wird die politische Magmablase sich ausdehnen und immer längere Oberflächenrisse herbeiführen.

## Tiefe Wurzeln des Frustes

Dass es sich so ähnlich mit dem jetzigen deutschen Protestgeschehen verhält, kann jedem auffallen, der seinen Blickwinkel nicht verengt. Einwände gegen die Abschaffung der D-Mark konnte man noch mit der Verheißung übertönen, der Euro würde ebenfalls stabil sein und gewiss nicht deutsche Haftungsrisiken bei wirtschafts- oder finanzpolitischen Krisen anderer Euro-Länder nach sich ziehen. Gleichwohl bestanden Sorgen ob des „Teuro“ fort. Sie nährten die frühe AfD. Um sich von der nicht weiter stören zu lassen, definierte man sie als eine rechtspopulistische Eintagsfliege, die man sachlich nicht ernstnehmen müsse. Als es später in Dresden zu den aufsehenerregenden Demonstrationen von „patriotischen Europäern“ gegen die von ihnen befürchtete „Islamisierung des Abendlandes“ kam, wurden die allmorgendlich geäußerten Befürchtungen als rassistische Hirngespinnste abgetan.

Remedur versprach man sich von einer gutwilligen Öffnung Deutschlands für muslimische Zuwanderer samt Volkspädagogik in Sachen Willkommenskultur. Beides trieb immer mehr Leute zunächst auf Dresdens Straßen und dann zur AfD. Um wiederum dem zu wehren, redete man immer lautstärker von jenen Rechtsradikalen, die sich sowohl den PEGIDA-Demonstrationen als auch der AfD anschlossen. Daraus leitete man eine staatsbürgerliche Pflicht ab, weder zu PEGIDA zu gehen noch in der AfD mitzuwirken.

Derweil wuchsen PEGIDA und AfD zu einer systemverdrängenden Protestgemeinschaft zusammen, mit der aus Dresdner Lokalfolklore eine bundesweit aufstrebende Partei wurde. Angesichts dessen verfiel man in Medien und Politik törichterweise darauf, die AfD-mästende Zuwanderung nach Deutschland möglichst zu beschweigen und anlässlich wiederholten Terrors von Muslimen zu erklären, derlei hätte gar nichts mit dem Islam zu tun.

## „Rechte Ecke“ anstelle einer ernsthaften Auseinandersetzung

Als dann die Corona-Politik Freiheitsrechte fühlbar auch dann einschränkte, wenn die vorzubringenden Begründungen nicht sonderlich plausibel waren, wurden Proteste dagegen nicht nur von Wasserwerfern begleitet, sondern oft absichtsvoll mit dem Verdacht garniert, dort marschiere vor allem rechtsradikales AfD-Gesindel. Letzteres sei gar nicht an der kritisierten Politik interessiert, sondern vor allem am Miesmachen. Dumm zwar, dass sich viele grüne Akademiker und Anthroposophen dort fanden, wo die tatsächliche Zusammensetzung der Coronademonstranten untersucht wurde. Doch trotzdem war klar, dass im Dienst normativ alternativer Regierungspolitik der „Kampf



Unverkennbarer Frust: Während ihrer Proteste zu Wochenbeginn zeigen Bauern in der Hauptstadt sowie im ganzen Land, was sie von der Politik der Bundesregierung halten

Foto: Funke Foto Services

gegen rechts“ wieder einmal intensiviert werden müsse.

## Das Scheitern des Ampel-Fortschritts

Dann kam im Dezember 2021 eine sich als fortschrittlich und auf Respekt gegründete Koalition an die Macht. Die wusste nicht nur um das wahre Gemeinwohl, sondern kannte auch den alternativlosen Weg zu ihm. Wenn dafür die Aufgabe des traditionellen links-grünen Pazifismus notwendig war, nur zu! Und wer könnte wohl besser die Energiewende vom Aus für alle Kernkraftwerke bis hin zum Heizungsgesetz voranbringen als solche Staatssekretäre und Abteilungsleiter, die zuvor Lobbyisten grüner Verbände waren?

Nur scheiterte sehr viel an der Widerständigkeit der Wirklichkeit und an der Widerborstigkeit jenes großen Lümmels namens Volk, der am Wahltag so frech sein Kreuz an falscher Stelle setzt. Inzwischen lässt es sich allerdings nicht mehr mangelhafter Öffentlichkeitsarbeit oder unzulänglichem Erklären zuschreiben, wenn das Ansehen der Ampelkoalition weiter verfällt. Es ist schon ihre falsche oder zumindest unzulänglich ausgeführte Politik, deren Weiterführungsversuch gar nicht anders kann, als ideologiefixiert, abgehoben und selbstgefällig zu wirken.

Derweil wuchs die AfD immer weiter. Die kommenden Landtagswahlen im Osten der Republik werden sie wahrscheinlich auch zur Wahlsiegerin klar vor der CDU machen – und diese, da anschließend Anti-AfD-Koalitionen mit Grünen oder Linken eingehend, noch weiter schrumpfen lassen. Dann fiel auch noch das Bundesverfassungsgericht der Ampelregierung in den Arm, fies angerufen von der Union im Bundestag. Wider alle schönen Planungen soll die Regierung nun Euromilliarden einsparen, die ihr gerichtlich gleichsam entzogen wurden.

## Undankbares Volk

Und was macht das Volk? Statt erkennen zu lassen, dass in unserem so reichen Land Steuererhöhungen oder Subventionsstreichungen, die für Humanität und Fortschritt erfor-

derlich wären, doch kein Problem sein dürften, hat es großenteils Verständnis für Proteste wie die der Bauern!

Wie schade, dass die sich nicht so leicht als rassistisch hinstellen lassen wie einst die PEGIDA-Demonstrationen. Auch nicht so bequem als rechtspopulistisch wie Proteste gegen die Corona-Politik. Warnen wird man aber schon sollen, dass nun Rechtsradikale derlei Veranstaltungen „kapern“ könnten. Und sogar zu skandalisieren wird sein, dass aufgebrauchte Bauern vermeintlich den Wirtschaftsminister nicht seiner Fährte entsteigen ließen. Womöglich sind das alles ja Vorzeichen eines Umsturzversuchs, weshalb gar ans allgemeine Widerstandsrecht nach Artikel 20,4 des Grundgesetzes zu denken wäre. Im Übrigen ließe sich derlei gar nicht mit den Demonstrationen gegen Braunkohletagebau oder Atommülllager vergleichen, auch wenn diesen sich altbekannte Linksextremisten gerne anschlossen und Zwillen gegen Polizisten einsetzten. Damals wurde nämlich im Wesentlichen die richtige Haltung gezeigt, jetzt aber klar die falsche.

## Das eigentliche Problem

Das Kriterium dafür? Es ist wohl der Grad, zu dem eine Haltung von unseren linksgrünen Eliten geteilt wird. Damit sind wir bei jenem Problem, das dem allgemeinen Grummeln, auch mancherlei politischen Magmaausbrüchen seit Längerem zugrunde liegt. Es regieren nämlich – vereinfacht, doch ausweislich demoskopischer Befunde formuliert – fast allenthalben links der politischen Mitte befindliche Parlamentsmehrheiten gegen eine sich parteipolitisch rechts der Mitte aufhaltende Bevölkerungsmehrheit.

Rein theoretisch könnte sich diese rechte Bevölkerungsmehrheit zwar in rechte Parlamentsmehrheiten umsetzen lassen. Doch in der Praxis geht das nicht, nämlich wegen der vielen Schwüre der CDU zur Dauerverweigerung parlamentarischen Zusammenwirkens mit der AfD, wegen des unabwendlichen politischen Heldentods eines jeden sich der AfD annähernden CDU-Politikers – und auch wegen der zunehmenden Arroganz von AfDlern

gegenüber der von ihnen in einigen Bundesländern abgehängten CDU. Das alles stabilisiert das Deckgebirge oberflächlicher politischer Normalität gegen den Druck des allenthalben in Deutschland emporquellenden AfD-freundlichen Magmas, bewirkt aber auch nicht mehr, als Stützwände für abrutschende Hänge leisten.

## Wiederkehrende Geister

Im Grunde wiederholt sich nun deutschlandweit mit den Bauern- oder Spediteursprotesten, was einst bei den Dresdner PEGIDA-Demonstrationen begann, doch nun mit größerer Vielfalt der Empörungsgründe. Es wird nämlich das Ungeschick der Ampelregierung bei Sparnotwendigkeiten weithin wahrgenommen als nur Teil eines Gesamtversagens unserer Politikerschaft, etwa beim Umschwenken auf eine vernünftige Migrationspolitik, auf eine nicht wirtschaftsschädigende Energiepolitik, auf eine nachhaltige Sozialpolitik. Und während sich vor zehn Jahren noch mancher lustig machen wollte über die Bezeichnung „besorgte Bürger“ für die PEGIDA-Demonstranten, fällt dies nicht mehr wirklich leicht, seit man den aus arabisch-islamischen Staaten importierten, aggressiven Antisemitismus kennengelernt hat. Den Bauern berechnete Sorgen abzusprechen, traut sich ohnehin auch kaum mehr ein Politiker.

Zugleich wandelt sich die Ankündigung vom ländlich-bäuerlichen Gillamoos, man wolle sich die Demokratie zurückholen, von einer herablassend kritisierten rhetorischen Formel zur realen Sorge vor dem, was im Klassenkampf einst der eine Arbeiter dem anderen zurief: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“

Vermutlich werden immer mehr gesellschaftliche Gruppen das Räderwerk unserer Gesellschaft zum Stehen zu bringen versuchen, wann immer sie zusätzliche finanzielle Lasten und bürokratische Auflagen ertragen sollen – und zugleich erleben, dass Hunderttausende junger Leute dank sozialstaatlicher Daseinsvorsorge keine sonderliche Lust mehr auf Arbeit und entsprechende Ausbildung haben. Oder wenn ihnen die Folgen dessen immer klarer werden, dass Deutschland jährlich rund 50 Milliarden Euro für Migranten ausgibt, die unser Land nicht gerufen hat und zu einem nennenswerten Teil auch gar nicht brauchen kann, nämlich teils wegen nicht behebbaren Sprach- und Ausbildungsmängeln, teils wegen selbstgewünschter kultureller Inkompatibilität zu unserer Gesellschaft und zu deren Regeln.

Was tun? Die Regierungsparteien versuchen sich einerseits abwechselnd am Kuschen vor konkreten Forderungen und am selbstgefälligen Herauskehren geistig-moralischer Umgestaltungsansprüche. Andererseits wird folgenblind und bequem schlicht ein Verbot der AfD gefordert, als wäre diese Folge – von schlechtem Regieren und von dessen üblen Nebenwirkungen. Dann veröffentlicht doch endlich das sächsische Gutachten zum AfD-Rechtsextremismus und stellt einen entsprechenden Verbotsantrag! Verlangt endlich vom Verfassungsgericht, dass AfD-Politikern ihre verfassungsfeindlich eingesetzten Grundrechte aberkannt werden! Oder ertragt andernfalls den Vorwurf, dass Euch beim Umgang mit politischem Protest nichts Besseres einfällt als eiferndes Zurückschimpfen.

● Prof. Dr. Werner J. Patzelt war von 1991 bis 2019 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden und ist derzeit Forschungsdirektor des Mathias Corvinus Collegium in Brüssel. Zu seinen Werken gehört „PEGIDA. Warnsignale aus Dresden“ (Thelem 2016) und „Ungarn verstehen“ (Langen Müller 2023). [wjpazelt.de](http://wjpazelt.de)

Es regieren – vereinfacht, doch ausweislich demoskopischer Befunde formuliert – fast allenthalben links der politischen Mitte befindliche Parlamentsmehrheiten gegen eine sich parteipolitisch rechts der Mitte aufhaltende Bevölkerungsmehrheit

## ● MELDUNGEN

Großspenden  
sprudeln heftig

**Berlin** – Die Spenden aus der Wirtschaft für die im Bundestag vertretenen Parteien haben sich 2023 gegenüber 2022 nahezu verdoppelt. Die größte Einzelspende verzeichnete vergangenes Jahr die CSU, die vom Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie 569.962 Euro erhielt. Die meisten Spenden erhielt die CDU mit knapp einer Million Euro. Die beiden Schwesterparteien verbuchten mehr Großspenden als alle anderen Parteien zusammen. Die FDP erhielt gut 300.000 Euro und lag damit vor der AfD, die eine einzige Großspende erhielt. Ein hessischer Unternehmer überließ der Rechtspartei 265.000 Euro. Nach dem Parteiengesetz müssen Einzelspenden, welche die Höhe von 50.000 Euro übersteigen, ausgewiesen werden. Künftig soll die Grenze auf 30.000 Euro abgesenkt werden. Die Linkspartei erhielt als einzige im Bundestag vertretene Partei keine Einzelspende in mindestens dieser Höhe. P.E.

Jugend immer  
ungesünder

**Berlin** – Der „Gesundheitsreport 2023“ des Dachverbandes der Betriebskrankenkassen (BKK) vermeldet, dass die körperliche und seelische Verfassung der Deutschen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren „alarmierend“ sei. Ein Drittel der Jungerwachsenen leide unter chronischen Erkrankungen oder neige zum Rauschtrinken und ungesunder Ernährung in Kombination mit Bewegungsmangel. Des Weiteren schreiben die Autoren, jeder fünfte Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren entwickle eine psychische Erkrankung, die meist sehr lange fortbestehe. Das resultiere auch aus den erheblichen Versorgungslücken in der Psychotherapie, durch welche die besonders häufig auftretenden Depressionen und Suchterkrankungen nicht mit der gebotenen Schnelligkeit behandelt werden könnten. Als Ursache für die schlechte Verfassung der jungen Menschen nennt der BKK-Gesundheitsreport Stress und Leistungsdruck in Schule und Ausbildung. W.K.

Antragszahl  
fast verdoppelt

**Berlin** – Die Zahl der Anträge an die gesetzlichen Krankenkassen auf Kostenübernahme für „geschlechtsangleichende Operationen bei Transpersonen“ hat sich in dem halben Jahrzehnt zwischen 2017 und 2022 fast verdoppelt. Registrierte man 2017 noch 2923 Antragsteller, waren es 2022 5813. Das geht aus einer Statistik des Medizinischen Dienstes Bund hervor. 2022 wurden 55,2 Prozent der Anträge bewilligt, und in weiteren 11,8 Prozent der Fälle fand eine teilweise Kostenübernahme statt. Die Gesamtkosten, die den gesetzlichen Krankenkassen hierdurch entstanden, sind weder dem Medizinischen Dienst noch dem GKV-Spitzenverband bekannt. Angesichts der Preise für die Eingriffe, die meist mit 5000 bis 15.000 Euro zu Buche schlagen, und der Anzahl der genehmigten Anträge lag die von den gesetzlich Versicherten seit 2017 aufgebraachte Summe für die „Geschlechtsangleichungen“ schätzungsweise im dreistelligen Millionenbereich. W.K.



Vom Katastrophenschutz keine Spur: Überschwemmter Bauernhof in Bremen-Timmerloh

Foto: pa

## BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

Katastrophendemenz statt  
langfristiger Maßnahmen

Politiker versprochen viel und hielten wenig – Mittel für Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sowie THW wurden gekürzt

VON HAGEN RITTER

**B**ei Besuchen in Hochwassergebieten in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt hat Bundeskanzler Olaf Scholz den Menschen Hilfen zugesagt. „Wir werden niemanden alleine lassen“, so der Kanzler. Zusammen mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser hatte Scholz im März 2022 auch schon die Gemeinde Ahrbrück besucht, die bei der verheerenden Flutkatastrophe im Ahrtal in weiten Teilen zerstört worden war. Bei diesem Besuch hatte Faeser versichert: „Wir haben aus dieser schrecklichen Katastrophe Konsequenzen gezogen. Wir arbeiten intensiv daran, den Bevölkerungsschutz zu stärken, um uns zu wappnen gegen künftige Klimafolgen und Extremwetterereignisse.“

Ein Blick in die Haushaltsplanung des Bundes lässt allerdings daran zweifeln, ob

Scholz und Faeser das Thema Bevölkerungsschutz wirklich so ernst genommen haben, wie sich dies in Ankündigungen angehört hat. Der Bund hat nämlich nach der Katastrophe in den Flusstälern von Ahr und Erft zwar zunächst ordentlich Geld in die Hand genommen, um die Etats von Technischem Hilfswerk (THW) und Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) aufzustocken. Relativ schnell wurden die Mittel für den Bevölkerungsschutz aber auch schon wieder zurückgefahren.

**Mehr Mittel nach Ahrtal-Katastrophe**

Wie die „Wirtschaftswoche“ anlässlich der aktuellen Hochwasser in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt berichtete, waren für das THW im Haushaltsentwurf für 2023 bereits rund 30 Prozent weniger Mittel vorgesehen als 2022. Noch knauseriger zeigten sich die Haushälter beim

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Dieses musste im Vergleich zum Vorjahr mit annähernd 40 Prozent weniger Geld auskommen.

Für 2024 sind weitere Kürzungen bei THW und BBK vorgesehen. Der Etat des Technischen Hilfswerks soll um zehn Prozent reduziert werden. Beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe geht es gleich um ein Viertel der Mittel, das im Vergleich zum Etat 2023 wegfallen soll.

Schon seit Jahren warnen Fachleute wie der Wasserbau-Experte Holger Schüttrumpf von der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule die Gesellschaft vor einer „Katastrophendemenz“. In der Verantwortung stehen dabei insbesondere die Politiker in Regierungsverantwortung. Diese versprechen unter dem Eindruck von Ereignissen wie im Ahrtal oder der Corona-Pandemie re-

gelmäßig, die Vorsorge zum Bevölkerungsschutz zu verbessern. Vergeht einige Zeit, werden die entsprechenden Posten im Haushalt dann aber als Möglichkeit entdeckt, mit dem Geld für andere Politikprojekte freigemacht werden kann.

Bevölkerungsschutz verlangt allerdings von der Politik Weitblick und Stehtigkeit der Anstrengungen über Jahrzehnte. Der Bund fördert beispielsweise das Projekt „KAHR Klima Anpassung Hochwasser Resilienz“, bei dem unter anderem Überflutungsflächen geschaffen werden, die in Notfällen dem Wasser mehr Raum geben sollen. Ein großes Problem bei solchen Maßnahmen ist die Zeit. Es vergehen mitunter Jahrzehnte, bis etwa aufgeforstete Flächen als sogenannte Schwammlandschaften Wassermassen aufnehmen können, Deiche gebaut sind oder Brücken und Straßen in Gefährdungsgebieten gebaut werden.

**Ampel verliert an Glaubwürdigkeit**

Für die Ampelkoalition steht beim Thema Bevölkerungsschutz auch die Glaubwürdigkeit auf dem Spiel. Regelmäßig bekommen die Bürger Warnungen zu hören, der Klimawandel werde immer häufiger zu Extremwetterereignissen führen. Wird je nach Haushaltslage aber die Vorsorge für den Bevölkerungsschutz immer wieder zusammengestrichen, können die Warnungen vor einem Klimawandel durchaus irgendwann an Überzeugungskraft verlieren.

Der von Regierungspolitikern und vielen Medien gepflegte Klima-Alarmismus und das Gerede vom Hitzetod der Erde haben möglicherweise einen Anteil daran, dass es bereits im Vorfeld der Überschwemmung zu Fehleinschätzungen gekommen ist. Auch im vergangenen Jahr haben Schlagzeilen wie „Extreme Trockenheit in Deutschland“ oder „Der Dürresommer“ den Menschen den Eindruck vermittelt, dass es wieder einmal viel zu wenig regnet. Tatsächlich war das Gegenteil der Fall. Wie Apollo-News ermittelt hat, fiel mit durchschnittlich 954 Litern pro Quadratmeter im Jahr 2023 deutlich mehr Regen als in den Jahren des Vergleichszeitraums 1991 bis 2020.

Zu klären sein wird vor diesem Hintergrund, ob nicht bereits im November 2023 im Rahmen des Wassermanagements die Betreiber von Talsperren Wasser hätten ablassen müssen. Laut einem Bericht der „Bild“ war beispielsweise die Edertalsperre in Hessen, einer der größten Staueisen Deutschlands, schon vor dem Hochwasser zu voll. Auch aus dem Harz wird berichtet, dass Betreiber von Talsperren aus Angst vor Sommerdürren in diesem Jahr auf sehr hohe Füllstände abgezielt haben.

ALICE WEIDEL

## „Die blaue Königin“ rüttelt an der Brandmauer

Angesichts der Rekordwerte der AfD wird deren Co-Vorsitzende jetzt sogar international wahrgenommen

Vor der Alternative für Deutschland liegt ein möglicherweise entscheidendes Jahr. In bundesweiten Umfragen liegt die Partei konstant bei mehr als 20 Prozent und ist zweitstärkste Kraft. In den drei östlichen Bundesländern Sachsen, Thüringen und Brandenburg, in denen im September Wahlen anstehen, wollen sogar deutlich mehr als 30 Prozent der Wähler ihr Kreuz bei der Rechtspartei machen. Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz schreckt die Bürger offenbar nicht mehr ab. Das schlägt sich auch in der Mitgliederzahl nieder, die 2023 um 37 Prozent auf knapp über 40.000 wuchs.

Gut läuft es auch für die Co-Vorsitzende Alice Weidel. Das international renommierte britische Magazin „The Economist“ hat ihr sogar ein großes Porträt gewidmet. „Die blaue Königin“ lautet die Überschrift. Wenn das weltweit

gelesene Magazin der deutschen Oppositionspolitikerin einen mehrseitigen Artikel widmet, zeigt es, wie sehr sie ernst genommen wird. „Mit ihrem blonden Haar, der scharfen Nase, der aufrechten Haltung und dem Aussehen wie eine Geschäftsfrau“ wirke die 44-Jährige „wie eine Königin im Wartestand“, dichtet die britischen Journalisten kurz vor dem Jahreswechsel.

Weidels Klagen über den Niedergang Deutschlands, über unkontrollierte Immigration und steigende Kriminalität bewegen die Wähler zunehmend. Der „Economist“ hebt zudem hervor, dass Weidel als Frau, zumal als lesbische Frau, in der Männer-dominierten Partei herausrage. Zur Beobachtung durch den Verfassungsschutz sagte Weidel gegenüber den britischen Journalisten, dass sie es absurd fände, wenn „Stasi-Spione

meine private Korrespondenz lesen und mein Telefon abhören, obwohl ich eine gewählte Oppositionsführerin bin“. Offenbar glaubt der „Economist“ nicht, dass die Brandmauer der anderen Parteien gegen die AfD ewig hält. Bei der nächsten Bundestagswahl 2025 könne die Partei „zu einer Art Königsmacher“ werden.

Vielleicht fällt die Brandmauer aber schon im September, wenn sehr starke Wahlergebnisse die AfD in eine Machtposition bringen. In Sachsen, woher Co-Parteichef Tino Chrupalla stammt, lag die Partei jüngst laut Civey-Umfrage bei 37 Prozent – deutlich vor der CDU. Die SPD fiele laut dieser Umfrage auf nur noch drei Prozent. Entsprechend nervös sind die etablierten Parteien. Umso heftiger wird derzeit über die Frage eines möglichen Verbots der AfD diskutiert.

SPD-Chefin Saskia Esken forderte erneut, ein Parteiverbot „immer wieder“ zu prüfen. Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider (SPD), warnte hingegen gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“: „Wenn wir eine Partei verbieten, die uns nicht passt, die in Umfragen aber stabil vorne liegt, dann führt das zu einer noch größeren Solidarisierung mit ihr.“ Außerdem sehe er die juristischen Erfolgschancen eines Verbotsverfahrens als gering an. Ähnlich äußerte sich Bundesjustizminister Marco Buschmann. Die Hürden für ein Parteiverbot seien „sehr hoch gesetzt“. Würde das Verfahren scheitern, wäre das „ein gewaltiger PR-Sieg“ für die AfD, sagte der FDP-Politiker. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann hatte der Verbots-idee schon vorher eine Absage erteilt.

Robert Mühlbauer

## GRENZSCHUTZ

## Stübgen könnte jetzt Druck machen

Brandenburg übernimmt den Vorsitz der Innenministerkonferenz – Kritik an Faeser

VON HERMANN MÜLLER

Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) hat zum Jahresanfang von seiner Berliner Amtskollegin Iris Spranger (SPD) den Vorsitz der Innenministerkonferenz (IMK) übernommen. Stübgen, der in den vergangenen Monaten immer wieder mit Kritik an Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) aufgefallen war, bekommt damit in den kommenden zwölf Monaten eine zentrale Rolle in der deutschen Innenpolitik.

Unter den Fachministerkonferenzen gilt die IMK als das bedeutendste Gremium. Schon jetzt steht fest, dass in der Konferenz in den kommenden Monaten das Thema Immigration ein Schwerpunkt sein wird. Angekündigt hatte Stübgen bereits im Vorfeld, dass die EU-Asylreform einen künftigen Schwerpunkt der Arbeit der IMK einnehmen solle. Die EU-Staaten und das Europaparlament hatten sich noch im Dezember auf einheitliche Verfahren an den EU-Außengrenzen geeinigt.

Verabredet wurde in Brüssel neben schärferen Asylregeln auch, Asylverfahren bereits an den Außengrenzen der Europäischen Union durchzuführen. Ob die Umsetzung des sogenannten Grenzverfahrens tatsächlich gelingt, ist allerdings keineswegs garantiert. Erfahrungen mit früheren Kompromisslösungen in der EU zum Asylrecht, speziell hinsichtlich der Dublin-Vereinbarungen, geben Anlass zur Skepsis.

## Schengen funktioniert nicht

Zusammen mit Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) war es Stübgen, der im vergangenen Jahr von Faeser immer wieder die Einführung von Grenzkontrollen an der Grenze zu Polen gefordert hat. Nach monatelangem Zögern stimmte die Bundesinnenministerin schließlich im Oktober den Kontrollen zu. Wie wichtig die Grenzkontrollen sind, zeigen Daten der Bundespolizei.

Wie die „Welt“ unter Berufung auf einen internen Bericht der Bundespolizei kürzlich berichtete, ist die Zahl der unerlaubten Grenzübertreite nach Deutschland im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um rund 38 Prozent gestiegen. Demnach erfassten die Beamten im vergangenen Jahr insgesamt 127.088 unerlaubte Einreisen nach Deutschland.



Will EU-Asylreform aufs Korn nehmen: Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU)

Foto: pa

Sachsens Innenminister zog vor Kurzem bei einem Besuch in Görlitz eine positive Bilanz der im Herbst eingeführten Kontrollen. Mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen dürften Stübgen und Schuster auch Druck auf Faeser machen, an den Grenzkontrollen für längere Zeit festzuhalten. Hinsichtlich der Grenzkontrollen erklärte Schuster sogar, diese seien ein Beleg dafür, dass das Schengen-System nicht funktioniert.

Als grundlegend gescheitert angesehen werden müssen die in den 1990er Jahren getroffenen Dublin-Vereinbarungen. Ein Grundprinzip der Regelungen ist es, dass jener EU-Staat, den ein Asylbewerber zuerst betritt, auch für dessen Asylverfahren zuständig ist. Als EU-Binnenland wäre die Bundesrepublik bei konsequenter Anwendung der Regelung damit nur für jene sehr überschaubare Zahl von Asylbewerbern zuständig, die per Flug-

zeug direkt über den Luftweg nach Deutschland einreisen.

Formal sind die Dublin-Vereinbarungen noch immer gültig, tatsächlich werden sie aber kaum noch angewendet. Als Folge ist Deutschland das Land, in dem die meisten Erstanträge auf Asyl gestellt werden. Laut Eurostat-Daten ist von August 2022 bis August 2023 der Anteil Deutschlands an allen Erstanträgen in der EU von 22,1 Prozent auf 31,7 Prozent gestiegen. Mit deutlichem Abstand folgen Spanien und Frankreich. Schon in den Jahren zuvor wurden laut den Eurostat-Daten in Deutschland die meisten Erstanträge auf Asyl gestellt.

## 3570 Euro pro jungem Asylsucher

Eine neue Auswertung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat zudem zutage gefördert, dass hierzulande Kinder und Jugendliche mittlerweile die größte Gruppe unter den Personen

stellen, die erstmalig Asyl beantragen. Laut den neuen BAMF-Daten waren vergangenes Jahr 31,4 Prozent aller Erstantragsteller noch keine 18 Jahre alt. Im Altersbereich von elf bis 19 Jahren gibt es nach den Erkenntnissen des BAMF zudem einen extrem hohen Anteil von Jungen und jungen Männern.

Die Minderjährigen können selbst keinen Asylantrag stellen. Dies geschieht durch die Eltern, bei sogenannten unbegleiteten Minderjährigen durch einen Vormund wie etwa Jugendämter. Insbesondere die Gruppe der unbegleiteten Kinder und Jugendlichen kostet die Landkreise und Kommunen viel Geld.

Wie aus einer Antwort des Berliner Senats auf eine Anfrage aus der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus hervorgeht, fallen für die Bezirke in der Hauptstadt für jeden unbegleiteten Minderjährigen pro Monat knapp 3570 Euro an Kosten an.

## INDUSTRIE IN DER KRISE

## Düngemittel-Hersteller droht mit Abwanderung

Hohe deutsche Gaspreise gefährden die Produktion in Sachsen-Anhalt – Keine Antwort vom Kanzler

Deutschlands größter Hersteller von Ammoniak und Harnstoff, die SKW Stickstoffwerke Piesteritz, hat erneut mit einer Verlagerung der Produktion nach Österreich gedroht. Nach Firmenangaben kann bei den hohen Gaspreisen nicht mehr wettbewerbsfähig Ammoniak-Dünger hergestellt werden, wenn die Politik nicht gegensteuert.

Laut dem SKW-Sprecher Christopher Profitlich konnte das Unternehmen in Wittenberg-Piesteritz (Sachsen-Anhalt) bisher drastische Maßnahmen wie Kurzarbeit für die 860 Mitarbeiter umgehen. Die Aussichten für das Jahr 2024 schätzt der Sprecher jedoch als „wenig verheißungsvoll“ ein. Durch die hohen Gaspreise sei eine international wettbewerbsfähige Produktion von Ammoniak und Düngerschwerer, so Profitlich. Österreich hat

seine Gasimporte aus Russland zwar ebenfalls reduziert, verzichtet aber bislang nicht vollständig auf russisches Gas. Im Schnitt liegen die Gaspreise in Österreich rund 20 Prozent niedriger als in der Bundesrepublik. Auf die hohen Gaspreise hatten die Stickstoffwerke Piesteritz mit einer zeitweiligen Drosselung und sogar mit einem vorübergehenden Stopp der Produktion reagiert.

Die Leitung des Unternehmens hatte bereits im September 2023 erklärt, SKW müsse den Standort verlassen, „wenn die deutsche Gesellschaft nicht aus ihrem Dornröschenschlaf“ aufwache: „Viele Unternehmen verlassen Deutschland auf leisen Sohlen. Das wollen wir nicht. Wir wollen nicht raus“, so Profitlich im Herbst. In Medienberichten wurde als möglicher neuer Standort

der SKW-Produktion Linz in Oberösterreich genannt.

Als Reaktion hatte Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Sven Schulze den Bund aufgefordert, Lösungen zu finden. Der CDU-Politiker bezeichnete die Stickstoffwerke als ein „extrem wichtiges Unternehmen in Ostdeutschland“, dessen Geschäftsgrundlage nicht verloren gehen dürfe. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) hat sich bereits in einem Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gewandt und seine Sorge um den Wirtschaftsstandort Deutschland geäußert. Wie SKW-Sprecher Profitlich erklärte, ist eine Unterstützung durch die Bundespolitik allerdings bislang ausgeblieben.

Neben den hohen Energiekosten macht den hiesigen Düngemittelherstel-

lern auch die Sanktionspolitik gegen Russland zu schaffen. Zunächst hatte Brüssel die Einfuhr russischer Düngemittel in die EU untersagt, eine Ausfuhr in sogenannte Drittstaaten war von den Sanktionen jedoch nicht betroffen. Als Folge machten russische Düngemittel, die zu sehr günstigen Energiepreisen produziert werden können, Düngern aus EU-Ländern auf dem Weltmarkt scharfe Konkurrenz.

Als Teil der ausgelaufenen Vereinbarung zur Ausfuhr von ukrainischem Getreide hob die EU schließlich auch das Importverbot für russischen Dünger auf. Seitdem klagen Hersteller in der EU darüber, dass sie mit hohen Energiepreisen zu kämpfen haben, während billiger russischer Dünger den europäischen Markt überschwemme. H.M.

## KOLUMNE

## Liebes-Berlin

VON VERA LENGSELD

Wer Berlin an Silvester miterlebt hat, fragt sich, ob er halluziniert hat, wenn er die Berichte über die friedlichen Feiern las. In der ganzen Stadt wurden Polizisten und Feuerwehrleute attackiert. Insgesamt gab es mindestens 1568 Polizeieinsätze. Das sollen 119 Einsätze weniger als im vergangenen Jahr gewesen sein. Das verkaufte Politik und Medien als großen Erfolg, obwohl der von einem nie dagewesenen Aufgebot von 5000 Polizisten und 1500 Feuerwehrmännern erreicht wurde.

Wie man überhaupt von Erfolg sprechen kann bei mindestens 663 Bränden und mehr Rettungseinsätzen (861) als es im letzten Jahr gegeben hat? Es gab mehr als 400 Festnahmen, viele wegen Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz. Im ganzen Stadtgebiet kam es zu „heftigen Explosionen“ von importierten Feuerwerkskörpern und illegalen Kugelbomben. Es wurden mehrere fast fertige Molotow-Cocktails entdeckt, bevor die zum Einsatz kommen konnten. Eine Kugelbombe beschädigte ein Polizeifahrzeug so stark, dass es aus dem Verkehr gezogen werden musste.

So sieht eine „relativ ruhige Nacht“ in der Frontstadt Berlin aus, die von der Feuerwehr als „normales“ Silvestergeschehen beschönigt wird. Schließlich wurden nur 30 Übergriffe auf Feuerwehrmänner verzeichnet. Es ist das neue Normal, das uns hier untergejubelt werden soll. Und ein Delegitimierer der Staatsmacht ist, wer sich erinnert, dass die Feierlichkeiten zur Jahrtausendwende ohne Gewalttätigkeiten auskamen. Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner muss dennoch keine kritische Nachbetrachtung fürchten, denn zum Jahresbeginn wurden Gerüchte über das „süßeste Liebesgeheimnis“ Berlins gestreut. Wegner und welche der Senatorinnen wurde gerätselt, bis die Bildungssenatorin Günther Wunsch als die Neue an seiner Seite vorgestellt wurde. Das perfekte Ablenkungsmanöver.

## MELDUNG

## Knöllchen auch für Ukrainer

Berlin – Seit Jahresbeginn werden auch ukrainischen Autofahrern sogenannte Knöllchen für falsches Parken ausgestellt. Zuvor waren sie ab März 2022 offiziell in sechs von zwölf Berliner Bezirken von den strengen Parkverbotsregeln ausgenommen. Man wolle den Geflüchteten „in diesen schweren Zeiten keine zusätzlichen finanziellen Bürden auferlegen“, hieß es zur Begründung. Vermutlich stellte das Ordnungsamt in den anderen Bezirken gleichfalls keine Strafzettel für ukrainische Falschparker aus. Seit Jahresbeginn wird nun aber geahndet. Vermutlich hat das aber lediglich eine Vermehrung des Verwaltungsaufwandes zur Folge. Zunächst muss das Ordnungsamt den Wohnsitz des Kfz-Halters in der Ukraine ermitteln und anschließend nach dort einen Bußgeldbescheid versenden. Wenn die ukrainische Post diesen überhaupt zustellen kann, fragt sich, was die deutsche Ordnungsbehörde macht, wenn der Betreffende nicht zahlt. F.B.

## ● MELDUNGEN

## US-Amerikaner sterben früher

**Washington** – Die durchschnittliche Lebenserwartung in den Vereinigten Staaten von Amerika ist von 2022 zu 2023 von 78 Jahren auf 76 Jahre gesunken. Männer leben im Mittel sogar bloß noch 73 Jahre. Diese Entwicklung bezeichnete der Leiter der US-Behörde für Lebens- und Arzneimittel (FDA), Robert Califf, als „katastrophal“. Die Ursache liegt für ihn in den zunehmenden „Ungleichheiten“ in der Lebenssituation „je nach Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Wohlstand, Bildung und geografischer Lage“, welche eine adäquate Gesundheitsversorgung für alle erschweren würden. Außerdem spiele der Medikamentenmangel eine maßgebliche Rolle. Den Versicherungsunternehmen zufolge ging die Sterblichkeit von US-Bürgern im Alter von über 65 Jahren um sechs Prozent zurück, während die Übersterblichkeit bei den 35- bis 44-Jährigen um 26 und bei den 25- bis 34-Jährigen um 19 Prozent wuchs. **W.K.**

## Preisträger muss in Haft

**Dhaka** – Ein Gericht in Bangladesch hat den Wirtschaftswissenschaftler und Friedensnobelpreisträger des Jahres 2006, Muhammad Yunus, zu sechs Monaten Haft verurteilt, obwohl rund 170 prominente Persönlichkeiten aus aller Welt für Yunus eingetreten waren, darunter auch der frühere UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und der ehemalige US-Präsident Barack Obama. Dem Chef des Unternehmens Grameen Telecom wird die Nichteinrichtung eines gesetzlich vorgeschriebenen Sozialfonds für die Mitarbeiter zur Last gelegt. Er ist Begründer des Mikrofinanz-Modells, der großen Rückhalt bei der Weltbank und etlichen internationalen Finanzkonzernen genoss, aber mit den Mikrokrediten seiner Grameen Bank an arme Haushalte und Kleingewerbetreibende in der Dritten Welt letztlich viele Menschen in den Ruin durch Überschuldung getrieben hatte. Damit steht Yunus nun noch stärker als bisher in der Kritik. **W.K.**

## Nur 16 Prozent wollen dienen

**Warschau** – Laut einer Umfrage der zweitgrößten polnischen Tageszeitung „Rzeczpospolita“ von Ende Dezember 2023 sind lediglich 15,7 Prozent der Polen bereit, im Falle eines russischen Angriffes freiwillig in der Armee zu dienen. Weitere 29 Prozent würden sich ehrenamtlich in Krankenhäusern oder ähnlichen Einrichtungen betätigen. 25,5 Prozent gaben hingegen an, in einen sicheren Teil ihres Landes flüchten zu wollen. 11,9 Prozent hielten sogar den Gang ins Ausland für die beste Option. Der Rest machte keine Angaben oder signalisierte seine Absicht, gar nichts zu tun. 2023 sind 18.706 Militärangehörige aus dem Dienst ausgeschieden, mehr als in den Jahren zuvor. Zudem liegen für 2024 schon 4834 neue Kündigungen vor. Das gefährdet die Pläne einer Verdoppelung des Personalbestandes der polnischen Armee auf 300.000 Mann und des Aufstiegs Polens zu einer europäischen Militärmacht ersten Ranges. **W.K.**

## AFRIKA

## Machtvakuum in der Sahelzone

Nach dem Abzug der UN-Soldaten ist in Mali und in Niger der Weg frei für dschihadistische Gruppierungen

VON BODO BOST

Die letzten der 2500 in Mali und Niger stationierten französischen und deutschen Soldaten sowie die letzten UN-Soldaten verließen kurz vor Weihnachten die Sahelzone. Nach dem Ende des westlichen Engagements in der Sahelzone stoßen jetzt die Russen und radikale Moslems in das entstandene militärische Vakuum.

Frankreich war nach einem Vormarsch der Dschihadisten auf die Hauptstadt Bamako als ehemalige Kolonialmacht ab 2013 in Mali und in der Sahelzone präsent und hatte bis zu 5500 Soldaten im Rahmen der Anti-Dschihad-Operation „Barkhane“ in Zusammenarbeit mit den Armeen von Mali, Burkina Faso und Niger eingesetzt. Sie hatte den Einsatz von Spezialkräften europäischer Partner durchgesetzt, darunter auch in Spitzenzeiten 2500 Bundeswehresoldaten. Dazu kamen noch einmal 5000 UN-Soldaten.

Nach einer Reihe von Staatsstreichern forderten die drei Sahel-Länder Mali, Burkina Faso und Niger den Abzug der Franzosen, was wiederum einen tiefen Verlust des westlichen Einflusses in der Region zur Folge haben wird. Auf europäischer Seite „wird sich ein militärisches Engagement auf eine militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Form von Ausrüstung, Ausbildung und so weiter beschränken“, glaubt Denis Tull vom Deutschen Institut für Internationale Beziehungen und Sicherheit.

Die Terrorismusbekämpfung wird bilaterale Abkommen erfordern, insbesondere mit Deutschland oder Italien. Deshalb reiste Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius Ende des Jahres noch einmal nach Niger, allerdings ohne Resultat. Die USA hatten die Europäer in der Sahelzone unterstützt, doch Washington kann rechtlich gesehen keine Sicherheitskooperation mit Militärregimen leisten. Die USA haben noch keine Entscheidung über

die Schließung einer Drohnenbasis und die Rückholung ihrer in Niger stationierten 1100 Soldaten getroffen, aber sie können auf keinem Fall das ersetzen, was die Franzosen geleistet haben.

Der einzige externe Akteur ist nunmehr Moskau. Die paramilitärische Gruppe Wagner hat sich in Mali etabliert und ist nun zum Ziel von Operationen dschihadistischer Gruppen geworden. Die Söldnerfirma befindet sich seit der Meuterei ihres Anführers Jewgeni Prigoschin und seinem anschließenden Tod bei einem Flugzeugabsturz Ende August in einem Prozess der Umstrukturierung. Russland behält jedoch seine einflussreichen Aktivitäten bei.

## Dialog mit Dschihadisten?

So sind auch einige Dutzend russische Ausbilder und Militärausbilder in Ouagadougou in Burkina Faso anwesend, auch wenn die Behörden ihre Anwesenheit nicht bestätigt haben. Vor Kurzem wurde

zudem eine russisch-nigrische Partnerschaft unterzeichnet, deren Bedingungen unbekannt blieben. Russland schielt vor allem auf die riesigen Uranvorkommen in Niger, mit dem es einen weiteren Erpressungshebel gegen die westliche Atomindustrie in der Hand hält. Aber infolge des Angriffskrieges gegen die Ukraine wird in Moskau das Militärpersonal für Einsätze in Afrika knapp.

Die Söldnertruppe Wagner verdient ihr Geld auf neokoloniale Weise mit der Ausbeutung der Gold- und Uranminen und setzt bei ihrer militärischen Mission brachiale Gewalt ein, ohne hohe Verluste befürchten zu müssen. Wenn das in Zukunft nicht mehr funktioniert, ziehen sie sich zurück mit dem Ergebnis, dass sie wenigstens den Westen herausgeworfen haben und die Sahel-Staaten von den Dschihadisten übernommen werden.

Aber auch diese sind sich untereinander nicht einig. In Zukunft rechnet fast jeder mit einer Konfrontation zwischen den mit al-Kaida und dem IS verbundenen Dschihadisten einerseits und den jeweiligen Militärregimen andererseits, die im September die Allianz der Sahel-Staaten (AES) gegründet haben. Ihre Charta verpflichtet sie zum gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus.

Es ist zu erwarten, dass jetzt die politischen Aspekte des Kampfes gegen den Dschihadismus in den Hintergrund treten werden. Die Regime in der Sahelzone investieren fast nur in die militärische Reaktion. Die mit der EU vereinbarte Bekämpfung der Migration nach Europa wurde gestoppt, weil der Kampf gegen die Migrationsströme selbst zu einer Fluchtursache geworden war.

Ein Hoffnungsschimmer könnten Verhandlungen mit den Dschihadisten sein, eine Aussicht, die der Westen bisher nicht in Betracht gezogen hatte. Hinter der martialischen Rhetorik der Militärregierungen zeichnet sich in der Praxis hier und da manchmal eine Öffnung ab. Wenn die Regime erkennen, dass der Dialog ein zusätzliches Instrument sein kann, haben sie möglicherweise eine Überlebenschance auch ohne die Europäer und am Ende auch ohne die Russen.



Buntes Erinnerungselement an ein letztlich gescheitertes militärisches Wüstenabenteuer: Mitte Dezember zogen auch die letzten Bundeswehresoldaten im Rahmen der UN-Friedensmission Minusma aus der Sahelzone ab

Foto: pa

## VEREINIGTE STAATEN

## Gezielte Täuschung

Fehlalarme der Sonderpolizei – „Swatting“ gegen konservative Politiker und Moderatoren in den USA

Wenn es in den USA zu hochriskanten Situationen wie Geiselnahmen, bewaffneten Raubüberfällen, Amokläufen oder heftigen Schusswechseln kommt, mit denen die normalen Streifenpolizisten überfordert sind, dann werden Sondereinheiten alarmiert, welche ähnlich wie die deutschen Spezialeinsatzkommandos (SEK) vorgehen. Diese Teams agieren unter dem Kürzel Special Weapons And Tactics (SWAT) und treten nicht selten recht brachial auf – insbesondere dann, wenn von den Tätern eine hohe Gefahr für die Allgemeinheit oder die Beamten auszugehen scheint. Daraus resultieren manchmal auch vermeidbare Todesfälle.

Letzteren Umstand versuchen in den USA nun verstärkt Gegner von republikanischen Politikern oder konservativen Prominenten auszunutzen: Sie täuschen immer wieder Notsituationen vor, damit die Polizei ein SWAT-Team losschickt, und hoffen, dass dieses auf die „Zielperson“ schießt. Ende Dezember ereigneten sich gleich drei solcher Vorfälle.

Der republikanische Abgeordnete Brandon Williams, welcher den 22. Distrikt des Bundesstaates New York im US-Repräsentantenhaus vertritt und dort in drei Ausschüssen sitzt, wurde am Ersten Weihnachtsfeiertag das Opfer anonymer Täter, die gemeldet hatten, in seinem Haus finde eine Schießerei statt. Klugerweise informierte der örtliche Sheriff Williams vor dem Eintreffen der SWAT-Einheit, sodass es zwischen dem Politiker und den Beamten zu keinen gefährlichen Missverständnissen kam.

Williams machte für die Aktion Unterstützer der Demokraten verantwortlich. Wörtlich sagte er: „Wenn das um 3 Uhr morgens passiert wäre, hätte es ganz anders ausgehen können.“

Mittlerweile bereits zum achten Mal bekam die in linken Kreisen besonders verhasste Republikanerin Marjorie Taylor Greene, die wie Williams im Repräsentantenhaus sitzt und dort den Bundesstaat Georgia vertritt, kürzlich Besuch von SWAT-Leuten. Diesmal, weil ein Mann

angab, er habe seine Freundin in Greenes Haus erschossen. Bei den Anrufen zuvor hieß es unter anderem, auf dem Grundstück der Abgeordneten lägen mehrere Leichen. Auch hier reagierten die örtli-



Schreck in der Morgenstunde: Ein SWAT-Team des FBI taucht vor einem Haus auf

chen Sicherheitskräfte zum Glück ebenso vorausschauend wie vorsichtig.

Ein weiteres Opfer des sogenannten Swatting wurde der beliebte konservative Moderator und Kommentator Jack Posobiec. Unbekannte behaupteten gegenüber der Polizei, Posobiec habe seine Eltern erschossen und wolle nun auch Frau und Kind ermorden.

Wie viele falsche Notrufe derzeit in den USA abgesetzt werden, um Personen des politischen Lebens in Gefahr zu bringen, ist unbekannt, denn es gibt keine entsprechende Statistik. Allerdings offenbarten in letzter Zeit noch etliche weitere Konservative neben Williams, Greene und Posobiec, dass ihnen Ähnliches widerfahren sei. Angesichts der offensichtlichen Zunahme derartiger perfider Taten mehren sich nun die Forderungen nach schärferen Gesetzen zur Ahndung des Swatting. Und das ist auch durchaus nachvollziehbar, weil es hier im Grunde um nichts Geringeres als versuchten Mord geht. **Wolfgang Kaufmann**

VON PETER ENTINGER

China war nicht nur der Ort des Corona-Ausbruchs, es war auch weltweit das Land mit den strengsten Anti-Pandemie-Maßnahmen. Darunter litten Bevölkerung und Wirtschaft gleichermaßen. Mit der Rückkehr zur Normalität sollte alles besser werden. „Rachekonsum“, nannten einheimische Medien das Verhalten der Menschen nach Aufhebung der Einschränkungen. Zum Jahreswechsel sieht die Welt nicht mehr so rosig aus.

Das Regime in Peking, das gerne mit Erfolgsmeldungen hausieren geht, hat mit einer Menge Probleme zu kämpfen. Die Mischung aus staatlicher Planwirtschaft und marktwirtschaftlichen Experimenten geht nicht auf. Viele Chinesen mit mittleren Einkommen haben ihre Ersparnisse in Immobilien angelegt, in der Hoffnung, dass die Preise weiter steigen. Doch das Gegenteil ist der Fall. In den vergangenen Jahren wurde so viel gebaut, dass es inzwischen sogar ein Überangebot an Wohnungen gibt und regelrechte Geisterstädte entstanden sind.

Nach einem Vierteljahrhundert stetigen Wachstums steckt die chinesische Baubranche in riesigen Schwierigkeiten. Größere Bauträger haben Schulden von mehreren Hundert Millionen Euro angehäuft. Millionen Chinesen der Mittelschicht fürchten um ihre Ersparnisse und halten ihr Geld zusammen. Dabei hatte die Regierung doch weiteren Nach-Corona-Konsum verordnet. „Damit sich die Wirtschaft 2024 maßgeblich verbessert, ist ein stärkerer Konsum essentiell“, erklärt Max Zenglein, Chefökonom des China-Instituts Merics in Berlin.

#### Chinesen zeigen sich verhalten

Die Regierung war in den vergangenen Monaten bemüht, Vertrauen zu schaffen. Zinsen wurden gesenkt, Anforderungen zum Immobilien-Kauf abgeschafft. Doch die Auswirkungen sind überschaubar. Das musste sogar der Staatschef einräumen. Manche Unternehmen hätten eine schwere Zeit und manche Menschen Probleme bei der Jobsuche und im Alltag, sagte Xi Jinping. Ein bemerkenswertes Eingeständnis des kommunistischen Regimes, dem umgehend die Beschwichtigung folgte: „Das es mal nicht so rund läuft, ist normal.“

Nach wie vor zimmert man sich in Peking seine eigene Realität. Als bekannt wurde, dass die Jugendarbeitslosigkeit enorme Ausmaße annimmt, verbot die Regierung einfach die Veröffentlichung der Statistik. Einer von fünf Menschen zwischen 16 und 24 Jahren ist ohne Arbeit, im vergangenen Sommer strömten elf Millionen Hochschulabsolventen auf einen völlig überhitzten Arbeitsmarkt.



Suche nach einem Job: Hochschulabsolventen auf einer Berufsmesse in Fuyang Anfang Dezember

Foto: imago/NURPhoto

#### CHINA

## Misslungener Spagat zwischen Plan- und Marktwirtschaft

Schulden, Konsumeinbruch, Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrieg mit dem Westen – Peking hat vielfältige Probleme

Doch die Hoffnungen auf gut dotierte Arbeitsplätze erfüllten sich nicht. Es bleibt die Wahl zwischen der Arbeitslosigkeit oder einer Stelle im Niedriglohn-Sektor. Beides sorgt für Frust.

„Das chinesische Wirtschaftswunder ist vorbei“, bilanzierte das Max-Planck-Institut in Berlin vor einigen Monaten. Das darf man nicht falsch verstehen. Chinas Wirtschaft wächst immer noch. Nur nicht mehr ganz so schnell wie in den Vor-Krisen-Zeiten. Und es zeigt sich, dass der Spagat zwischen marktwirtschaftlicher Öffnung und planwirtschaftlicher Regierungskontrolle nicht ganz so einfach ist, wie die Machthaber in Peking glauben machen wollen.

Das liegt auch an Chinas Außenpolitik. Der Wirtschaftskrieg mit den westlichen Staaten ist im vollen Gange. Ein Treffen

zwischen US-Präsident Joe Biden und Xi Jinping führte im November zu keinen nennenswerten Entscheidungen. Die Ausfuhren in die USA gingen zuletzt massiv zurück. Für viele deutsche Firmen ist China nach wie vor ein wichtiger Markt.

#### Es bleibt ein wichtiger Markt

„Diejenigen, die schon hier sind, bleiben“, erklärt Jens Hildebrandt, Vorstandsmittglied der Deutschen Handelskammer. Aber potentielle Einsteiger hätten sich Zurückhaltung verordnet. „Aufgrund geopolitischer Spannungen machen deutsche Firmen ihre Lieferketten, Investitionen und Geschäftsfelder sturmfest. Chinesische Unternehmen holen rasant auf und punkten mit Innovation und Geschwindigkeit“, sagt Hildebrandt.

Aus einer Zusammenarbeit ungleicher Partner ist längst ein erbitterter Kampf um die Märkte entbrannt. Das ist nicht unbedingt anziehend für Investoren. Es gibt einen weiteren Punkt, der zeigt, dass China marktwirtschaftlicher geworden ist, als es die Regierung gerne hätte. Junge, gut qualifizierte Menschen zieht es in Scharen in die Großstädte. Doch dort mangelt es an Jobs. Die gibt es aber auf dem Land. Es ist ein Phänomen, das auch westliche Industrienationen kennen.

Die Regierung in Peking hat staatliche Programme aufgelegt, um jungen Menschen den Umzug aufs Land schmackhaft zu machen. Doch dort fehlt es an Infrastruktur. Und die Gehaltsmöglichkeiten sind gering. Die Staatsführung könnte mit Repressionen reagieren. Doch für bessere Stimmung dürfte das nicht sorgen.

#### GEMA-GEBÜHREN

## Ärgernis für die einen, lebenswichtig für die anderen

Kunden zeigen Unverständnis für drastische Kostenerhöhungen – Urheber erhalten nur zehn Prozent

Eine Rechnung über 29.000 Euro GEMA-Gebühren anstelle der bisherigen 1500 Euro? Wie der Nürnberger Christkindlesmarkt hatten zum Jahresende viele Weihnachtsmärkte Rechnungen in fünfstelliger Höhe von der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) erhalten und protestierten medienwirksam dagegen. Aus Protest wichen sie auf volkstümliche traditionelle Weihnachtslieder wie „Alle Jahre wieder“ aus sowie auf Titel, deren Urheberrechte nach 70 Jahren ausgelaufen sind. Für die fallen keine GEMA-Gebühren an.

Was für viele Musikliebhaber ein Ärgernis darstellt, ist für Künstler dagegen überlebenswichtig, da die GEMA ihre Interessen vertritt. Gegründet wurde der Verein 1915. Zu seinen Aufgaben gehört in Deutschland die Verwaltung der Nut-

zungsrechte aus dem Urheberrecht von etwa 90.000 Mitgliedern und zwei Millionen Rechteinhabern aus aller Welt, in der Regel Komponisten, Textdichter und Musikverleger. Der ostpreußische Komponist Walter Kollo gehörte zum Aufsichtsrat der Organisation.

Von den Einnahmen zahlt die GEMA laut eigenen Angaben 40 Prozent an Mitglieder und 60 Prozent an andere Berechtigte. Im Jahr 2020 erwirtschaftete sie rund 959 Millionen Euro und schüttete aus dieser Summe abzüglich der Verwaltungsgebühren knapp 807 Millionen an Mitglieder und weltweite Rechteinhaber aus, wobei die Ausschüttung nach einem komplexen Verteilerschlüssel erfolgt.

Was viele nicht wissen, ist, dass auch bei einem Straßenfest, einer Party, einer Hochzeit oder Firmenfeier GEMA-Gebüh-

ren anfallen. Es ist also ratsam, eine solche Veranstaltung bei der GEMA anzumelden, um Nachforderungen zu vermeiden. Da die Onlinenutzung über Musik-Streamingdienste in den letzten Jahren enorm gestiegen ist, hat die GEMA 2019 die Gebühren hierfür um 50 Prozent erhöht. Über Onlinedienste verdienen die Urheber relativ wenig. Von einer Millionen Klicks landen im Durchschnitt lediglich 3398 Euro beim Künstler. Am Verkauf der Titel verdienen die Plattenfirma, der Händler, die GEMA und der Vertrieb kräftig mit. 30 Prozent der Nettoeinnahmen verbleiben beim Streaming-Anbieter, 42,4 Prozent gehen an die Plattenfirma, 12,7 Prozent an Interpreten, 9,7 Prozent an den Urheber. Laut finanzen.net muss ein Lied bei YouTube 1612-Mal aufgerufen werden, um dem Künstler einen Euro einzubringen. Bei Spotify sind es

254 Klicks. Von daher erhält die Gebührenerhebung für die Benutzung der Lieder bei Veranstaltungen, im Fernsehen oder Radio für die Künstler wachsende Bedeutung.

Radiosender, Verbände oder Organisationen und Vereine schließen meist Pauschalverträge mit der GEMA. Auch Fitness-Studios verfügen in der Regel über solche Verträge, selbstständige Trainer müssen sich jedoch selbst um die Lizenzierung ihrer Musiklisten kümmern. Für einen Kurs mit 15 Teilnehmern und 20 Kursstunden im Monat beispielsweise fallen rund 60 Euro Gebühren an.

Kritik gab es, weil selbst für Kitas GEMA-Gebühren anfallen, wenn sie Lieder von Rolf Zuckowski spielen wollen. Für sie lohnt sich ein Vertrag jedoch nicht, und die Einzelanmeldung ist oft zu aufwendig.

Manuela Rosenthal-Kappi

#### MELDUNGEN

## Szegedin statt Saarlouis

Shenzhen/Budapest – Der chinesische Elektroautohersteller BYD hat angekündigt, sein erstes europäisches Werk in Ungarn am Standort Szegedin (Szeged) zu errichten. Nach Angaben des ungarischen Außenministers Peter Szijjarto handelt es sich beim BYD-Engagement um eine der größten Investitionen in der Geschichte des Landes. Eine konkrete Investitionssumme nannte Szijjarto nicht. Die Produktionsanlage im Süden Ungarns will BYD in mehreren Etappen errichten. Dabei sollen mehrere Tausende Arbeitsplätze entstehen. Der Autohersteller aus Shenzhen ist einer der größten der Welt und gilt als stärkster Rivale des amerikanischen Elektroautobauers Tesla. Vor der Bekanntgabe, in Ungarn ein Werk zu eröffnen, hatte es in der Automobilbranche Spekulationen gegeben, dass BYD das Ford-Werk in Saarlouis übernimmt. Ford stellt in Saarlouis den Wagen der Kompaktklasse „Focus“ her, dessen Produktion 2025 eingestellt wird. H.M.

## Abhören per Handy und TV

Atlanta – Das US-amerikanische Unternehmen Cox Media Group (CMG) hat eingestanden, sogenanntes „Active Listening“ zu betreiben: Die in Atlanta (Georgia) ansässige Marketingfirma wirbt damit, mittels der Mikrofone in Smartphones und internettauglichen Fernsehern private Gespräche abzuhören, um ihren Geschäftskunden die Möglichkeit zu geben, zielgerichtete Werbung an die Besitzer der Geräte zu schicken. Laut dem Enthüllungsportal „404 Media“ setzt die CMG Künstliche Intelligenz ein, welche die Unterhaltungen auf bestimmte Schlüsselwörter hin analysiert. Nutznießer dieser Überwachungsmaßnahmen sollen die großen IT-Unternehmen YouTube, Google und Bing sein. Auf die Frage nach der Legalität ihrer Aktivitäten antwortete die CMG, durch das Akzeptieren der Allgemeinen Geschäftsbedingung der Hersteller hätten die Geräteneutzer einer fortwährenden Aktivierung der Mikrofone stillschweigend zugestimmt. W.K.

## Neue AKW statt Windkraft

Stockholm – Die schwedische Minderheitsregierung aus Moderater Sammlungspartei, Christdemokraten und Liberalen, die von den konservativen Schwedendemokraten unterstützt wird, hat angekündigt, den 1980 getroffenen Beschluss zur stufenweisen Stilllegung aller Kernkraftwerke im Land nicht weiter umzusetzen. Derzeit sind noch sechs der ursprünglich zwölf Kernreaktoren in Betrieb. Sie decken rund ein Drittel des Strombedarfs ab. Darüber hinaus plant die seit Oktober 2022 amtierende Regierung Kristersson den Bau zehn neuer Atommeiler bis 2045, um die Stromerzeugung für den Industriestandort Schweden zu verdoppeln. In diesem Zusammenhang stellt sie umgerechnet 3,5 Milliarden Euro für Risikogarantien zugunsten privater Investoren zur Verfügung. Die Entscheidung in Stockholm kam auf Druck der Schwedendemokraten zustande, die die Errichtung neuer Windkraftanlagen vehement ablehnen. W.K.

## KOMMENTAR

## Ignoriert aus Ideologie

BODO BOST

Die Argentinienpolitik der Ampel entlarvt die Konzeptlosigkeit-, aber auch Linkslastigkeit der deutschen Südamerikapolitik gegenüber einem neuen innovativen Ansatz zur Lösung der Dauerkrise auf dem Subkontinent. Der Sieg des neuen wirtschaftsliberalen argentinischen Präsidenten Javier Milei hatte sich spätestens seit der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen in Buenos Aires abgezeichnet. Dennoch schien die Berliner Außenpolitik von der dynamischen Entwicklung in Argentinien vollkommen überrascht und überfordert. Deshalb ignoriert man in Berlin ein Angebot des neuen Präsidenten zur Zusammenarbeit.

Ganz anders war es bei Lula da Silva nach dessen Wahl zum Präsidenten Brasiliens vor mehr als einem Jahr. Damals drängten sich deutsche Minister einschließlich Bundeskanzler Olaf Scholz zur Amtseinführung und auch danach, um sich bei dem wegen Korruption und Amtsmissbrauch vorbestraften und bereits ein Jahr inhaftierten Linken die Klinke in die Hand zu geben. Lula hatte die Wahlen mit einer linken Agenda gewonnen, während Milei ein wirtschaftsliberales Modell, das dem Parteiprogramm der FDP hätte entnommen sein können, im Wahlkampf wie nach seiner Amtseinführung vertritt. Das offenbart, wie wenig die FDP in der Ampel gilt, aber auch die Ideologieverbundenheit der Ampel insgesamt, die den Weckruf aus Buenos Aires nicht hören wollte.

Milei hatte dem Westen ein klares Angebot zur Zusammenarbeit gemacht in einer Region, in welcher der Westen nach einer Serie linker Wahlsiege zunehmend isoliert ist. Milei ist der bislang mächtigste Politiker des Globalen Südens, der sich eindeutig auf die Seite der Ukraine und Israels gestellt hat bei den derzeitigen Konflikten, die das Potential zum dritten Weltkrieg haben. Die Ukraine war zur Amtseinführung sogar durch Präsident Wolodymyr Selenskyj vertreten, während Deutschland bloß den Botschafter schickte.

**Berlin bevorzugt vorbestraften Lula**

Anders als beim Brasilianer Lula, von dem auch nach einem Jahr niemand weiß, welche Politik er überhaupt verfolgt, weil er bis heute nur dabei ist, mit leeren Versprechen internationales Geld zu sammeln, um seine linke Wahlklientel

zu bedienen, machte Milei schon nach wenigen Tagen im Amt Ernst mit seiner angekündigten Politik und erließ erste Gesetze zur Eindämmung der staatlichen Ausgaben für den öffentlichen Dienst und im sozialen Bereich. Obwohl er die Wahlen auch mit Hilfe der Armen gewonnen hatte, die in Argentinien sechs Zehntel der Bevölkerung stellen, verlangt er ihnen nun sehr viel ab. Lula erhofft sich das Geld für seine Mittellosen von den BRICS-Staaten. Deswegen hat er sich in den geopolitischen Konflikten in der Ukraine und in Nahost vom Westen distanziert und mitgeholfen, das BRICS-Bündnis aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika zum 1. Januar um den Iran, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Saudi-Arabien, Ägypten und Äthiopien zu erweitern.

**Milei kopiert die Agenda 2010**

Trotz dieser klaren Positionierung schlägt Milei aus Berlin Unsicherheit und Distanz entgegen. Die Mitglieder der Ampelregierung scheinen nicht daran interessiert zu sein, sich ein persönliches Bild von der derzeit wohl dynamischsten Entwicklung im geopolitisch umkämpften Lateinamerika zu machen.

Der radikale geopolitische Schwenk Argentinien ist auch historisch hochinteressant. Das sehr stark europäisch geprägte Land gehörte sowohl nach dem Ersten als auch nach dem Zweiten Weltkrieg zu den weltweit größten Kriegsgewinnern. Dass gerade jetzt Argentinien wieder den Anschluss an den Westen sucht, dort aber weitgehend auf taube Ohren stößt, lässt aufhorchen.

Milei ist der einzige wirklich einflussreiche Politiker Südamerikas, der dem Westen in der aktuellen Phase der geopolitischen Neuordnung eine echte Zusammenarbeit anbietet. Das wird bei seinem Nein zur BRICS-Mitgliedschaft besonders deutlich. Analysten vermuten, dass Milei in der engstirnigen politischen Welt des Berliner Ampelbetriebs in der Schublade des Rechtspopulismus gelandet ist und SPD und Grüne aus Furcht vor ihren linken Flügeln den Kontakt zu ihm vermeiden, wiederum zum Schaden der deutschen Interessen, ohne dass die FDP den Aufschrei wagt. Eigentlich vollzieht Milei eine Kopie von Bundeskanzler Gerhard Schröders Agenda 2010. Die gilt offenbar in manchen linken Kreisen bereits als rechtspopulistisch.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,  
**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.  
**ISSN** 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,90 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann.  
Es gilt Preisliste Nr. 34.**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51**Internet:** www.paz.de**E-Mail:**  
redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:**  
www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Jesus und der Zinsgroschen: Ausschnitt aus dem Fresko von Paul Troger in der Nordkuppel des Stifts Altenburg

## KOLUMNE

## Theokratie oder Laizismus?

FLORIAN STUMFALL

Im weiteren Umfeld des Weihnachtsfestes ist der Rückgriff auf ein Bibelzitat angemessen, zumal, wenn es geeignet ist, nicht nur die religiösen, sondern auch die irdischen Belange zu beleuchten. Es geht um die Stelle Markus 12,17, in welcher der Evangelist beschreibt, wie die Pharisäer Christus eine Frage stellen, die vermeintlich ein unlösbares Dilemma darstellt: Ob es erlaubt sei, dem Kaiser Steuern zu zahlen. Sagt Christus ja, hat er sich des Anspruchs begeben, der Messias zu sein. Sagt er nein, kommt das einer Aufforderung zum Aufstand gleich.

Die Antwort indes war eine große Überraschung: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.“ Hier ist der Unterschied zwischen Politik und Glauben, zwischen Staat und Kirche grundgelegt, eine Errungenschaft, die welthistorischen Charakter trägt. Der Bogen, der sich in der abendländischen Geschichte über diese beiden Antipoden wölbt, gründet in den Christenverfolgungen der Antike und reicht über den Kniefall des Kaisers vor dem Papst in Canossa und noch weiter herauf als bis zum gewaltigen Duett zwischen dem König und dem Großinquisitor in Verdis „Don Carlos“.

Heute ist die Trennung von Kirche und Staat eine Selbstverständlichkeit, an der es nichts zu rütteln gibt, jedenfalls in den Ländern mit christlicher Tradition. Dabei ist hervorzuheben, dass Christus als Religionsgründer durch seine Unterscheidung dem staatlichen Bereich gegenüber dem geistlichen ein Mehr an Macht zugesprochen hat, als bis dahin üblich gewesen war, und damit einen Verzicht auf irdischen Einfluss leistete. Denn nicht nur im Vorderen Orient waren Theokratien die Regierungsform, die seit Urzeiten Geltung hatte und an der zu rütteln niemand dachte.

**Maghreb besser als Deutschland**

Beim Islam ist das bis heute so. Die Lehre Mohammeds beansprucht die umfassende und ausschließliche Zuständigkeit in allen Belangen des menschlichen Daseins. Es gilt der Grundsatz: „Islam din wa daula“ – der Islam ist Religion und Staat zugleich. Die renommierte Islamwissenschaftlerin Christine Schirrmacher sagt, Mohammeds Lehre „umfasst eng miteinander verzahnt religiöse wie rechtliche Aspekte, die Gottesverehrung

betreffende wie gesellschaftliche Regelungen“. Ein wenig blumiger klingt die islamische Selbstdarstellung (Islam intern) zu dieser Frage: „Tauhid ist das Einzig-erkennen Allahs, des Allerbarms, des Allerhöchsten, in der Anbetung. Er alleine hat die Möglichkeit Seine Schöpfung zu erschaffen und zu versorgen. Er alleine besitzt die Vorherrschaft über alle Dinge. Und Er alleine ist der Verwalter der Angelegenheiten ...“

Der gemeinsame Nenner aus diesen drei Stellen ist jedenfalls: Für eine profane Macht ist hier kein Platz. So gesehen

„Gebt dem Kaiser,  
was des Kaisers ist,  
und Gott, was  
Gottes ist“

kann es eigentlich keinen anderen als den politischen Islam geben. Das hat jedoch eine fatale Wirkung: Wo Religion und Politik unter demselben Feldzeichen auftreten, verschafft sich die Politik unter Berufung auf ihr religiöses alter ego und die damit verbundene Freiheit der Ausübung – jedenfalls in abendländisch geprägten Ländern – ungerechtfertigte Vorteile.

Tatsächlich aber kann man feststellen, dass diese orthodoxe Überzeugung nicht in allen islamischen Ländern bestimmend ist. Vor allem im Maghreb gibt es gegenüber den klassischen Autoritäten mehr Bewegungsfreiheit und die Möglichkeit einer freieren Auslegung des Koran. Zudem werden dort kritische Stimmen laut, und gerade diese Länder von Marokko bis Tunesien sind es denn auch, in denen die Scharia keine merkliche politische Rolle spielt. Tatsächlich hängt dort das Maß der islamischen Machtausübung von den politischen Verhältnissen ab.

Ebenso verhält es sich in Ländern, in denen sich die Moslems in der Minderheit befinden. Es ist daher bezeichnend und verstörend, wenn in Deutschland dann und wann öffentlich auf Straßen und Plätzen anlässlich einschlägiger Demonstrationen die Scharia gefordert werden darf. Deren Anhänger scheinen das Land für eine islamische Machtübernahme vorberreiten zu wollen, wenn sie nicht sogar der

Auffassung sind, es wäre bereits dafür fällig. Das heißt, von entschlossenen Moslems wird für Deutschland eine größere Geltung des islamischen Rechts gefordert, als es das beispielsweise im Maghreb hat. Hier geraten die Verhältnisse ein wenig durcheinander.

**Es fehlt an der gleichen Behandlung**

Dasselbe gilt für die Kritik, die man am Islam üben kann. In jenen vergleichsweise liberalen moslemischen Ländern ist sie zugelassen, im Alltag ebenso wie in der theoretischen Diskussion. Ganz anders in Deutschland. Hier gibt es eine Reihe von Gegenständen, die über abwertende Betrachtungen erhaben sind und wo jeder, der solche trotzdem anzustellen wagt, sich der woken Wut einer fanatisierten Meinungs-Maschinerie gegenübersehen muss. Zu diesen gehören alle Betrachtungen über das Klima, das Gendern oder auch die Untadeligkeit der EU. Hier überall wird jeder misstrauische Ansatz einer Betrachtung niedergeschrien und mit den Begriffen Klima-Leugner, Rassist oder EU-Kritiker verunglimpft. Bezeichnend übrigens, dass in einem Land, das seine geistige Kultur auch von der Aufklärung herleitet, das Wort „kritisch“ zum Vorwurf hat werden können.

Und natürlich gibt es dann die Islamkritiker oder auch Islamophoben. Denn die Lehre des Propheten steht ebenfalls über den Bemühungen um eine analytische Beurteilung, in Deutschland zumindest, wo die politisch korrekte Aufgeregtheit zur Tugend einer moralisch überhöhten Sphäre geworden ist.

Der Sache aber ist damit nicht gedient. Denn dort, wo sich zwei verschiedene Auffassungen aneinander messen, kann nur der Kompromiss eine gewaltsame Lösung verhindern. Wo aber eine von beiden als sakrosankt behandelt wird, bleibt bei Meidung der Gewalt der anderen nur die Unterwerfung – das der christliche Wort für „Islam“. Kritik aber am Christentum gibt es auch in abendländischen Gesellschaften mehr als genug und darüber hinaus Schmähungen, Beleidigungen und ungeahndete Verfolgung, auch hierzulande. Es fehlt an der gleichen Behandlung der Lebensauffassungen – hier zuungunsten der angestammten Art, in islamischen Ländern zuungunsten der fremden.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

VON DIRK KLOSE

Quantz ist der Gott der Musik“, schwärmte der preußische Kronprinz Friedrich im Jahr 1732 in einem Brief an seine Schwester Wilhelmine, Markgräfin von Bayreuth. Der zu seiner Zeit in ganz Europa berühmte Flötenvirtuose Johann Joachim Quantz (1697–1773) war über drei Jahrzehnte, von 1741 bis zu seinem Tod am 12. Juli 1773 in Potsdam, Flötenlehrer Friedrichs des Großen, dessen Cammercompositeur er wurde und den er täglich im Flötenspiel unterrichtete, ihn sogar bei seinen Kriegszügen in das jeweilige Heerlager begleitete.

Quantz stammt aus der kleinen Stadt Scheden im heutigen Bundesland Niedersachsen. Sein Talent wurde schon früh entdeckt. Als Stadtpfeifer tingelte er mehrere Jahre durch Deutschland, bis er in Dresden landete, wo ihm Gönner eine Italienreise ermöglichten, auf der er berühmte Musiker wie Antonio Vivaldi und Johann Adolph Hasse kennenlernte.

1728 wurde Quantz Mitglied der Dresdner Hofkapelle. Seine Geburtsstadt Scheden ehrte ihn mit einem ungewöhnlich schönen Denkmal, eingefasst von einem Fries mit der Inschrift: „Zur Erinnerung an des Großen Königs Flötenmeister Johann Joachim Quantz den Sohn Oberschedens 1697–1773.“

Zu seinem 250. Todestag zeigt jetzt das Musikinstrumenten-Museum Berlin die Ausstellung „Johann Joachim Quantz. Musiker – Pädagoge – Instrumentenbauer“, zu der viele Berliner Museen mit Leihgaben beigetragen haben. Sie bezeugt die Vielseitigkeit des Königlich Preussischen Kammermusicus, denn wie im Untertitel gesagt war Quantz sowohl ausübender Musiker und Komponist – von ihm sind über 500 Flöten- und Triosonaten erhalten – als auch Pädagoge, der nicht nur den König unterrichtete und die fast täglichen Abendmusiken des Königs vorzubereiten hatte, sondern mit seinem 1752 veröffentlichten, hier auch gezeigten Lehrbuch „Versuch einer Anweisung die Flöte traversiere zu spielen“ das Flötenspiel bis heute beeinflusst hat.

Und Quantz war zusätzlich auch Instrumentenbauer. Dem flötenbegeisterten König hat er wiederholt neue und verfeinerte Instrumente geliefert und diese durch eine tiefere Stimmung zu dem am



Das Berliner Musikinstrumenten-Museum zeigt, wie Johann Joachim Quantz seinem König Friedrich dem Großen die Flötentöne beibrachte

Bescheidener Zuhörer: Quantz (ganz rechts) lauscht seinem König in Menzels „Flötenkonzert Friedrichs des Großen in Sanssouci“

preussischen Hof beliebten „Waldhornklang“ geformt. Die bis dahin üblichen Instrumente verbesserte er, wie in der Ausstellung sehr schön zu sehen ist, durch eine zweite Klappe, was den Ton erheblich erweiterte. Dieser sei „dick, rundlich und männlich“ rühmte ein Zeitgenosse.

Übrigens war der Flötenbau für Quantz ein lukratives Nebengeschäft, denn zusätzlich zu seinem schon ungewöhnlich hohen Jahressalar von 2000 Talern erhielt er für jedes neue Instrument noch einmal 100 Taler. Jede einzelne Ausgabe wurde in den Schatullenrechnungen des Königs, von denen einige zu sehen sind, gewissenhaft vermerkt.

In der Dresdner Hofkapelle war Quantz zunächst Oboist. Doch er merkte rasch, dass er als Flötist bessere Berufschancen hatte, und so sattelte er um. Im

Jahr 1732 lernte er Kronprinz Friedrich kennen, der ihn sofort zu sich nach Schloss Rheinsberg holen wollte, was der sächsische Hof aber untersagte. Als Friedrich dann König wurde, machte er Quantz ein so lukratives Angebot, dass ihn Dresden ziehen ließ.

In Berlin, wo er als Komponist, Lehrer, Instrumentenbauer und Musikwissenschaftler mehr als ausgelastet war, ist Quantz dann bis zu seinem Lebensende geblieben. Rückblickend weiß er sich beiden Städten zu Dank verpflichtet: „Dresden, oder Berlin waren die Oerter, wo ich mit der Zeit meinen Aufenthalt zu finden wünschte: weil ich dort viel mehr Schönes von Musik hören, und viel mehr lernen zu können glaubte.“

Der flötenspielende König ist bis heute präsent durch das 1852 nachträglich



Johann Joachim Quantz: Portrait (1735) gemalt von Johann Friedrich Gerhard

entstandene Historiengemälde „Flötenkonzert“ von Adolph Menzel, von dem eine große Kopie den Besucher wie einen Blickfang in die Ausstellung führt. Dazu ist eine außergewöhnlich große und genaue Vorstudie Menzels zu sehen, die einen aufschlussreichen Vergleich mit dem großen Bild erlaubt.

Menzels Kunst des genauen Portraits zeigt sich bei durchweg allen Personen: der musizierende König, die etwas schütter wirkende Schwester Wilhelmine auf dem Sofa, daneben die alte Mutter, rechts die Musiker, unter ihnen Friedrichs Hofkapellmeister Carl Heinrich Graun, ganz rechts in etwas devoter Haltung der an der Wand lehrende Quantz. Zwei weitere Blätter zeigen zudem, wie genau Menzel die Flöten in unterschiedlicher Ausfertigung studiert hat.

Als besonderen Schatz zeigt das Museum drei Flöten aus dem Privatbesitz von Quantz und eine weitere, die der König gespielt hat. Zu sehen sind auch die unterschiedlichsten Materialien, die für den Flötenbau verwendet wurden, etwa Palisander, Ebenholz und Buchsbaum. Vielleicht am wertvollsten sind aber zwei Flöten aus Elfenbein.

Flötenbau ist noch heute vielfach Handarbeit, die hier ausgestellten Werkzeuge wie Sägen, Feilen, Messer und Innenbohrer sind neueren Datums, aber so viel anders waren sie bei Quantz auch nicht. Unwillkürlich empfindet man für ihn Bewunderung, da er tagsüber gebohrt und gefeilt hatte und dann am Abend dem sensiblen Flötenspiel nachkam.

Gemäß der mittlerweile von allen Museen verfolgten Devise, Kinder schon möglichst früh an Museen heranzuführen, bietet auch das Musikinstrumentenmuseum ein Kinder- und Familienprogramm an. Die Ausstellung wurde naturgemäß mit Flötenmusik von Quantz eröffnet. Die vier vorgestellten Sonaten waren teilweise von hoher Virtuosität. Sollte der König diese Kompositionen tatsächlich selbst gespielt haben, müsste man ihn noch heute als großen Flötenvirtuosens bezeichnen.

● „Johann Joachim Quantz. Musiker – Pädagoge – Instrumentenbauer“, bis 11. Februar im Musikinstrumenten-Museum, Bengurion-Straße, 10785 Berlin, geöffnet täglich außer montags von 9 bis 17 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr, Eintritt: 6 Euro, Telefon (030) 254 81-178, [www.simpk.de](http://www.simpk.de)

## AUSSTELLUNG

# Wildwuchs im Kunstmuseum

Von barocken Stillleben bis zu Öko-Aktivisten – Ein Darmstädter Sammelsurium über „Grünzeug“

Von „Grün“ ist derzeit viel die Rede. Von Waldsterben, Borkenkäfer, Trockenheit, Klimaschutz und nicht zuletzt von der „grünen“ Regierungspartei. Da liegt es nahe, eine Ausstellung über „Grünzeug“ in der Kunst zu organisieren. Nun ist das ein sehr weites Feld, denn wir sind tagtäglich von Pflanzen umgeben, und sehr häufig tauchen diese somit auch in Gemälden, Zeichnungen, Drucken oder Fotografien auf. Dieses Feld müsste man also eingrenzen, um es für den Betrachter erfassbar zu machen. Leider gelingt das der Schau im Hessischen Landesmuseum Darmstadt nicht. Es reiht sich vielmehr ein wenig zusammenhängendes Sammelsurium an Kunstwerken und Ausstellungsstücken zum Thema „Grün“ aneinander. 125 Werke von über 50 derart unterschiedlichen Künstlern vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart sind offenbar in der gezeigten Bandbreite zu viel.

So begegnen einem zum Beispiel Kupferstiche des 15. Jahrhunderts, in denen

die Gottesmutter Maria in einem idealisierten Renaissance-Garten sitzt. Der „Hortus conclusus“ wird als Zeichen der Jungfräulichkeit von einer breiten Mauer geschützt. Dann sieht man das Spiel mit der Blattornamentik bei den Majuskel-Buchstaben Israhel von Meckenem (1440–1503).

Ebenso kann man diverse Pflanzenstudien des 16. bis 18. Jahrhunderts betrachten. Auch ein Adam und Eva darstellender Kupferstich Albrecht Dürers ist zu sehen. Frans Masereel (1889–1972) nutzte wiederum die Früchte des Gartens ganz sparsam für seine Holzschnitt-Reihe über die menschlichen Sinne. Der Geschmacksinn wird durch eine nackte Frau, einen Apfel essend, dargestellt, der Geruchssinn durch deren Schnupperrn an einer Irisblüte. Der aus dem schlesischen Liebau (in der Ausstellung nur geschichtsvergessen als „Lubawka“ betitelt) stammende Maler Otto Müller (1874–1930) schuf 1912 einen Holzschnitt eines in pa-

radiesischer Unschuld hockenden „Mädchens zwischen Blattpflanzen“. Eine Bleistiftsammlung des 1873 in Danzig ge-



Jan van Huysum (1682–1749): „Blumenstrauß in einer Steinvase“

borenen Johann Vincenz Cissarz zeigt „Vier bäuerliche Figuren bei der Obsternste“. Das Sammelsurium dieser Schau zeigt weiterhin Graphik des Jugendstils, dessen Spiel mit Pflanzenornamentik und paradiesischen Landschaftsszenen um 1900 Programm war, Kitschpostkarten des frühen 20. Jahrhunderts, eine Großfotografie von „Beatles“-Sänger John Lennon mit Frau Yoko Ono.

Nach zahlreichen Bildern und Fotografien von Markthändlern endet die Schau mit einigen Exponaten aus der Anfangszeit der Partei „Die Grünen“, darunter ein Wahlplakat von 1988 und ein Holzschnitt von Joseph Beuys, der sich damals erfolglos um ein Bundestagsmandat bewarb.

● „Grünzeug“ bis zum 11. Februar im Hessischen Landesmuseum Darmstadt, Friedensplatz 1, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, mittwochs bis 20 Uhr. [www.hlmd.de](http://www.hlmd.de)

## MELDUNGEN

# Nietzsche ganz privat

Weimar – Am Montag endet im Museum Neues Weimar, Jorge-Semprún-Platz 5, die Möglichkeit, die private Einrichtung der Geschwister Nietzsche, von Friedrichs Wohnzimmer bis zu Elisabeths Paraguay-Souvenirs, zu besichtigen. Der desolate Zustand der Möbel und Haushaltsgegenstände spiegelt ihre wechselvolle Geschichte wider: Einst im Nietzsche-Archiv als Devotionalien verehrt, wurden sie zu DDR-Zeiten eingelagert und schließlich nahezu vergessen. Nach mehr als 70 Jahren im Depot stellt die Sonderausstellung Fragen zum musealen Umgang mit Erinnerungsstücken von historischen Persönlichkeiten: Wie kann ein zeitgemäßer Umgang mit dem problematischen, wissenschaftlich längst nicht aufgearbeiteten Bestand aussehen? Mittels VR-Brillen kann der Besucher dabei in die Rolle des kranken Nietzsche eintauchen. Internet: [www.klassik-stiftung.de](http://www.klassik-stiftung.de) tws

# Wie sich die Zeiten gleichen!

Unzufriedene Bauern in Gemeinschaft mit anderen Malcontenten werden unsere Verfassungsschützer dazu anhalten, weiterhin und möglichst noch beflissener Clemens von Metternichs Mainzer Zentraluntersuchungskommission nachzueifern

VON EBERHARD STRAUB

Aufrechte und wehrhafte Demokraten beschwören dauernd „unsere Demokratie“ wie eine weihevollte Einrichtung, heilig und unantastbar wie die Kirche, die sie allerdings in einer ganz weltlich gewordenen Welt ersetzen soll. Regt sich Unmut und kommt es gar zu Protesten, wie jetzt unter Bauern und anderen Enttäuschten, deren Geduld übermäßig strapaziert wurde, wird das mit Argwohn wahrgenommen, fast wie eine Majestätsbeleidigung des Souveräns. Denn die Vertreter unserer Demokratie begreifen sich als Obrigkeit, die nur das Gute will und deshalb verständnisvollen Respekt erwarten darf. Wer dieses selbstverständlich sein sollende Gebot verletzt, gerät in den Verdacht gefährlicher Bestrebungen, nämlich die „gute Policey“, wie es im aufgeklärten Absolutismus hieß, also die öffentliche Ordnung, die im Namen des Staates die Obrigkeit herstellt und bewahrt, destabilisieren, ja delegitimieren zu wollen. Die Hüter unserer Grundordnung, alle möglichen Politiker, Rechtswahrer, Sinnstifter und Orientierungshelfer, sind wieder beim unfehlbaren System der Allesregiererei angelangt, gegen das einst Liberale im 19. Jahrhundert aufbegehrt.

„Unsere fürstliche Hofkammer“, hieß es 1766 in einer fürstlich-badischen Kammerordnung, „ist die natürliche Vormünderin unserer Untertanen. Ihr liegt ob, dieselbigen von Irrtümern ab- und auf die rechte Bahn zu führen, sofort auch gegen ihren Willen sie zu belehren, wie sie ihre eigenen Haushaltungseinrichtungen, ihrem Feldbau vorstehen und durch mehr wirtschaftlich treibende Haushaltungen zur Ertragung der schuldigen Landesabgaben die Mittel sich erleichtern möchten“. Statt mehr wirtschaftlich wird heute klimaneutral oder umweltfreundlich gesagt, was nur auf eine neue Art des Wirtschaftens hinweist. Diese badische Verlautbarung unterscheidet sich nicht sonderlich von den Erwartungen Karl Eugens von Württemberg, dem sorgsam Wächter über seines Herzogtums Glückseligkeit, der deshalb 1787 „zärtlichsten Gehorsam“ verlangen durfte. In Speyer mahnte der Fürstbischof 1781: „Die Absichten des Dieners müssen niemals ein anderes Ziel haben, als den wahren Dienst und die Erfüllung des Willens des Herren, somit das gemeine Beste.“ Über das Allgemeine Wohl hat der Bauer oder Bürger in seiner eng begrenzten Welt nur unzulängliche Vorstellungen und bedarf deshalb des nachhaltigen moralischen Unterrichts.

## „Medizinische Polizey“

Johann Peter Frank, ein Arzt, der 1783 ein System staatlich geordneter und kontrollierter „medizinischer Polizey“ erfand und der erste Gesundheitspolitiker war – ein System, das Jens Spahns oder Karl Lauterbachs Maßnahmen unbedingt legitimiert –, schien es dringend geboten, im kompetenten Herrn über den Staatskörper auch den geeigneten Lenker des gesamten Volkskörpers zu sehen, der die Pflicht zur Gesundheit durchsetzt und damit den allgemeinen Wohlstand, jedermanns Gesundheit an Leib und Seele, befördert. Dieser allseitige Staatsmann, vertraut mit der Natur seines Volkes, mit deren Stärken und Schwächen, leitet nicht rigoros, sondern bedächtig die seiner Führung Anvertrauten, ähnlich dem klugen Erzieher, der den großen Haufen der Kinder spielerisch zurechtweist. Impfen macht Spaß und jedem geimpften Spaßvogel werden Zuckerl in Form von Sondergenehmigungen gereicht.



Die von ihm nach den Karlsbader Beschlüssen in die Wege geleitete Zentralkommission zur Untersuchung hochverräterischer Umtriebe stand für die erste Welle der Demagogenverfolgung im Deutschen Bund: Österreichs Staatskanzler Clemens von Metternich

Im späten 18. Jahrhundert hatte sich unter aufgeklärten Männern des Staats die Vorstellung durchgesetzt, dass der Staat eine selbstständige und sittliche Macht sei, der zu dienen der Fürsten und Bürger vornehmste Aufgabe sei. Denn im Staat tritt der Mensch in eine Verantwortungsgemeinschaft ein. Entsprechend solchen Ideen redeten die Fürsten als Menschen, Menschenfreunde oder Verehrer der Menschheit ununterbrochen von humanen Grundsätzen und der notwendigen Veredelung der Bürger, um deren Menschenwürde zu festigen. Da sie aufgeklärt und milde waren, durften sie es als ihren besonderen Auftrag verstehen, Vorurteile zu beseitigen, die Geister zur Selbstständigkeit zu erziehen und darüber den Menschen zum wahren, zum freisinnigen Menschen zu machen. Die Menschwerdung kann nur von oben kommen, weil dort Fachwissen, Kompetenz und weite Übersicht vereinigt sind, die als weltliche Dreieinigkeit dazu berechtigen, den Menschen und die Gesellschaft umzuwandeln und einer sich verändernden Welt anzupassen. Die Menschen müssen freilich gehorchen, zu ihrem Besten, um nicht mehr Sklaven des Aberglaubens zu bleiben, dessen Macht von Weisen und Wohltätern vertrieben wird. Während der endlich erreichten sittlich-geistigen Gleichheit „ist die Erd' ein Himmelreich / Und Sterbliche den Göttern gleich“, wie Sarastro in der liebsten Oper der Deutschen verkündet,

in Emanuel Schikaneders und Wolfgang Amadeus Mozarts „Die Zauberflöte“.

## Despotischer Absolutismus

Dieser Menschenfreund riet allerdings eindringlich dazu, sich seiner Botschaft nicht zu verschließen. „Wen solche Lehren nicht erfeun / Verdient nicht ein Mensch zu sein.“ Es ist der Humanist und Aufklärer, der darüber entscheidet, wer schon Mensch ist und jeden Respekt verdient, oder noch Opfer von Verschwörern oder Aristokraten, wie man 1792 Abweichler von der allein selig machenden Gesinnung nannte, die heute als Schwurbler oder auch Verschwörer von den Erziehern verdächtigt werden, die sich, weil aufgeklärt und gut informiert, dazu ermächtigt glauben, andere sich anzugleichen und dafür zu sorgen, dass dumme Gedanken keine verführerische Macht mehr ausüben können. Die wahrhaften und wehrhaften Demokraten stehen in einer Tradition, die sie selten erwähnen: des despotischen Absolutismus, sublimiert gerne aufgeklärter Absolutismus genannt. Aufklärung als Erziehung und Umerziehung kommt nicht ohne Zwang aus, sie braucht die Rute und Strafen, um Schwerfällige zur Einsicht in ihre freudig zu erfüllenden Pflichten in der Wertegemeinschaft zu bringen, die ihr dazu verhilft, im Großen WIR beseligt zu sich selbst zu finden.

Die aufgeklärten Fürsten und ihre Minister sahen sich aus pädagogischen

Gründen dazu aufgefordert, ihre Verwaltungstätigkeit erheblich zu erweitern. Auch im kleinsten Staat wimmelte es seitdem von geheimen Räten, Kammerräten, Regierungsräten, Legationsräten, Konsistorialräten und unzähligen ihnen zugeordneten Unterbeamten. Von der vielarmigen Obrigkeit, indischen Göttern gleichend, ging der mächtig wirkende Zauber der Unfehlbarkeit und Alleinberechtigung aus, der die Untertanen bezauberte und hilflos machte, die dankbar alle Auflagen der Regierung wie Gnadengeschenke einer seine Sorgen umsichtig bedenkenden Regierung würdigten. Die virtuose Fähigkeit des heutigen, totalen Interventionsstaates, das gesamte Leben zu erfassen, zu reglementieren und zu kontrollieren, wurde damals noch nicht erreicht, aber Versuche gab es genug, Essen, Trinken, Kleidung, Gesundheit und Vergnügen der Regierung unterzuordnen. Denn die Vernunft konzentriert sich ja mit Experten und Kompetenzträgern in der Regierung, die indessen von ihr nahe stehenden Gremien, Nichtregierungsorganisationen oder Stiftungen in ihrem Tun und Treiben unterstützt, tatsächlich eine Allgegenwart und Allmacht erlangt hat, die, auf Vernunft und wissenschaftlicher Systematik beruhend, mit Dank begrüßt und allseits als Wohltat empfunden und gefeiert werden soll.

Wer sich störrisch verhält und die öffentliche Ruhe stört, darf sich daher nicht

wundern, wenn die Obrigkeit, aufgespalten in Parteien, Parlamente, Ministerien, Ämter aller Art und Qualitätsmedien, wegen solch ungebührlichen Betragens ungeduldig wird und nicht mit sich spaßen lässt. Denn protestierende Gruppen und Kreise, mangelhaft unterrichtet, nicht frei von Leidenschaften, sind leicht anfällig für Parolen von Feinden der Vernunft, der Wissenschaft und „unsere Demokratie“. Sie müssen, wenn nicht anders möglich, mit der vollen Härte des Rechtsstaates vertraut gemacht werden, damit die „Menschen hier in diesem Lande“ nicht, von Schwarmgeistern verwirrt und freudlos gestimmt, am freisten und schönsten Staat zweifeln, den es je auf deutschem Boden gegeben hat. Die Hüter unserer demokratischen Glückseligkeit argumentieren wie einst preußische Behörden, sobald ein burschikoser Querkopf, wie August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, der vor 150 Jahren gestorbene Dichter des „Liedes der Deutschen“, sich die Freiheit nahm, andere zum Querdenken aufzufordern. 1842 verlor deshalb wegen einiger allzu lockerer Verse dieser dichtende Professor seinen Lehrstuhl für Germanistik, seine Pensionsberechtigung und die preußische Staatsangehörigkeit. „Der Verfasser (habe) auf solche Weise der öffentlichen Ordnung, den Landesherrn und bestehenden Zuständen feindselige, die Gemüter verwirrende und zu Missvergnügen aufregende Gesinnungen und Ansichten durch die von ihm verfassten und unter seinem Namen dem Druck übergebenen Lieder verbreitet.“ Schöne hätte auch nicht eine Verlautbarung aus einem der vielen Ämter für Verfassungsschutz formuliert sein können.

## Revolution vor 175 Jahren

Sie greifen zurück auf die Methoden einer unter Demokraten ehemals nicht sonderlich geachteten Institution: der Mainzer Zentraluntersuchungskommission (Zentralkommission zur Untersuchung hochverräterischer Umtriebe), 1819 eingerichtet, um Monarchen, Minister, Behörden und Staaten, eben „die Obrigkeit“ vor Kritik, abschätzigen Meinungen und erst recht vor Tumulten zu schützen. Hoffmann von Fallersleben, ständig beobachtet und belästigt, wird das einst geflügelte Wort zugeschrieben: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.“ Die Mainzer Kommission verfolgte unnachgiebig Demagogen, damals als Liberale und Verfassungsfreunde, heute als Rechtspopulisten, Neonazis oder Verfassungsfeinde gekennzeichnet, für die es keinen Platz unter anständigen Deutschen geben darf. Die Mainzer Zentraluntersuchungskommission war auf die Zuarbeit von Denunzianten angewiesen, wie der Verfassungsschutz auf die Mitteilungen von unbestechlichen Verfassungspatrioten, die aufmerksam ihr Wächteramt wahrnehmen und nicht weghören können oder wegschauen wollen.

Wie sich die Zeiten gleichen! Unzufriedene Bauern in Gemeinschaft mit anderen Malcontenten werden jetzt den emsigen Angebern und Zuträgern viel zu tun geben und unsere Verfassungsschützer dazu anhalten, weiterhin und möglichst noch beflissener der Mainzer Zentraluntersuchungskommission nachzueifern. Diese ist sang- und klanglos verschwunden, sobald die Deutschen endlich des unterwürfigen Laufens am Gängelband überdrüssig waren, was freilich erst mit der Revolution von 1848/49 der Fall war. Zu der kam es, weil Verfechter der praktischen Vernunft mit ihrer Systemkritik wie öffentliche Feinde vom Staats- und Regierungsschutz behandelt wurden.

# Künstler als geistige Revolutionäre

Fast 100 Jahre lang das künstlerische Zentrum Ostpreußens – In einer Sonderausstellung erzählt das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg die Geschichte der Kunstakademie in Königsberg anhand von deren Lehren

VON JÖRN BARFOD

Waren vor vier Jahrzehnten für die großen Ausstellungen in Duisburg und Regensburg an die 140 Arbeiten von Lehrern und Schülern der Königsberger Kunstakademie zusammengetragen worden, so sind nun in Lüneburg noch bis zum 25. Februar gut 80 Werke zu sehen, und das nur von Lehrern. Vor allem Akademiestudenten waren in einer größeren Anzahl von Ausstellungen im Ostpreußischen Landesmuseum in früheren Jahren immer wieder präsentiert worden.

Diesem jetzigen Vorhaben legten sich viele Hindernisse in den Weg. Durch das Ende der Königsberger Kunstakademie vor fast 80 Jahren, die starken Kriegs- und Nachkriegsverluste seit 1945, starke Zerstreuung des erhaltenen Rests, unzureichende Erforschung der Thematik und andere Schwierigkeiten gestalteten sich die Vorbereitungen kompliziert. Der Kurator Jan Rüttinger konnte dennoch eine sehr lohnende Ausstellung gestalten.

## Über 80 Werke von Lehrern

Die Beschäftigung mit den Lehrern der Königsberger Kunstakademie kann viel über die Kunst Ostpreußens in den hundert Jahren von der Eröffnung der Akademie 1845 bis zu deren Schließung 1945 erkennen lassen. Daher ist diese Ausstellung eine wichtige Gelegenheit, Zusammenhänge zu erkennen, die sonst kaum so deutlich werden. Vor allem sind unerwartet bedeutende Kunstwerke zu entdecken und der Kenntnishorizont kann viel stärker erweitert werden als bei einer zwanzigsten Ausstellung über einen ohnehin sehr bekannten Künstler beziehungsweise eine Künstlerin.

Schon die Entstehung der Kunstakademie in Königsberg ist etwas Besonderes in Preußen gewesen. Im Unterschied zu den anderen drei Akademien des Königreichs (Berlin, Düsseldorf, ab 1866 Kassel) war Königsberg keine fürstliche Gründung, sondern entstand aus „bürger-schaftlichem“ Engagement. August Hagen, ab 1830 Inhaber des ersten preußischen Lehrstuhls für Kunstgeschichte, förderte das kulturelle Leben in Königsberg auf vielfältige Weise. Es entstanden ein Kunstverein, ein Kunstmuseum, die Kulturgesellschaft „Prussia“ und andere.

Hagen fand Unterstützung beim Oberpräsidenten der Provinz, Theodor von Schön. Eine Kunstakademie fehlte noch im Kreis dieser Einrichtungen, um die Bürger Königsbergs und der ganzen Provinz näher mit der bildenden Kunst bekannt zu machen und ihre Ausbreitung zu fördern.

Neben einer bestehenden Kunstschule, die eher auf die kunsthandwerklichen Zwecke ausgerichtet war, sollte die Kunstakademie den „freien“ Künsten gewidmet sein. Ihr Wirken war für die Schaffung von Kunst ohne einen Gebrauchszweck gedacht. Diese romantische Vorstellung gefiel dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV., dem sogenannten Romantiker auf dem Thron. Er bewilligte 1842 die Errichtung der Königsberger Kunstakademie. 1845 wurde der erste Direktor berufen, Ludwig Rosenfelder. 1846 konnte sie ihren Betrieb in einem neu errichteten Gebäude aufnehmen.

Im Sinne jener Zeit galt die Historienmalerei als die höchste Form. So musste der Direktor der neuen Akademie natürlich ein Historienmaler sein. Rosenfelder hatte sich in Berlin mit solchen Darstellungen aus der Geschichte schon einen Ruf erworben.



Vor Jahrzehnten: Aktmalereiklasse in der Königsberger Kunstakademie

Foto: Ostpreußisches Landesmuseum

Mit Rosenfelder zusammen wurden, ebenfalls aus dem Kreis Berliner Künstler, der Landschaftsmaler August Behrendsen und der Architekturmaler Hermann Gemmel berufen. Diese Berufungen erfolgten durch das königlich preußische Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, dem die Kunstakademie zugeordnet war. Weitere Lehrer kamen 1849 und 1850.

## Blick in einen Unterrichtsplan

Sehr interessant ist ein Blick in den Unterrichtsplan der ersten Jahre der Kunstakademie. Dort heißt es etwa:

*Die Königl. Kunstakademie hieselbst hat den Zweck, diejenigen, welche sich der bildenden Kunst widmen, durch alle Stadien der künstlerischen Bildung bis zur Selbstständigkeit zu leiten.*

*Die allen Kunstfächern gemeinsame Basis wird in den sogenannten Vorbereitungs-klassen erstrebt, welche deshalb jeder Schüler durchzumachen hat. Dieselben sind*  
*1tens die Elementarklasse*  
*2tens die Gipsklasse*  
*3tens die Lebens Zeichen Klasse (Zeichnen nach dem Leben)*  
*4tens der Aktsaal*  
*5tens Anatomie*  
*6tens Perspektive*  
*7tens landschaftliches Zeichnen*  
*8tens Gewandzeichnen*

*Erst mit dem Beginn des Malens tritt die spezielle Aufteilung der Kunst-Fächer ein: 1tens figurliche Malerei, aus Portrait, Genre und Historie gebildet,*  
*2tens Landschaftsmalerei.*

*Neben den genannten Klassen bestehen Vorträge von Lehrern der Akademie und Universität über ästhetische und kunstgeschichtliche Themen, welche mitzuhören die Schüler verpflichtet sind, indem derartige Kenntnisse als zu einem höheren Kunststreben erforderlich erachtet werden.*

*Arbeitszeit ist von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr an allen Werktagen.*

*Zum Eintritt in die Elementarklasse ist erforderlich: Fertigkeit im Lesen, Schreiben und in den Elementen des Rechnens und ein Alter von wenigstens 12 Jahren. Ein jeder in die Elementarklasse aufgenommener Schüler ist verpflichtet, außer der Zeit, welche der Unterricht in der Akademie in Anspruch nimmt, an den Lektionen einer öffentlichen Schule teilzunehmen oder sich privat Unterricht erteilen zu lassen und über seine Fort-*

*schritte in den Schulkenntnissen durch Zeugnisse sich auszuweisen.*

Das sehr jugendliche Alter der Schüler erstaunt heute. Es war aber das Ausbildungsalter, das auch für Lehrlinge galt. Insofern war die Ausbildung noch so angelegt, wie es jene der kunstgewerblichen Schulen auch schon gewesen waren.

Wenn auch die Historienmalerei als höchstes Fach der Malerei galt, so kamen Aufträge doch in erster Linie vonseiten öffentlicher Stellen. Nur wenige Lehrer und Schüler der Akademie erhielten repräsentative Aufträge, wie beispielsweise Wandbilder in öffentlichen Gebäuden oder Kirchen zu Themen aus der Antike, der deutschen und preußischen Geschichte oder der Religion.

## Schwerpunkt Landschaftsmalerei

Für die Maler waren zum Broterwerb andere Aufgaben wichtiger: das Portrait, kleinere Genrebilder (Alltagsszenen), Stillleben und die Landschaftsbilder. Daher erlebte die Klasse der Landschaftsmalerei großen Zulauf. Dazu schrieb Rosenfelder 1869: „Es ist dies nur dadurch zu erklären, dass einerseits der Landschaftsmaler viel früher als der Historien- oder Genremaler diejenige Stufe künstlerischer Fertigkeit erreicht, vermöge derer es ihm möglich wird, seine Produktion zu verwerten und so Mittel zu seiner Existenz zu erwerben.“

Hieraus erklärt sich, warum schon im 19. Jahrhundert die Landschaftsmalerei an der Königsberger Kunstakademie eine starke Entwicklung nahm. Die Vielfalt der ostpreußischen Landschaft, welche die Studenten auch bei Ausflügen ins Land er-

lebten, regte schon besonders an. Wälder, verschiedene Küstenformen, Dünengebiete der Nehrung begeisterten Maler und Bilderkäufer.

Als Rosenfelder 1874 nach drei Jahrzehnten sein Amt niederlegte, folgten einige Jahre der Vertretung der Stelle durch den Landschaftsmaler Max Schmidt. In jenen Jahren war wohl der berühmteste Schüler der Königsberger Kunstakademie, Lovis Corinth, gerade dort. Er schildert in seinen Jugenderinnerungen das schwierige Verhältnis im Lehrerkollegium und „Intrigen finanzieller Natur über das Gehalt des Direktors. Da die Professoren das Gehalt untereinander teilten, so war jeder auf den anderen argwöhnisch. Jedenfalls waren die Lehrer untereinander so verhetzt ..., und alle einigten sich, den neuesten Kollegen aus der Akademie herauszugraulen.“

Endlich berief das Berliner Ministerium 1880 mit Carl Steffek einen neuen Direktor. Er sorgte für eine Reform der Ausbildung. Unter seiner Leitung wurden 1890 auch Frauen zum Unterricht zugelassen.

Noch im selben Jahr starb Steffek plötzlich und unerwartet. Danach trat wieder eine lange Vakanz auf der Direktorenstelle ein. Der Akademiebetrieb ging zurück, von 62 Schülern zu Steffeks Zeit auf nur 25 im Jahre 1901, das bei jeweils sechs Lehrern. Das Ministerium berief mit Ludwig Dettmann einen Begründer der Berliner Sezession.

## Naturalismus und Impressionismus

Um 1900 war Königsberg zu einer großen Industrie- und Handelsstadt mit einem lebhaften Kulturleben herangewachsen. Daran konnte auch die Kunstakademie teilnehmen, nicht zuletzt dank des initiativenreichen Dettmann. Mit ihm und den auf sein Betreiben hinzukommenden neuen Lehrern fand nach dem Naturalismus nun auch der Impressionismus Einzug in die Akademie.

Eine Reihe neuer Lehrer wurde nach Dettmanns Wünschen berufen. Zu erwähnen wären Olof Jernberg, ein in Frankreich geschulter Landschaftsmaler, Heinrich Wolff, einer der hervorragendsten Graphikkünstler Deutschlands. Er verstand es, die Graphik, nicht zuletzt die Portraitgraphik, zu großer Beliebtheit im Königsberger Bürgertum zu bringen. Als

Bildhauer kam Stanislaus Cauer, der mit seinen Schülern für weitere Plastiken im öffentlichen Raum sorgte.

## Blütezeit ab 1900

Die Jahre des Direktorats von Ludwig Dettmann könnte man als die Blütezeit der Kunstakademie ansehen. Eine ganze Anzahl bedeutender Maler der ostpreußischen Kunstgeschichte lernte damals dort. Der Umzug der Akademie 1916 in das neue Gebäude war für diese das bedeutendste Ereignis in den Kriegsjahren.

Nach 1918 erfolgte wiederum eine modernere Ordnung der Akademie, diesmal unter Mitwirkung von aktiven Studenten. Ziel war eine demokratischere Verfassung und eine Verjüngung des Lehrkörpers, auch im Blick auf die neuen Kunstrichtungen. In einem programmatischen Text von 1919 hieß es: „Der wahre Künstler ist der geborene geistige Revolutionär.“

Der Beginn der Erneuerung war im Jahr 1920 die Berufung Arthur Degners als Lehrer. Es gelang, den früheren Schüler der Akademie als Lehrer zu gewinnen. Mit ihm zog der Expressionismus endgültig auch in Königsberg ein.

Die wirtschaftliche Notzeit nach dem Krieg brachte gerade den jungen Künstlern viele Probleme. Durch Interessensverbände wie die Vereinigung „Der Ring“ und vermehrte Ausstellungsmöglichkeiten auch im Königsberger Kunstverein wurde Abhilfe gesucht.

## Einzug des Expressionismus

Mit der Berufung von Fritz Burmann als Lehrer für figurliche Malerei 1925 kam schon sehr früh die Neue Sachlichkeit als der moderne Stil nach Königsberg. In dieselbe Stilrichtung gehen auch die 1929 angestellten Lehrer, Alfred Partikel für die Landschaftsmalerei und Franz Marten für ein neu eingeführtes Fach der Gebrauchsgraphik.

Im Zuge der wirtschaftlichen Notzeit musste die Königsberger Kunstakademie im April 1932 schließen. Übergangsweise blieben vier Ateliers: Malerei bei Burmann, Landschaftsmalerei bei Partikel, Graphik bei Wolff und Gebrauchsgraphik bei Marten. Unter dem Architekten Kurt Frick als neuem Direktor wurde die Akademie ab 1933 als „Staatliche Meisterateliers für bildende Künste“ fortgeführt. Aufgrund der nationalsozialistischen Bestimmungen mussten einige Mitglieder aus rassistischen und politischen Gründen die Akademie verlassen. Als neue Lehrkräfte kamen zunächst Hans Wissel für die Bildhauerei und Direktor Frick für das Fach Baukunst hinzu.

1936 wurde Eduard Bischoff berufen. Er lehrte in den Bereichen figurliche und Monumentalmalerei. Neben Partikel verkörpert er die letzte Phase der Malertradition der Königsberger Kunstakademie. 1937 wurde der Graphiker Wilhelm Heise Nachfolger Heinrich Wolffs. Er ist der Neuen Sachlichkeit zuzurechnen. Schließlich erhielt Norbert Dolezich 1939 einen Lehrauftrag in der freien Bildgraphik.

Der Lehrbetrieb endete im Sommer 1944. Nach den schweren Luftangriffen Ende August 1944 wurde das Akademiegebäude von anderen Verwaltungen genutzt. Die Schließung erfolgte im Januar des Jahres 1945.

● Nähere Informationen zu der bis 25. Februar laufenden Sonderausstellung **Die Königsberger Kunstakademie (1845–1945). Künstler aus zwei Jahrhunderten** bietet das Ostpreußische Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, Fax (04131) 75995-11, E-Mail: info@ol-ig.de

„Da die Professoren das Gehalt untereinander teilten, so war jeder auf den anderen argwöhnisch“

Lovis Corinth  
Schüler der Königsberger Kunstakademie

VON WOLFGANG KAUFMANN

Normalerweise kämpfen Staaten mit Zähnen und Klauen um jedes noch so kleine Zipfelchen ihres Territoriums – so wie derzeit vor allem die Ukraine. Aber es geht auch anders. Das zeigen beispielsweise der Sudan und Ägypten. Am Rande dieser beiden Länder liegt die 2060 Quadratkilometer große unbewohnte Steinwüste Bir Tawil, auf die weder Khartum noch Kairo Anspruch erheben. Weitere solcher Niemandsländer befinden sich zwischen dem Senegal und Guinea sowie zwischen Südafrika und Lesotho. Und auch die Volksrepublik China hat „ungeliebte Orte“: In 17 von 23 Grenzstreitigkeiten verzichtete Peking aus wirtschaftlichem und politischem Desinteresse auf 3,3 Millionen Quadratkilometer Land, während die Volksbefreiungsarmee zugleich im Südchinesischen Meer winzigste Riffe zu künstlichen Inseln erweitert und Truppen darauf stationiert hat.

Apropos Inseln: Manche Staaten finden heute immer noch Eilande, von denen sie gar nicht wussten, dass sie existieren. Seit dem Jahr 2000 entdeckten die Philippinen 534 bislang unbekannte Inseln in ihren Gewässern. Derartige ist sogar in der eigentlich recht überschaubaren Ostsee möglich. 2015 stellten Geographen im Dienste der estnischen Regierung fest, dass die baltische Republik nicht 1521, sondern 2355 Inseln besitzt.

Noch verwirrender sind die Verhältnisse im Bottnischen Meerbusen zwischen Schweden und Finnland. Während der Eiszeit drückte das ungeheure Gewicht der Gletscher den Boden nach unten. Der „schwingt“ nun seit dem Abtauen des Eises vor rund 10.000 Jahren in die Gegenrichtung, und zwar um knapp einen Zentimeter pro Jahr. Daraus resultiert das Auftauchen ständig neuer Inseln vor allem im Bereich des Kvarken-Archipels. Im Durchschnitt wächst die Landfläche hier binnen zwölf Monaten um 1,3 Quadratkilometer.

#### Nur 53 Quadratmeter

Ebenfalls geologisch bedingt sind die umhertreibenden Inseln beziehungsweise Bimssteinflöße, welche bei Vulkanausbrüchen im Meer entstehen. Das leichte poröse vulkanische Glasgestein treibt oft jahrelang auf der Wasseroberfläche und bildet dabei regelrechte Felsteppiche. Einen solchen entdeckte die neuseeländische Luftwaffe im Jahre 2012. Der war fast so groß wie Belgien.

Dagegen sind der Pazifische Müllstrudel und die Sprüheinseln künstlichen Ursprungs. Der erstere ist eine Zusammenballung von schwimmendem Müll auf einer Fläche von mehr als 70.000 Quadratkilometern und könnte teilweise auch „annektiert“ werden – nur reißt sich verständlicherweise niemand darum. Sprüheinseln



Grenze mitten durchs Haus: Passanten überqueren die belgisch-niederländische Grenzlinie im Ort Baarle

Foto: pa

#### GEOGRAPHIE

## Die Welt steckt voller seltsamer Orte

Exklaven, Enklaven, hoch umstrittene Inseln oder Wüsten, die niemand haben will, Städte, die verlassen wurden und solche, in die nie jemand eingezogen ist – Skurrilitäten überziehen den ganzen Globus

wiederm entstehen durch das gezielte Ausbringen von Wasser bei starken Minusgraden wie im Falle von Nipterk P-32. Diese Insel wurde 1989 binnen 53 Tagen von dem Ölkonzern ExxonMobil in der kanadischen Beaufort-See angelegt und trug unter anderem Bohrgerät.

Eine weitere geographisch-politische Merkwürdigkeit sind die zahlreichen Enklaven und Exklaven rund um den Globus, welche die üblichen territorialen Grundrissen aufbrechen und zumeist historische Wurzeln haben. Als besonders verzwickter Fall gilt dabei die niederländische Kleinstadt Baarle-Nassau. Auf ihrem Gebiet liegt die belgische Enklave Baarle-Hertog – allerdings nicht in kompakter Form, sondern verteilt auf insgesamt 22 Landfetzen von anderthalb Quadratkilometern bis 2632 Quadratmetern Größe. Teilweise verläuft die Grenze dabei mitten durch Gebäude.

Ähnlich kompliziert geht es im Gebiet der Chitmahals zwischen Indien und

Bangladesch zu. Hier befinden sich rund 200 Exklaven jenseits der jeweiligen Staatsgrenzen, wobei die kleinste nur 53 Quadratmeter umfasst. Angeblich resultiert das dadurch ausgelöste Chaos, welches 51.000 Menschen recht prekäre Lebensverhältnisse beschert, aus wechselseitigen Gewinnen und Verlusten bei den Schachspielen zwischen dem Maharadscha von Cooch Behar und dem Nawab von Rangpur.

Eine einzelne Enklave der ganz besonderen Art ist hingegen der Magistralpalast des Souveränen Ritter- und Hospitalordens vom Heiligen Johannes von Jerusalem, von Rhodos und von Malta in der Via Condotti in Rom, denn der Malteserorden besitzt außer dem Gebäude mit seinen 6000 Quadratmetern kein eigenes Territorium, weil er lediglich ein „souveränes Völkerrechtssubjekt“ darstellt.

Weltweit einzigartig kommt gleichermaßen das „Friedensdorf“ Kijōng-dong in der demilitarisierten Zone zwischen

Nord- und Südkorea daher. Hierbei handelt es sich um ein vollkommen leer stehendes lupenreines Potemkinsches Dorf, mit dem das Regime in Pjöngjang Wohlstand und Normalität vorzugaukeln versucht, um Überläufer aus dem Süden anzulocken.

#### Städte ohne Menschen

Menschenwerk sind die Geistersiedlungen rund um die Welt. Manche davon wurden durch eine Umweltkatastrophe entvölkert wie die 50.000-Einwohner-Stadt Prypjat in der Ukraine, welche 1986 infolge des Reaktorunfalls von Tschernobyl geräumt werden musste, oder Witteoom in Australien, wo massive Asbestverseuchung zur Aufgabe der Ortschaft zwang. In anderen Fällen stehen planmäßig hochgezogene Gebäude von Anfang an leer. Ein Beispiel hierfür ist das zur Stadt Ordos in China gehörende Neubauviertel Kangbashi, das 300.000 Menschen beherbergen sollte, die jedoch nie kamen.

Düster wirkt auch die aufgegebene Siedlung Kolmanskuppe in Namibia, dem ehemaligen Deutsch-Südwest. Aufgrund der umliegenden Diamantenfelder galt der Vorzeigeort für 400 Einwohner bis zum Ersten Weltkrieg als reichste Kommune Afrikas, dann setzte mit dem Ende der Funde ein schneller Niedergang ein.

Neben den Geisterstädten existieren versteckte, aber dennoch dicht besiedelte Orte. Dazu zählen die sogenannte „Müllstadt“ von Kairo, eine von koptischen Christen geschaffene Enklave im Viertel Manshiet Nasser, in der jeden Tag mehrere tausend Tonnen Müll in Handarbeit recycelt werden, sowie der Nordfriedhof der philippinischen Hauptstadt Manila. Hier fristen bis zu 6000 Menschen in ihren Familiengrabstätten ein vergleichsweise ruhiges Leben inmitten der hektischen Megacity. Die Bewohner unseres Planeten haben sich also mehr Ausnahmeräume geschaffen, als es auf den ersten Blick scheint.

#### TOURISMUS

## Wohin man 2024 noch bedenkenlos reisen kann

Wie sicher oder gefährlich ist es dort? Auf einer „Risk Map“ werden die Länder der Welt alljährlich neu eingeschätzt

Reisen wird auch 2024 wieder mit einigen Risiken behaftet sein. Welche Länder man derzeit als Tourist mehr oder weniger bedenkenlos besuchen kann und welche nicht, zeigt die im Internet zu findende „Risk Map“ des 1985 gegründeten Gesundheits- und Sicherheitsdienstleistungsunternehmens International SOS mit Hauptsitz in London und Singapur.

International SOS teilt die Reiseziele in fünf Gruppen ein – je nachdem, ob ein extrem hohes, hohes, mittleres, niedriges oder unerhebliches Risiko für Weltenbummler vorliegt ([www.travelriskmap.com/#/planner/map/security](http://www.travelriskmap.com/#/planner/map/security)). In den extrem unsicheren Ländern besteht die

„ernsthafte Gefahr gewaltsamer Angriffe bewaffneter Gruppen auf Reisende“. Darüber hinaus herrscht dort nur eine eingeschränkte staatliche Kontrolle, und die Infrastruktur hat weitgehend rudimentären Charakter. Dies alles ist in Libyen, Somalia, dem Südsudan, der Zentralafrikanischen Republik, Afghanistan, Syrien, dem Jemen und dem Irak sowie kriegsbedingt auch in einigen Teilen der Ukraine der Fall.

In die zweithöchste Risikokategorie fallen jene Länder, in denen eine deutlich erhöhte Wahrscheinlichkeit besteht, zum Opfer von Gewaltverbrechen oder Terroranschlägen zu werden. Desgleichen kommt es dort oft zu inneren Unruhen,

bei denen westliche Ausländer ins Visier geraten könnten. Laut International SOS trifft dies derzeit auf Mali, Burkina Faso, Nigeria, Äthiopien, den Sudan, die Demokratische Republik Kongo, Myanmar, Pakistan, Papua-Neuguinea, Venezuela, Honduras und Haiti zu.

#### Europa ist fast überall problemlos

„Dahingegen gehören alle europäischen Staaten mit Ausnahme Russlands in die Kategorie der weitgehend sicheren Destinationen, sofern sie nicht sogar als außergewöhnlich sicher gelten.“ Dazu kommen Äquatorialguinea, Benin, Botswana, Gabun, Gambia, Ghana, Malawi, Namibia, Ruanda, Sambia und der Senegal in Afrika,

Australien, Französisch-Polynesien, Fidschi, Guam, Mikronesien, Neukaledonien, Neuseeland, Nördliche Marianen, Palau, Samoa, Tonga und Vanuatu in Ozeanien.

In Asien erfüllen die Kategorie Armenien, Aserbaidschan, Bahrain, Bhutan, Brunei, China, Georgien, Hongkong, Japan, Jordanien, Katar, Kuwait, Laos, Malaysia, die Malediven, Oman, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Usbekistan, die Vereinigten Arabischen Emirate und Vietnam. Auf dem amerikanischen Doppelkontinent sind dies Argentinien, Chile, Costa Rica, Französisch-Guayana, Kanada, Panama, Paraguay, Suriname, Uruguay und die USA sowie etliche Inseln in der Karibik.

Diese als überwiegend sicher eingestuft Länder zeichnen sich dadurch aus, dass die Kriminalitätsrate relativ niedrig ist, terroristische Gruppierungen eine eher geringe Rolle spielen, die Sicherheitsbehörden und Rettungsdienste effektiv arbeiten und die Infrastruktur weitgehend zeitgemäß daherkommt.

Noch bessere Verhältnisse herrschen lediglich in Dänemark, Finnland, Island, Luxemburg, Norwegen, der Schweiz, Slowenien und auf Grönland. Hier können sich Besucher fast vollkommen sicher fühlen, und es drohen im Übrigen auch kaum Streiks, welche Touristen oft das Reisen vermiesen.

W.K.



## NÖRDLICHES OSTPREUSSEN

# Ein Besuch zu Kants 300. Geburtstag

Reisen in schwieriger Zeit – Eine Hamburger Reiseleiterin berichtet über die Bedingungen seit Pandemie und Ukrainekrieg

IM GESPRÄCH MIT  
NATALIA ROMANOVA

**D**ie in Hamburg ansässige Reiseagentur Russland Reisen Romanova hat seit fast zwei Jahrzehnten regelmäßig Städte-, Sprach- und Gruppenreisen ins nördliche Ostpreußen durchgeführt und Individualtouristen bei ihren Reisen in die Russische Föderation mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Natalia Romanova, die Leiterin des spezialisierten Reisebüros erzählt von ihren Plänen für dieses Jahr.

**Frau Romanova, seit drei Jahren finden Individual- oder Gruppenreisen aus der Bundesrepublik in die Russische Föderation kaum noch statt. Ab 2020 wegen der Corona-Pandemie, seit 2022 wegen des Ukrainekriegs. Wie ist es Ihnen – und Ihren Mitbewerbern – in der Zwischenzeit ergangen? Russland Reisen Romanova ist ja, wie der Firmenname schon sagt, auf Angebote für Reisen in die Russische Föderation spezialisiert.**

Die Coronazeit war für unsere Branche allgemein sehr hart, speziell aber für mein Unternehmen, das auf Reisen in das ehemalige Ostpreußen spezialisiert ist, weil die Einreise auf dem Landweg aus Infektionsschutzgründen nicht stattfinden durfte. Dann, als das wieder erlaubt wurde, folgte ein weiterer Schlag – der Ukrainekrieg. Viele meiner Mitbewerber haben diesen doppelten Schlag nicht überlebt. Auch mein Reisebüro konnte nur weiter existieren, weil ich sämtliche Kosten radikal reduziert habe und nur auf Sparflamme, nämlich mit Visabeantragungen für Russland, weitergemacht habe. Und mit viel Geduld, die sich hoffentlich in diesem Jahr auszahlen wird – dieses Jahr bietet ja ein Jahrhundertereignis, auf das wir lange gewartet haben, nämlich das 300. Kant-Jubiläum, das in der Heimatstadt des Philosophen groß gefeiert wird. An diesen Feierlichkeiten teilzunehmen, lade ich alle Freunde und Interessenten Kants und Königsbergs herzlich ein.

**Wie sehen die Bedingungen für Reisen nach Russland aktuell aus? Was wird benötigt?**



Für jeden Besucher Königsbergs ein unbedingtes Muss: Ein Besuch des Kant-Mausoleums am Dom

Foto: J.T.

Im Prinzip hat sich nichts verändert. Es wird nach wie vor ein Visum benötigt. Dafür benötigt man ein biometrisches Passfoto und einen noch mindestens sechs Monate gültigen Reisepass. Das Visum kann man dann elektronisch auf der Webseite der Botschaft der Russischen Föderation oder bei einem Reisebüro beantragen. Ersteres ist relativ preiswert und schnell, aber viele Antragsteller kommen mit dem Verfahren nicht gut zurecht. Die zweite Möglichkeit ist für die Antragsteller etwas teurer, aber eben deutlich einfacher. Ich zum Beispiel übernehme sämtliche Verfahrensschritte für meine Kunden.

**Wie ist es um die Sicherheit der Reisen bestellt? Ist angesichts der verschlechterten deutsch-russischen Beziehungen wegen des Ukrainekriegs mit Schwierigkeiten, etwa bei der Grenzabfertigung, zu rechnen?**

Die Reisenden sind völlig sicher in Russland, das kann ich aus meiner Erfahrung

definitiv sagen. Kein deutscher Tourist muss irgendetwas befürchten. In medizinischen Notfällen wird man kostenlos und auf hohem Niveau versorgt. Auch insofern hat sich nichts verändert. An der Grenze findet eine ganz normale Grenzabfertigung statt. Allerdings kann es in Stoßzeiten zu längeren Wartezeiten kommen. Der Ukrainekrieg hat bisher keine für den normalen deutschen Touristen spürbaren Auswirkungen auf die Grenzabfertigung gezeitigt. Und auf menschlicher Ebene ist das russisch-deutsche Miteinander so gut wie zuvor. Die Russen schätzen und achten die Deutschen sehr. Daran hat sich überhaupt nichts geändert. Russland ist ein sehr gastfreundliches Land.

**Anlässlich des bevorstehenden 300. Geburtstags des deutschen Philosophen Immanuel Kant planen Sie eine Gruppenreise, bei der die Teilnahme an der offiziellen Feier geplant ist. Was erwartet die Teilnehmer? Wissen Sie,**

**was von russischer Seite an Programmpunkten im Königsberger Gebiet geplant ist?**

Kaliningrad feiert einen Ehrenbürger, der die Stadt weltberühmt gemacht hatte und möchte ihn ihrerseits ehren. Daran beteiligen sich zahlreiche Institutionen, etwa das Russische Ministerium für Bildung und Wissenschaft, die Kant-Universität, die Gebiets- und Stadtverwaltung, das Stadtmuseum und das Museum der Bildenden Künste. Geplant sind viele und vielfältige Veranstaltungen. Erwartet werden Wissenschaftler aus dem In- und Ausland, aber auch Menschen, die mehr über Kant erfahren und die Stätten sehen wollen, an denen er gelebt und gewirkt hat.

Natürlich werden am 22. April 2024, an Kants Geburtstag, Blumen am Grab des Philosophen niedergelegt. Ein Kant-Forscher wird durch das Kant-Museum im Königsberger Dom führen. Die Stadtverwaltung hat im Dom ebenfalls Veranstaltungen vorgesehen. Außerdem wer-

den an verschiedenen Tagen und Orten Vorträge der Internationalen Kant-Konferenz gehalten, zum Beispiel im Saal der Fischbörse am Pregelufer. Im Dom werden außerdem Konzerte mit Musik aus der Zeit Kants veranstaltet werden.

In Judtschen [Weselowka], wo Kant einst im Pfarrhaus die Söhne des örtlichen Pfarrers unterrichtete, wird das dort eingerichtete Museum ebenfalls diverse Veranstaltungen durchführen.

Es wird von der russischen Seite wirklich viel organisiert, und ich denke, es wird für jeden Interessierten, jeden Ostpreußenliebhaber, etwas dabei sein.

**Sehen Sie eine Perspektive für eine Normalisierung nach Beendigung des bewaffneten Konflikts in der Ukraine? Wie könnte diese aussehen?**

Ich bin keine Politikerin, aber natürlich bleibt nichts, wie es ist. Verhältnisse, Staaten, Menschen verändern sich laufend – alles fließt. Der Konflikt in der Ukraine wird irgendwann zu Ende sein, hoffen wir eher schneller als langsamer. Die Reiseunternehmen und Fluggesellschaften werden die ersten sein, die auf eine Normalisierung des derzeit in vielen Bereichen gestörten deutsch-russischen Verhältnisses drängen werden. Ich bin da ganz optimistisch.

Das Gespräch führte  
Manuela Rosenthal-Kappi



Vielen von früheren Reisen bekannt: Natalia Romanova Foto: MRK

● **Informationen** zur geplanten Reise anlässlich des Kant-Jubiläums unter [www.romanova-reisen.de](http://www.romanova-reisen.de) oder telefonisch unter (040) 22697074

## BELIEBTE URLAUBSREGION

# Königsberger Gebiet belegt den fünften Platz

Touristenansturm nicht nur aus der Russischen Föderation, sondern auch aus EU-Ländern und Asien

Das Königsberger Gebiet bricht Rekorde, was die Attraktivität bei Touristen angeht. Wie bereits berichtet (PAZ vom 22. Dezember 2023), kamen zu den Neujahrsfeiertagen mehr Besucher als je zuvor. Interessant ist, dass sich unter ihnen nicht nur Russen aus anderen Regionen, sondern auch viele Reisende aus dem Ausland befanden. Das nördliche Ostpreußen belegt auf einer Liste der bei ausländischen Touristen beliebtesten russischen Regionen für die Wintersaison 2023/2024 den fünften Platz nach Moskau, St. Petersburg, Murmansk und Kasan.

Die Bewertung wurde vom Dienstleister Ostrovok.ru erstellt, der nach dem Rückzug von Booking.com vom russischen Markt eine der größten Online-Buchungs-



Für die Festtage herausgeputzt: Der Hansaplatz im Königsberger Zentrum Foto: J.T.

plattformen ist. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Besucher beträgt trotz der stark gestiegenen Preise fünf Nächte.

Interessant zu sehen ist, aus welchen Ländern die Touristen kommen, die Ostpreußen einen Besuch abstatten. 38 Prozent aller Buchungen entfielen auf Urlauber aus dem Nahen Osten, doch auch bei West-Europäern ist die Region beliebt. So wurde etwa ein Viertel der Hotelzimmer von Touristen aus dem Westen gebucht, darunter befanden sich viele Deutsche, Italiener, Niederländer, Franzosen sowie auch Esten.

Doch auch auf Asiaten übt die Ostseeregion eine große Anziehungskraft aus. Etwa 20 Prozent aller Buchungen entfielen auf Einwohner aus Asien, die meisten ka-

men aus Indien, Indonesien, China, Thailand und Japan. Aus den GUS-Staaten fanden am häufigsten Touristen aus Weißrussland, Kasachstan und Usbekistan den Weg ins Königsberger Gebiet. Ihre Buchungen von Hotelzimmern machten etwa zehn Prozent aus.

Viele Familien mit Kindern – meist Russlanddeutsche – kommen aus der Bundesrepublik, um die Weihnachts- und Neujahrsfeiertage mit Verwandten zu verbringen. Seit die Flugverbindungen unterbrochen ist, nutzen sie ihren Pkw oder einen Bus, wodurch die innerostpreußischen Grenzübergänge im Dezember häufig überlastet sind. Diese Situation zieht sich für gewöhnlich noch bis in die ersten Januartage hinein. Jurij Tschermyschew



### Glückwünsche an:

Angela Selke  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: selke@paz.de

#### ZUM 100. GEBURTSTAG

**Bartleit, Ernst**, aus Perkunnen, Kreis Elchniederung, am 17. Januar  
**Bettin, Dora**, geb. **Kischel**, aus Baerting, Kreis Mohrunge, am 12. Januar

**Weiß, Heinz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Januar

#### ZUM 99. GEBURTSTAG

**Altmeyer, Heinz**, aus Lyck, am 14. Januar

**Faerber, Anna-Elise**, geb. **Possekel**, aus Ebenrode, am 18. Januar  
**Krupinski, Bruno**, aus Rehfeld, Kreis Treuburg, am 12. Januar

#### ZUM 98. GEBURTSTAG

**Suttka, Hildegard**, geb. **Klask**, aus Waplitz, Kreis Ortelsburg, am 10. Januar

**Trakowski, Gretchen**, geb. **Pape**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Januar

#### ZUM 97. GEBURTSTAG

**Bandilla, Rosemarie**, geb. **Rompel**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 13. Januar

**Gisewski, Werner**, aus Abrahamsheide, Kreis Mohrunge, am 16. Januar

**Horn, Otto**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 14. Januar

**Kopitzki, Anneliese**, geb. **Borowski**, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 12. Januar

**Raphael, Betty**, geb. **Pollehn**, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 15. Januar

**Schoenig, Willi**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 12. Januar

#### ZUM 96. GEBURTSTAG

**Ehlers, Ingrid**, geb. **General**, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, am 17. Januar

**Keisker, Hildegard**, geb. **Ostrowski**, aus Treuburg, am 12. Januar

**Kompa, Werner**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 12. Januar

**Lang, Waltraut**, geb. **Zahlmann**, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 17. Januar

**Oberberg, Else**, geb. **Kremin**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 17. Januar

**Pohl, Margarete**, geb. **Kalaszewski**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 15. Januar

#### ZUM 95. GEBURTSTAG

**Jeschke, Walter Otto**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 12. Januar

**Konstanty, Adalbert**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 14. Januar

**Lange, Rudi**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. Januar

**Pelludat, Christel**, geb. **Kalex**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 17. Januar

**Pusch, Gerda**, geb. **Polenz**, aus Weischkitten, Kreis Fischhausen, am 17. Januar

**Schmidt, Gertrud**, geb. **Chilla**, aus Rohrdorf, Kreis Ortelsburg, am 15. Januar

#### ZUM 94. GEBURTSTAG

**Gayk, Maria**, aus Großseedorf, Kreis Neidenburg, am 18. Januar

**Godau, Grete**, geb. **David**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 12. Januar

**Gödecke, Gerda**, geb. **Nötzel**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 13. Januar

**Kahl, Horst**, aus Ortelsburg, am 15. Januar

**Kirner, Magdalene**, geb. **Ryck**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 14. Januar

**Lausch, Erika**, geb. **Pukall**, aus Mohrunge, am 15. Januar

**Lenz, Brigitte**, geb. **Link**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 12. Januar

**Möller, Hannelore**, geb. **Serrek**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 14. Januar

**Schimanski, Ruth**, geb. **Hinz**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 17. Januar

**Schultz, Willy**, aus Wehlau, am 14. Januar

**Strasdeit, Heinz**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 17. Januar  
**Vent, Annilore**, geb. **Schiffke**, aus Wehlau, am 12. Januar  
**Waligura, Hertha-Ruth**, geb. **Kerstan**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 13. Januar

#### ZUM 93. GEBURTSTAG

**Bohne, Waltraut**, geb. **Piechotta**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Januar

**Brockmann, Frieda**, geb. **Kargoll**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 13. Januar

**Danneberg, Erwin**, aus Kobbeldube, Kreis Fischhausen, am 13. Januar

**Hartstang, Grete**, geb. **Schmuck**, aus Sortlack, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Januar

**Hipel, Günter**, aus Liebstadt, Kreis Mohrunge, am 18. Januar

**Holz, Anni**, geb. **Wittenberg**, aus Sanglienen, Kreis Fischhausen, am 18. Januar

**Kibbel, Waltraud**, geb. **Herrmann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 17. Januar

**Koch, Erna**, geb. **Karohs**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 17. Januar

**Lopian, Alfred**, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 14. Januar

**Mack, Gerhard**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 12. Januar

**Mielenhausen, Elfriede**, geb. **Rahlf**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 12. Januar

**Rinio, Horst**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 14. Januar

**Seyda, Herbert**, aus Rodefild, Kreis Ortelsburg, am 13. Januar

**Ulonska, Wolfgang**, aus Königshut bei Hohenstein, Kreis Osterode, am 8. Januar

#### ZUM 92. GEBURTSTAG

**Berg, Gerhard**, aus Eisselbitten, Kreis Fischhausen, am 17. Januar

**Henke, Eva-Maria**, geb. **Frohnert**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 13. Januar

**Janz, Gerhard**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 16. Januar

**Kalisch, Kurt**, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 12. Januar

**Kiko, Ursula**, geb. **Wehmeier**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 13. Januar

**Lork, Max**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 16. Januar

**Müller, Ingeborg**, geb. **Scheffler**, aus Wehlau, am 17. Januar

**Reichardt, Irmgard**, geb. **Rogait**, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 17. Januar

**Rohrmoser, Ingrid**, geb. **Bernard**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Januar

**Scharmberg, Käthe**, geb. **Lappe**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 18. Januar

**Schmidt, Erika**, geb. **Schrödter**, aus Schwenkendorf, Kreis Mohrunge, am 13. Januar

**Schnieder, Gerda**, geb. **Scheffler**, aus Buchwalde, Kreis Mohrunge, am 15. Januar

**Tenzler, Inge**, geb. **Radek**, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 18. Januar

**Wickert, Renate**, geb. **Buchholz**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 17. Januar

**Wiemann, Elfriede**, aus Neidenburg, am 18. Januar

#### ZUM 91. GEBURTSTAG

**Cordes, Irmgard**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 18. Januar

**Genz, Rosalie**, geb. **Zelinsky**, aus Neuhausen-Trausitten, Kreis Fischhausen, am 17. Januar

**Hegemann, Klara**, geb. **Geiser**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 18. Januar

**Jüngling, Hans-Joachim**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Januar

**Keesen, Hannelore**, geb. **Samorski**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 13. Januar

**Lange, Karl**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 12. Januar

**Scherello, Gustav**, aus Millau, Kreis Lyck, am 15. Januar

**Sobottka, Horst**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 17. Januar

**Winter, Helga**, geb. **Schulz**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 14. Januar

**Zimmer, Johann**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 17. Januar

#### ZUM 90. GEBURTSTAG

**Bolk, Horst**, aus Treuburg, am 17. Januar

**Buchholz, Elfriede**, geb. **Derda**, aus Goldenau-Katrinfelde, Kreis Lyck, am 17. Januar

**Czwikla, Helmut**, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 17. Januar

**Feldmann, Edeltraut**, geb. **Kamutski**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 18. Januar

**Germershausen, Dorothea**, geb. **Holstein**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 17. Januar

**Giehoff, Hans**, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 14. Januar

**Gonska, Gert**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 13. Januar

**Kleine-Weischede, Meta**, geb. **Gerwin**, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 13. Januar

**Martinat, Günter**, geb. **Mertinat**, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 14. Januar

**Ragnitz, Willi**, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 18. Januar

**Schnickschneit, Kurt**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 13. Januar

**Stern, Irmgard**, geb. **Schirmacher**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 10. Januar

### Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

### Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

16. und 17. März: **Arbeitstagung der Kreisvertreter** in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis, kurz: gT)

13. und 14. April: **Arbeitstagung der Deutschen Vereine** in Sensburg (gT)

19. bis 21. April: **Kulturseminar** in Helmstedt

1. Juni: **Ostpreußentreffen** in Wolfsburg

22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Osterode

20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt

7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt

1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)

2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)

2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

**Auskünfte** bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg,

Telefon (040) 41400826,

E-Mail: info@ostpreussen.de

**Strack, Waltraut**, geb. **Bathlo-mayzik**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 13. Januar

**Tacke, Hertha**, geb. **Hoffmann**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Januar

**Wagenschwanz, Hildegard**, geb. **Rohmann**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. Januar

**Weyh, Traute**, geb. **Kappeller**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 17. Januar

#### ZUM 85. GEBURTSTAG

**Brinkmann, Gerda**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 14. Januar

**Busch-Petersen, Irene**, geb. **Kaprolat**, aus Ebenrode, am 12. Januar

**Czwalinna, Dieter**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 15. Januar

**Kempa, Karl**, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 14. Januar

**König, Friedhard**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 16. Januar

**Lasarzik, Erwin**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 14. Januar

**Müller, Elfriede**, geb. **Ritzkat**, aus Ströhlen, Kreis Ebenrode, am 15. Januar

**Nowotzin, Adelheid**, geb. **Buttler**, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 17. Januar

**Pfeil, Ingrid**, geb. **Denda**, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 17. Januar

**Planko, Reinhold**, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 13. Januar  
**Preuß, Emil**, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 13. Januar

#### ZUM 80. GEBURTSTAG

**Janz, Richard**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 17. Januar

**Jögel, Margrit**, geb. **Truskowski**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 16. Januar

**Kommorowski, Wilhelm**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 12. Januar

**Kropeit, Bernd**, aus Klein Plauen, Kreis Wehlau, am 15. Januar

**Newiger, Siegfried**, aus Stempelken, Kreis Wehlau, am 15. Januar

**Quedenfeld, Dr. Dietrich**, aus Königsberg, am 18. Januar

**Serowy, Udo**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 17. Januar

#### ZUM 75. GEBURTSTAG

**Bromm, Bernhard Ernst**, aus Sprigsten, Kreis Lötzen, am 16. Januar

**Deutscher, Gunhild**, geb. **Plückhahn**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 14. Januar

**Pöller, Heinz**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 17. Januar

### Zusendungen für die Ausgabe 4/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 4/2024 (Erstverkaufstag 26. Januar) **bis spätestens Dienstag, den 16. Januar**, an die Redaktion der PAZ:  
E-Mail: rinsen@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:  
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

### Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter  
Telefon (040) 41400826,  
E-Mail: info@ostpreussen.de



### Forum Baltikum – Dittchenbühne

**Gänseverspielen** – Am Sonnabend, 13. Januar, heißt es am Elmshorner Mehrgenerationenhaus „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ von 15 bis 17 Uhr wieder „Gänseverspielen“ – ein beliebtes und stets gut besuchtes Lotto-Vergnügen für die ganze Familie. Dabei winken attraktive Sachpreise und viel Spaß. Der Eintritt ist frei. Nähere Informationen und Anmeldungen bitte per E-Mail: buero@dittchenbuehne.de oder per Telefon unter (04121) 89710.

**Finnischer Abend an der Dittchenbühne. Bär, Elch, Wolf und Luchs im finnischen Wald** – Am Donnerstag, 18. Januar, findet der beliebte „Finnische Abend“ am Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ von 19 bis 21 Uhr statt. Die Referentin Johanna Hansen ist Lektorin für finnische Sprache und Kul-

tur am Institut für Finnougristik/Uralistik der Universität Hamburg. Ihr Thema an diesem Abend: „Bär, Elch, Wolf und Luchs – die Könige des finnischen Waldes“. Dazu gibt es einen finnischen Imbiss. Eintritt pro Person: 20 Euro. Nähere Informationen und Anmeldung im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, per E-Mail: buero@dittchenbuehne.de oder per Telefon unter (04121) 89710.

Forum Baltikum – Dittchenbühne – Hermann-Sudermann-Allee 50 – 25335 Elmshorn  
Telefon (04121) 89710  
– Internet: www.dittchenbuehne.de



FOTO: FORUM BALTICUM – DITTCHENBÜHNE

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Hessen

**Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

### Vorweihnachtliche Zusammenkunft

**Darmstadt-Dieburg** – Der herzlichen Einladung der Heimatgruppe der Insterburger in Darmstadt und der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg sind am 9. Dezember viele Freunde und Mitglieder gefolgt. Sich in so großer Runde zu treffen, war ein Gefühl „wie früher Daheim“, musikalisch begleitet durch einen Zitherspieler, der seinem Instrument warme, heimatliche Töne entlockte, die durch Herz und Seele drangen.

Von dem gut organisierten Serviceteam des Hauses wurden die Bestellungen für Speis und Trank in Windeseile serviert, und alle ließen sich das gute Essen in gemüthlicher Runde schmecken.

Reiner Buslaps, stellvertretender Vorsitzender der Insterburger Heimatgruppe, begann mit seiner Begrüßungsrede: „Alle Jahre wieder“ sind wir zusammengekommen, schicken unsere Grüße und Wünsche zur Genesung an die Freunde und Mitglieder, die ihre Teilnahme leider absagen mussten.“ Den verstorbenen Mitgliedern wurde ganz besonders gedacht. Buslaps richtete ein Grußwort des Pfarrers Manfred Bächler aus und las eine kleine Andacht „Gedanken zum Advent“ vor. Ein weiteres Grußwort konnten wir von Pfarrer i.R. Burmeister hören.

Herr Schröder, Leiter der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg, begrüßte die Gäste, die erstmals an dieser Zusammenkunft teilnahmen, unter anderen den Kreisvorsitzenden der Oberschlesier in Darmstadt, Herr Ulfig und Frau. Er bedauerte, dass aus den derzeitigen Kriegsgebieten kein Friedensschluss in Sicht ist.

Dabei erwähnte er einen Krieg, der 30 Jahre dauerte und erst nach über vierjährigen Friedensverhandlungen in Münster und Osnabrück am 24. und 25. Oktober 1648 beendet werden konnte. Aus diesem Anlass fand am 24. Oktober 2023 in Münster der „Westfälische Friedensgipfel“ statt. Dabei waren als Ehrengäste alle derzeitigen Botschafter der Nationen vertreten, die 1648 am Friedensschluss beteiligt waren. Am 25. Oktober 2023 gedachte Osnabrück des Friedensschlusses vor 375 Jahren musikalisch mit Konzerten und Gesang.

Zwei Geburtstagskinder waren unter uns, ihnen wurde herzlich gratuliert. Ein Mitglied, er ist Lektor der evangelischen Kirche in Darmstadt, sprach „ein heiliges Wort“. Wir hörten aufmerksam diese informative Andacht. Mit den ostpreußischen und weihnachtlichen Klängen der Zither ging der Nachmittag über in die von den Anwesenden vorgetragenen weihnachtlichen Geschichten, Gedichtchen und Lesungen. Zur Kaffeetafel wurde aufgerufen, und schon war das Buffet mit dem selbstgebackenen und köstlichen weihnachtlichen Leckereien belegt. Das Plachandern ging laut und leise weiter. Man hatte sich ja so viel zu erzählen, Gedanken auszutauschen.

Plötzlich kam ein Rudel Elche in Sicht und blieb im Gehege auf den Tischen stecken. Sie wurden handverlesen an alle verteilt und freudig in Empfang genommen. Und siehe, es stand eine riesengroße Vase mit wunderschönen Amaryllis mit dem Hinweis „nur für Damen“ vor uns. Es waren die Überraschungsgeschenke der beiden einladenden Gruppen.

Mit den guten Wünschen zum Fest und dem neuen Jahr im Ohr, die Buslaps anfangs allen mit auf den Weg gab, verabschiedeten wir uns herzlich voneinander und versprachen „auf ein Wiedersehen“.

Herzlichen Dank den Organisatoren dieser vorweihnachtlichen Zusammenkunft, ganz besonders an Renate Buslaps. *H. Neumann*

### Chronik der Kreisgruppe

**Wetzlar** – Dienstag, 16. Januar, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodendorf, 35576 Wetzlar, Telefon (06441) 45439: „Von der Suchliste Adler zur Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen (LOW)“, Eine Chronik der Kreisgruppe Wetzlar in der LOW-Teil 2, Vortrag von Kuno Kutz, Hüttenberg, verbunden mit der Jahreshauptversammlung 2024 mit Wahl des Vorstandes. Weitere Informationen bei Kuno Kutz, Heinzewies 6, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de, Fax (06441) 770558.

### Heimatnachmittag

**Wiesbaden** – Sonnabend, 20. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Erinnerungen an zu Hause, Heimatnachmittag mit Kaffee und Kuchen. Das erste Monatstreffen im neuen Jahr ist unserer Heimat gewidmet. Sie hören Nachdenkliches und Lustiges von früher und heute. Zudem erfahren Sie einiges über das derzeitige Geschehen in Ostpreußen und Westpreußen. Wer zu diesem Nachmittag etwas beitragen möchte, seien es Erzählungen, Gedichte und/oder Informationen und Bilder, melde sich bitte gleich bei Dieter Schetat unter Telefon (06122) 15358 oder bei anderen Vorstandsmitgliedern.



Schleswig-Holstein

**Vorsitzender:** Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

### Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

**Flensburg** – Wie stets empfangen uns die Bläsergruppe unter Leitung von Jens Wischmeyer vor der Kapelle zum Totensonntag und wie

ANZEIGE

# Warm oppm Kopp



Grüne Mütze mit aufgestickter Elchschaufel.  
Die fleecegefütterte Strickmütze kostet : 15,- Euro, zuzüglich 3,- Euro Porto und Verpackung.

Bestellung:  
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: selke@ostpreussen.de

Je 15,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

stets gab Sven Rösch an der Orgel den musikalischen Rahmen in gewohnt hervorragender Weise. Nach der letztjährigen Feier zum 70. Jubiläum des Ehrenmales Stein des Ostens mit zahlreichen Gästen aus Politik, Verbänden und Dienststellen kehrten wir wieder zur „Normalität“ zurück, wie Pastorin Silke Wierk zu Beginn ihrer Predigt anmerkte. Zuvor jedoch konnte unser Vorsitzender Hans Legies zahlreiche Teilnehmer begrüßen, an der Spitze den Flensburger Oberbürgermeister Dr. Fabian Geyer sowie Uta Wenzel, die Landtagsabgeordnete des hiesigen Wahlkreises und neue Vorsitzende des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge Flensburg. Sie war im letzten Jahr verhindert und hatte nun ihr „Kommen-Versprechen“ eingelöst. Legies dankte besonders Geyer, der erst seit Januar 2023 im Amt ist und es sich trotz der großen Probleme und Aufgaben, die durch die noch nicht lange zurückliegende Jahrhundert-Sturmflut hervorgerufen wurden, nicht nehmen ließ, mit uns zu gedenken.

Pastorin Wierk hatte als Kernstück des Erinnerens Christiane Hoffmanns Buch „Alles, was wir nicht erinnern“ ausgewählt, in dem die Autorin die Gedanken ausführte, die sie auf ihrer 550-Kilometer-langen Wanderung von Niederschlesien bis zur bayerischen Grenze beschäftigte. Sie hatte sich auf den Weg ihres inzwischen verstorbenen Vaters gemacht, der diese Strecke auf seiner Flucht gegen Ende des Krieges ebenfalls zu Fuß bewältigte. Die Schlussfolgerung daraus zog Wierk an Hand des Bibelspruches „Die Väter haben saure Trauben gegessen und den Kindern werden die Zähne stumpf“ mit dem Hinweis, dass das Leben von Eltern und Kindern zwar in unterschiedlichen Bahnen verlief und sich also nicht auf den jeweils anderen Bereich projizieren ließe, dennoch aber Erinnerung an und Verständnis für die andere Seite so unendlich wichtig seien. Darüber hinaus diente der Autorin ihre Wanderung auch der eigenen Erkenntnis, da sie wie auch jedes andere Kind von Flüchtlingen das von den Eltern

erlebte Trauma mehr oder weniger in sich trägt.

Nach der Prozession mit den Kränzen der Stadt Flensburg wie der Vereinigten Landsmannschaften zum Ehrenhain ergriff Flensburgs Oberbürgermeister das Wort. Er nahm die Gedanken der Pastorin in seinem Dank an sie auf und würdigte den Totensonntag als Gelegenheit, in unserem schnelllebigen Alltag innezuhalten und zurückzublicken; dies ohne die Gedanken schon bei einem Termin oder den Aufgaben des kommenden Tages zu haben. Verstorbener zu gedenken und um sie zu trauern sei Bestandteil unserer Kultur mit dem hohen Anspruch „Auf ewig unvergessen“, das auf manchem Grabstein zu lesen steht. Dieser Tag rief uns unsere eigene Vergänglichkeit in Erinnerung in dem Wissen, dass zum Leben immer auch der Tod gehört. Geyer dankte den Landsmannschaften für ihre Verdienste, die sie für den Wiederaufbau Deutschlands im Allgemeinen und Flensburgs im Besonderen geleistet hatten und würdigte die gute Tradition, am

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

### Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-B



# Abonnieren Sie die PAZ

## und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Totensonntag den Toten, die im Osten ruhen mit einer Kranzniederlegung zu gedenken. Er hob hervor, dass es den Vertriebenenverbänden nicht um ein „zurückginge, sondern sich das Totengedenken zu einer Friedensmahnung entwickelt hatte. Er schloss mit dem Hinweis, dass die in der Region inzwischen sehr gut integrierten Vertriebenen ihre Wurzeln nicht aufgegeben oder gar verleugnet haben und so zu einem Vorbild und einer Richtschnur für die große Integrationsaufgabe geworden sind, die wir mit den Geflüchteten von heute zu leisten haben.

Die Bläsergruppe begleitetete uns auch am Ehrenhain musikalisch trotz eisiger Temperaturen - dafür sei besonders gedankt. M.W.

Flensburg - Auch 2023 verwöhnte uns der Nikolaus in Person von Diana Hinspeter, der Wirtin „unseres“ Vereinslokales, mit köstlichen Kuchen, Torten und Gebäck. In seiner Eröffnungsrede verlas der Vorsitzende Hans Legies Grußworte und hob hervor, dass im zu Ende gehenden Jahr erstmals wieder alle Vorhaben, die er kurz ansprach, wie geplant durchgeführt werden konnten; die rege Teilnahme der Mitglieder ist für den Vorstand Ansporn und Verpflichtung für die Zukunft. Das Jahresprogramm 2024 stände bis auf die Tagesfahrt im Juni, für die er vier Möglichkeiten zur Auswahl vorstellte und darüber abstimmen ließ; die Mehrheit wählte eine Halbtagesfahrt nach Eckernförde. Der Vorsitzende wies auf die Notwendigkeit hin, die Gedenkfeier am Stein des Ostens zum Totensonntag auch mit Blick auf künftige Generationen zu gestalten und damit ihr Bestehen zu sichern. Er freute sich, dass unsere Beiträge in der Preußischen Allgemeinen Zeitung durchaus Beachtung fänden, wie mehrere Reaktionen auch aus fernen Bundesländern bewiesen.

Mit einem ehrenden Gedenken unserer verstorbenen Mitglieder schloss er seine Ansprache und wünschte allen, auch den verhin-derten Erkrankten, im Namen des gesamten Vorstandes eine besinnliche Adventszeit, gesegnete Weihnachten und alles Gute für das neue Jahr. Es folgte ein bunter Wechsel vom Singen bekannter und weniger bekannter Weihnachtslieder, Geschichten, Sologesangeinlagen und allgemeinem Plachandern, bis wir mit dem Ostpreußen- wie dem Pommernlied die Veranstaltung beendeten. Michael Weber

Hieran schloss er ein Studium der Rechtswissenschaft an den Universitäten Kiel und Freiburg an, legte ein Prädikatsexamen ab und wurde Referendar beim OLG Schleswig und 1964 nach dem 2. Staatsexamen mit Prädikat Assessor beim OLG Hamburg. Im selben Jahr erfolgte die Promotion in Kiel „cum laude“.

PAZ wirkt!



Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

90 Jahre Wolfgang Rothe

Unser geschätzter Beirat für Kultur konnte bei leidlicher Gesundheit und ungebrochener Schaffenskraft sein 90. Lebensjahr vollenden. Am 7. Januar 1934 im Reiterhof Samonien bei Tollming-

kehrten auf die Welt gekommen, verlebte er bis zum Krieg eine behütete Kindheit. Seine Eltern Karl Rothe (1891-1944) und Louise Rothe geb. Stoeckl (1902-1992) bewirtschafteten außer Samonien noch das Gut Tollmingkehmen.

Nach der Volksschule in Tollmingkehmen und der Flucht machte er 1954 am Humanistischen Gymnasium Kieler Gelehrtenschule das Abitur und absolvierte anschließend eine Lehre zum Versicherungskaufmann bei der Securitas Bremen.

Von 1964 bis 1997 war er Personal-Direktor in vier größeren Wirtschaftsbetrieben, gründete eine Familie mit seiner Frau Erika, ließ sich in Essen nieder und wurde bei den Landgerichten Frankfurt und Essen als Rechtsanwalt zugelassen, war bis 1999 Beirat bei den Arbeitgeberverbänden der Versicherungswirtschaft und der Banken in Mannheim, in Frankfurt ehrenamtlicher Beisitzer an den Arbeitsgerichten, in Hamburg ehrenamtlicher Beisitzer am Landes-arbeitsgericht und Mitglied der Schadenskommission der Berufsgenossenschaft Chemie und verfasste ein Umwelthandbuch.

Von 1997 bis 2007 absolvierte er ein Senioren-Studium an der Universität Essen in Neuerer und Neuester Geschichte und Germanistik, um seinen humanitären und kirchlichen Aktivitäten im heute russischen Nord-Ostpreußen auch fundierte Dokumentationen der Regionalgeschichte, der Pferdezucht und des Jagdwesens der Rominter Heide an die Seite zu stellen, zuletzt den „Luftbild-Atlas Rominter Heide“. Mehrere Ausstellungen und der Film „Als die Deutschen weg waren“ runden seine kulturelle Tätigkeit neben zahlreichen Vorträgen und Bemühungen um das ostpreußische Platt ab.

An Auszeichnungen erhielt er 1998 das Ehrenzeichen der LO in Silber, überreicht in Ellingen anlässlich der Stiftung und Übergabe der Modelle des kaiserlichen Jagd-schlusses und der „Hubertus-Kapelle“ Rominten, 2004 den Orden in Gold des Bismarck-Bundes im Bismarck-Orden, Aumühle, 2009 die Ehrengabe „Rominter Luchs“ durch Kreis und Stadt Goldap, 2012 Verdienstabzeichen (Orden) der Wojwodtschaft Ermland-Masuren, überreicht durch den Vize-Marschall J. Sloma der Wojwod-schaft im Forstamt Barckhausen in Warnen [Ozerki], 2022 Goldene Ehrennadel der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) anlässlich der Feier der 300-jährigen Stadterhebung Stallupönens in der Patenstadt Kassel.

Die Kreisgemeinschaft dankt Dr. Wolfgang Rothe und seiner Familie für die vielfältigen Forschungen und Veröffentlichungen zu Geschichte und Kultur Ostpreußens sowie unseres Heimatkreises und wünscht weiterhin Gesundheit, Lebensfreude und Schaffenskraft in seinem Blumenparadies am Baldeneysee. Gerhard Kuebart Kreisvertreter



Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Jahresrückblick

Das Jahr 2023 ist wieder einmal schnell vergangen und am Ende eines Jahres blickt man auf die Monate, Wochen und Tage zurück und wundert sich, wie schnell doch die 365 Tage vorbei sind. Ein jeder von uns hatte im vergangenen Jahr neben fröhlichen, schönen und glücklichen Momenten auch traurige Tage, da ein lieber Angehöriger von uns gegangen ist. Nun stehen wir am Anfang eines neuen und unberührten Jahres und wissen noch nicht, ob es bergauf oder bergab geht in der momentanen Zeit mit Hass, Terror und leidbringenden Kriegen. Doch blicken wir erwartungsvoll nach vorne, freuen uns auf die Zusammenkünfte in unseren Memellandgruppen, hier wie auch in Memel und Heydekrug, dem Treffen aller Ostpreußen am 1. Juni in Wolfsburg und im Besonderen auf unser monatlich erscheinendes „Memeler Dampfboot“, das nun im 175. Jahr erscheint und somit die älteste noch erscheinende Heimatzeitung ist. Leider geht die Zahl der Bezieher immer mehr zurück, da sofort nach dem Ableben der Eltern das Abonnement von den Kindern gekündigt wird.

Wäre es nicht angebracht, das Abonnement weiterzuführen und somit das Andenken an die Eltern und deren Heimat wachzuhalten und auf Grund der Berichte eines Tages auf den Spuren der Eltern zu wandeln? Gehen Sie in sich und beziehen Sie das Memeler Dampfboot bitte weiter, damit es noch recht lange erscheinen kann.

Besonders möchte ich mich im Namen des Bundesvorstands bei allen Spendern bedanken. Ohne ihre Unterstützungen für die Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. (AdM) könnten wir die Arbeit für unsere Landsleute hier, wie auch im Memelland nicht aufrecht erhalten.

Wir wissen noch nichts über die vor uns liegenden zwölf Monate, nur dass wir Hoffnungen und Wünsche haben und somit wünsche ich Ihnen allen für das eingeläutete Jahr 2024 Kraft, Erfolg, Gesundheit, viel Glück und vor allem Frieden. Uwe Jurgsties Bundesvorsitzender

Eislandschaften

In Nidden und Schwarzort sind beeindruckende Eisskulpturen entstanden, die das Ergebnis der Natur sind. Die Skulpturen sind Anfang Januar 2024 erschienen und versprechen, Einheimische und Touristen noch lange zu begeistern.

Diese Kunstwerke sind ein jährliches Phänomen, das aufgrund spezifischer klimatischer Bedingungen auftritt. Wenn die starke Kälte mit dem wehenden Wind kombiniert wird und das Haff noch nicht vollständig eingefroren ist, entsteht die ideale Um-

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 5x5 grid at the top left and a 10x10 grid at the bottom left.

Sudoku

9x9 Sudoku puzzle grid with numbers 1-9 in some cells.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonal crossword puzzle grid with numbers 1-6 in some cells.

Diagonalrätsel

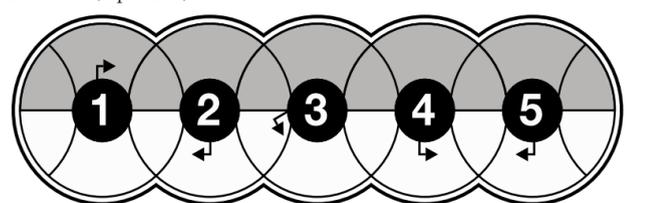
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Begriffe für Heiterkeit.

- 1 mit Blumen, geblümt
2 Gewinn, Ausbeute
3 deutscher Schriftsteller (Bertolt)
4 Obhut, Sicherheit
5 Gartenzierpflanze
6 weibliche Naturgottheit

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Sidaeuropäerin.

- 1 die Größe der Gesellschaftsinseln, 2 eine der Musen, 3 Heilmittel, Medizin, 4 Wartezeit, Sperrfrist, 5 Flottenwesen



## Heimatkreisgemeinschaften



Winter ist nicht gleich Winter: Nidden im Januar Foto: Uwe Jurgsties

gebung für die Bildung von Eiskulpturen. Starke Winde aus dem Haff verursachen Wasserspritzer, die auf Gegenstände, wie Bänke, Büsche oder Straßenschilder aufgrund der niedrigen Lufttemperatur schnell einfrieren.

Derzeit ist die Eisdecke auf dem Kurischen Haff stark genug, um sie zu betreten, aber es gibt immer noch gefährliche ungefrorene Stellen.

Uwe Jurgsties



**Kreisvertreterin:** Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

### Reisetermin 9. bis 17. Juni

Die Kreisgemeinschaft Pr. Eylau plant in diesem Jahr gemeinsam mit der Patenstadt Verden und dem Landkreis Verden wieder eine Reise in den südlichen Teil des Kreises und zu anderen interessanten Zielen im südlichen Ostpreußen. Anmeldungen erbitten wir spätestens bis zum 1. März, damit wir einen Überblick bekommen, ob die notwendige Mindestteilnehmerzahl von 25 Personen erreicht wird, damit die Reise durchgeführt werden kann.

1. Tag: Anreise nach Danzig. Gegen 6 Uhr beginnt Ihre Reise nach Ostpreußen. Die Route führt vorbei an Hannover und Potsdam mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute und weiter über Frankfurt an der Oder und Posen. Gegen 18 Uhr erreichen Sie Dan-

zig, wo Sie im „Novotel Centrum“ bereits zum Abendessen erwartet werden. Ihr Hotel ist nur wenige Schritte von der Danziger Altstadt entfernt, sodass ein Abendspaziergang zur Mottlau-Promenade ein schöner Tagesabschluss sein könnte. Die Danziger Altstadt hat neben historisch wertvollem und Sehenswertem auch ein quirliges Nachtleben mit kleinen Bars, urigen Kneipen und trendigen Musikclubs zu bieten.

2. Tag: Danzig und Oberländischer Kanal. Nach dem Frühstück erwartet Sie Ihr Stadtführer zu einem Spaziergang durch die Danziger Altstadt. Die mehr als 1000-jährige Hansestadt hat viel zu bieten. Die nach großen Zerstörungen prächtig restaurierte Altstadt beeindruckt mit erhabenen Patrizierhäusern, hübschen kleinen Gassen mit Boutiquen und Cafés, alles wird überragt von der mächtigen Marienkirche, einem der größten Backstein-Sakralbauten Europas. Sie sehen den Artushof, den früheren Treffpunkt der hanseatischen Kaufleute mit dem Neptunbrunnen davor, die Frauengasse mit den für Danzig typischen Beischlägen, die heute meist kleine Schmuckläden oder urige Kneipen beherbergen, und an der Mottlau das große Krantor, eines der mächtigsten Hebewerke des Mittelalters. Gegen Mittag geht es per Bus weiter nach Südosten über die Weichsel. Am Nachmittag erleben Sie einen weiteren Höhepunkt Ihrer Ostpreußenreise: eine Fahrt auf dem Oberländischen Kanal, einer ingenieurtechnischen Meisterleistung des 19. Jahrhunderts. Hier überwinden die Schiffe den Höhenunterschied zwischen dem Oberland und dem Ermland durch das sogenannte Aufschieben. Gegen Abend erreichen Sie Elbing zur Übernachtung.

3. Tag: Frauenburg & Frisches Haff. Der Tag beginnt mit einer Führung durch die Altstadt von Elbing, deren Wiederaufbau bis heute andauert. Anschließend Weiterfahrt entlang des Frischen Haffes durch die malerischen Elbinger

Höhen nach Cadinen, der ehemaligen Sommerresidenz Kaiser Wilhelms II. Sie erreichen Frauenburg und besichtigen den imposanten gotischen Dom. Hier verbrachte Nikolaus Kopernikus als Domherr seine wichtigsten Lebensjahre, in denen er seine weltverändernden Entdeckungen machte. Am Nachmittag gibt es sehr nachdenkliche Momente zu erleben bei einer Schifffahrt von Frauenburg über das Frische Haff nach Kahlberg auf der Frischen Nehrung. Auf diesem Weg flohen Tausende Ostpreußen im Winter 1945 über das Eis des zugefrorenen Haffes vor der heranrückenden Front nach Westen und verließen für immer ihre Heimat. Als Zeichen der Versöhnung steht in Frauenburg ein Stein mit einer Inschrift in deutscher und polnischer Sprache zum Gedenken an die vielen tausenden Opfer dieses Kriegswinters. Übernachtung in Frauenburg.

4. Tag: Marienburg und Allenstein. Am Vormittag unternehmen Sie eine Führung durch die imposante Marienburg. Die mächtige Burganlage, die zu den größten in Europa zählt, war im späten Mittelalter der Sitz des Hochmeisters des Deutschen Ordens und damit das Zentrum des mächtigen Ordensstaates. Noch heute beeindruckt sie die Besucher durch ihre Ausmaße und die Raffinesse ihrer Architektur. Auf der Weiterreise besuchen Sie die Hauptstadt des südlichen Ostpreußens: Allenstein. Bei einer Führung sehen Sie unter anderem die Burg des ermländischen Domkapitels. Hier residierte auch Nikolaus Kopernikus als Verwalter des Kapitels. Sehenswert sind weiterhin das Hohe Tor und die St.-Jakobus-Kirche. Die Altstadt von Allenstein ist wie überall in der Republik Polen in den letzten Jahren hübsch restauriert worden und lädt zum Spaziergang ein. Gegen Abend erreichen Sie Heilsberg, Abendessen und Übernachtung in Heilsberg.

5. Tag: Bürgertreffen in Landsberg im Kreis Pr. Eylau. Der frühere ostpreußische Kreis Pr. Eylau ist aufgrund der stalinischen Demarkationslinie heute geteilt und der nördliche Teil gehört zum heutigen russischen Gebiet und kann aufgrund der aktuellen politischen Situation zum Zeitpunkt der Planung der Reise leider nicht besucht werden. Das Zentrum der Partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Verden und dem südlichen polnischen Teil des Kreises ist heute die Stadt Landsberg [Gorowo Ilaweckie] im Kreis Pr. Eylau. Hier werden Sie heute zu einem Besuch in Ihrer Partnerstadt erwartet. Der Bürgermeister hat uns zu einem offiziellen Empfang im Rathaus eingeladen.

In der Republik Polen vollzieht sich in den letzten Jahren eine sehr dynamische Entwicklung, die sich in allen Städten und Gemeinden widerspiegelt. Es wird restauriert, renoviert und es entsteht viel Neues. So hat sich auch Landsberg in den letzten Jahren zum Positiven verändert. Am Nachmittag wird noch ein wenig das Kreisgebiet erkundet, zum Beispiel mit einem Besuch im „Storchendorf“ Scheeweken und mit einem Abstecher nach Neuendorf, wo aktuell ein neues Kurzentrum entsteht. An diesem Tag besteht auch Gelegenheit für Ihre individuellen Ausflüge in die Heimatdörfer. Abendessen und Übernachtung in Heilsberg.

6. Tag: Gut Gallingen und Heilige Linde. Nach dem Frühstück

steht eine Führung durch die Burganlage in Heilsberg auf dem Programm. Hier residierten einst die Bischöfe des Ermlandes, der einzigen katholischen Gegend im sonst evangelischen Ostpreußen. Anschließend geht es weiter aus dem Ermland nach Osten in das Land der großen Seen – nach Masuren. Ihr erster Zwischenstopp ist auf dem einstigen Gut Gallingen [Galiny] vorgesehen, wo Sie zu einer Führung erwartet werden. Wie alle früheren ostpreußischen Güter war auch diese Anlage Jahrzehnte lang dem Verfall preisgegeben, bevor sich vor einigen Jahren ein privater polnischer Investor dieses Kleinodes der ostpreußischen Gutsanlagen annahm und nach umfangreichen und sehr kostenintensiven Restaurierungen hier im einstigen Gutshaus ein Hotel mit angeschlossenen Gestüt zum Beispiel für Reiterferien entstehen ließ. Nach einem kleinen Mittagessen auf Gut Gallingen erreichen Sie in Masuren das Kloster Heilige Linde mit seiner imposanten Kirche. Die barocke Pracht in den ostpreußischen Wäldern steht sehr im Kontrast zur sonst eher gradlinigen preußischen Architektur. Die reiche Innenausstattung der Kirche wird gekrönt durch eine berühmte Orgel mit vielen beweglichen Figuren, die Sie bei einem kleinen Anspiel erleben werden. Zum Abend erreichen Sie Lötzen, die „Sommerhauptstadt“ Masurens, zur Übernachtung.

7. Tag: Schifffahrt auf den Masurischen Seen und Gut Lehndorff. Am Vormittag erleben Sie eine Schifffahrt über die Masurischen

Seen von Lötzen nach Angerburg. Wenn genügend Zeit verbleibt, besuchen Sie oberhalb von Angerburg noch die Kriegsgräbergedenkstätte „Jägerhöhe“, von hier hat man einen wunderbaren Blick über die Seenplatte, der alle Klischees von Masuren erfüllt: Dunkle Wälder und malerische Seen mit blinkenden Segeln. Anschließend erreichen Sie Steinort. Hier befindet sich das einstige Gut der Familie Lehndorff. Der letzte Besitzer, Heinrich Graf von Lehndorff, war maßgeblich am Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 in der Wolfsschanze beteiligt und wurde dafür von den Nazis hingerichtet. Nach Jahren des Verfalls wurde ein Teil der Gutsanlage von einer deutsch-polnischen Kulturstiftung erworben und wird zurzeit restauriert, um später als Begegnungsstätte genutzt werden zu können. Übernachtung in Lötzen.

8. Tag: Tschüss Masuren! Nach dem Frühstück treten Sie die erste Etappe der Heimreise an. Unterwegs besuchen Sie bei Hohenstein das Ostpreußische Freilichtmuseum. Die bereits zu deutscher Zeit begonnene Anlage wird heute im polnischen Ostpreußen fortgesetzt und weiterentwickelt. Hier erleben Sie ein traditionelles ostpreußisches Dorf mit Gehöften, Windmühlen und Kirchen. Die Gebäude im Museumskomplex repräsentieren die Architekturbesonderheiten der historischen Regionen Ostpreußens: Ermland, Masuren, Oberland, Samland und Memelland. Gegen Abend erreichen Sie Posen zur Zwischenübernachtung. Hier liegt Ihr Hotel auch wie-

der sehr dicht an der Altstadt, so dass die Möglichkeit zu einem schönen Abendspaziergang besteht.

9. Tag: Posen & Heimreise. Ihr letzter Besichtigungspunkt ist heute eine Stadtführung durch Posen. Der erst kürzlich restaurierte zentrale Altmarkt wird geprägt durch das sehenswerte Renaissance-Rathaus, an dessen Uhr jeden Tag um 12 Uhr die Figuren zweier Ziegenböcke, das Wappen von Posen, erscheinen. Gerahmt wird der Platz von sehr schönen Bürgerhäusern. Der älteste Teil Posens, dessen Entstehung auf etwa das 9. Jahrhundert zurückgeht, ist jedoch die Dominsel mit dem St.-Peter-und-Pauls-Dom, der hier bereits um das Jahr 1000 als romanische Basilika errichtet und im 14. Jahrhundert zu einer gotischen Kirche umgestaltet wurde. Hier befindet sich in der Goldenen Kapelle das Grabmal der ersten Herrscher Polens – Mieszko I. und Boleslaw des Tapferen. Heute ist Posen ein bedeutendes Wirtschaftszentrum, alljährlich finden hier die wichtigsten Messen in Polen statt. Nach der Stadtführung treten Sie die Heimreise an, Rückkunft in Verden gegen 19.30 Uhr.

Genauere Informationen zur Reise wie den Reisepreis pro Person für alle Kosten inklusive Halbpension finden Sie auf der Internetseite der Kreisgemeinschaft [www.preussisch-eylau.de/](http://www.preussisch-eylau.de/) unter der Rubrik „Termine und Aktivitäten“ oder können bei der Kreisvorsitzenden Evelyn v. Borries unter Telefon (02103) 64759 erfragt werden.

Evelyn v. Borries

ANZEIGE



Der Marienwallfahrtsort zieht Pilger wie Touristen an: Die barocke Klosterkirche Heilige Linde Foto: Shutterstock

www.ostpreussen.de

Ostpreußentreffen

der  
Landsmannschaft  
Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers,  
Fahnenmarsch, Kulturprogramm,  
ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg

Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg

(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

## GESCHICHTE BRAUNSBERGS

## Vom Prußen- zum Ordensland

Im 13. Jahrhundert begann – von Zäsuren unterbrochen – die Blüte der südostpreußischen Stadt

VON WOLFGANG KAUFMANN

An der Mündung der Passarge ins Frische Haff muss schon sehr früh ein wichtiger Handelsplatz existiert haben. Davon zeugt der Fund römischer Goldmünzen nahe des Gutes Groß Tromp. Später siedelte hier der prußische Stamm der Warmier, der sich gemeinsam mit den Nantangern und Bartern den Rittern des Deutschen Ordens entgegenstellte, als diese ab 1239 in die Region vordrangen.

Nachdem die Prußen durch Verrat in den eigenen Reihen eine schwere Niederlage erlitten hatten, begann der Orden 1240 mit dem Bau von Befestigungen, die zum Ausgangspunkt für die Besiedlung des hiesigen Prußenlandes werden sollten. Dazu gehörte die Burg Brunsberg unweit der Ortschaft, die den prußischen Namen Brusebergue (Prußenlager) trug. Allerdings fiel das hölzerne Bauwerk bereits im Sommer 1242 einem Aufstand der Einheimischen zum Opfer.

Die Rebellion währte bis 1248, was den päpstlichen Legaten Wilhelm von Modena aber nicht daran hinderte, das Ordensland 1243 in vier Bistümer aufzuteilen, darunter das Bistum Ermland. Nach dem Friedensschluss mit den Prußen im Februar 1249 etablierte Bischof Anselm von Meißen im Folgejahr in Brusebergue das ermländische Domkapitel. Gleichzeitig kamen nun Siedler aus Lübeck, Lüneburg, Osnabrück, Kleve, Göttingen und den ländlichen Regionen des heutigen Niedersachsens in den Ort, wobei die Initiative hierzu vor allem von dem Lübecker Ordensritter und Ratsherrensohn Johann Fleming ausging.

**Stadtrecht seit 1254**

Der Bischofssitz „to dem Brunsberghe“ erhielt am 27. Dezember 1254 von Anselm das Stadtrecht verliehen. Dem folgte 1260 der nächste Prußenaufstand, der bis 1273 andauerte. In dessen Verlauf wurden



Einst ein wichtiges geistliches und wirtschaftliches Zentrum: Die Basilika St. Katharina

Foto: Shutterstock

Stadt wie Burg belagert und schließlich in höchster Not von den Verteidigern selbst niedergebrannt. Der Neuaufbau begann 1274 an etwas höher gelegener Stelle.

Nach dessen Abschluss erteilte Anselms Nachfolger Heinrich I. Fleming, der das Domkapitel inzwischen nach Frauenburg verlegt hatte, dem nunmehrigen Braunsberg am 1. April 1284 die Handfeste nach lübischem Recht und erneuerte so das Privileg von 1254, wobei dieses faktisch aber nur für den Bereich der Altstadt galt. Denn die bis 1772 selbstständige Neustadt entstand erst ab 1340 auf Betreiben des

Bischofs Hermann von Prag, der in Braunsberg residierte. Anschließend entwickelte sich die Ortschaft zur führenden Handels- und Hafenstadt im Ermland, woraus auch die Zugehörigkeit zur Hanse in der Zeit zwischen 1358 und 1608 resultierte.

Die nächste große Zäsur für Braunsberg erfolgte Mitte des 16. Jahrhunderts: Der Preußische Bund, eine 1440 entstandene Interessenvertretung der preußischen Städte und des Landadels, dem auch Braunsberg angehörte, kündigte dem Hochmeister des Deutschen Ordens am 4. Februar 1454 den Treueid auf und ver-

bündete sich mit dem Königreich Polen. Das führte zum Dreizehnjährigen Krieg beziehungsweise Preußischen Städtekrieg, der mit dem Zweiten Frieden von Thorn vom 19. Oktober 1466 endete. Durch diesen standen das Ermland und damit auch Braunsberg als Teil des sogenannten Preußen Königlichen Anteils nun unter der Oberherrschaft der polnischen Krone – ein Zustand, der letztlich bis 1772 anhielt, wobei Braunsberg aber weiterhin die Rechte einer Freien Reichsstadt innehatte.

Am 5. August 1772 fiel das Fürstbistum Ermland im Zuge der Ersten Polnischen

Teilung an das Königreich Preußen, während es zugleich zu einer Vereinigung der Alt- und Neustadt von Braunsberg kam. In der Zeit davor hatte die hiesige Bevölkerung viel Not und Elend erlebt: Zuerst durch die sehr rigide durchgeführte Gegenreformation ab 1551, dann durch die Pest 1624/25 und die wiederholten verheerenden Einfälle der Schweden in den Jahren 1626 und 1655 während des Ersten und Zweiten Schwedisch-Polnischen Krieges sowie nochmals durch die schwedische Besetzung im Großen Nordischen Krieg 1703. Dazu kamen die Hexenprozesse zwischen 1637 und 1652, die allein in Braunsberg zu 35 Hinrichtungen auf dem Scheiterhaufen führten.

**Aufschwung im Königreich Preußen**

Im Königreich Preußen erlebte Braunsberg einen erheblichen Aufschwung: Bald gehörte die zweitgrößte Stadt des Ermlandes nach Allenstein zu den bedeutendsten Wirtschaftszentren im südlichen Ostpreußen. Mitverantwortlich für diese positive Entwicklung war nicht zuletzt die Anbindung an die Eisenbahn: Am 19. Oktober 1852 wurde die Strecke von Marienburg nach Braunsberg eröffnet, und am 1. August 1853 dann die Bahnlinie Braunsberg-Königsberg.

Die mehr als 700-jährige Geschichte der deutschen Ortschaft Braunsberg endete faktisch am 20. März 1945 mit der Besetzung durch die Rote Armee. Zuvor hatten sowjetische Flugzeuge die Stadt am 5., 9. und 15. Februar bombardiert und zu 80 Prozent zerstört. Dabei ging die bis dahin gut erhaltene Altstadt in Flammen auf.

Nach dem Zweiten Weltkrieg übertrug die UdSSR das südliche Ostpreußen und somit auch Braunsberg an die Volksrepublik Polen. Dem folgte die Umbenennung in Braniewo sowie die Vertreibung der noch lebenden Angehörigen der deutschen Bevölkerung zugunsten polnischer und ukrainischer Zuwanderer.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Wenn der Tod lebendig wird

Die Ausstellung „Schlesische Kunst des Sterbens“ in Breslau zeigt, wie Menschen das Dies- und das Jenseits reflektierten

Mittelalterliche Grabplatten, Abbildungen Heiliger, die mit dem Sterben zu tun haben oder Ratgeber zum guten Sterben können noch bis zum 24. März im Breslauer Nationalmuseum angesehen werden. In der Ausstellung „Schlesische Kunst des Sterbens“ von Agata Stasińska und Mateusz Tomyślak wird gezeigt, wodurch sich Christen vom Mittelalter bis heute ein gutes Hinübergehen in die himmlische Welt zu sichern glauben. Die Kuratoren möchten am Beispiel rekonstruierter Grabplatten aus dem Mittelalter die Kultur des Sterbens von damals mit dem heutigen Umgang mit Tod und Trauer vergleichen.

Weil 500 Jahre alte Grabplatten schwer, fragil und kaum ausleihbar sind, griffen die Kuratoren auf Artefakte zurück, die zur Rekonstruktion ins Nationalmuseum gebracht wurden. Die Ältesten stammen aus der Klosternekropole im schlesischen Leubus [Lubiąż] und dem Breslauer Dom. Leubus war das älteste schlesische Zisterzienserkloster. Seine Blütezeit endete abrupt mit den Hussitenkriegen, die ab 1428 Schlesien heimsuchten.

Der Restaurator und Kurator Tomyślak hat für die Restaurierung der Grabplatten aus dem frühen 14. Jahrhundert eine Werkstatt mit Werkzeugen nachgebaut, wie sie im Mittelalter in den schlesischen Werk-

stätten zum Einsatz kam. Die abgebildete Kleidung, Rüstung und Gesten der dargestellten Verstorbenen liefern Kuratorin Stasińska Informationen über den Stand, das Ansehen und manchmal auch die Todesursache, wie es im Falle der Grabplatte von Peter II. Nowag.

Er stammte aus Nowag [Nowaki] bei Neisse [Nysa] und war Fürstbischof in Breslau. „Man weiß heute, dass Nowag das Aussehen seines Epitaphs mitbestimmt hatte ... Zu sehen sind Geistliche und Weltliche. Letztere sind für uns besonders interessant. Gezeigt wird ein Arzt mit einem Messzylinder, ein Bergmann mit Spitzhacke oder ein Spaziergänger mit Hund.“ Die Bibel an seinem Haupt stelle die Lösung für all seine Probleme dar, sie verrät, „dass er durch einen Schlangenbiss verstorben ist, und eine Schlange ist auf seinem Epitaph eingraviert“.

Die Grabplatte von Peter II. Nowag war, wie auch von anderen Fürstbischöfen, in den Fußboden des Presbyteriums der Breslauer Kathedrale eingelassen. „Viele Menschen sind drüber gelaufen, die Platten, auch wenn sie aus Metall waren, weisen einen starken Abrieb auf. Sie haben viel durchgemacht, in Teile zerlegt lagerten sie viele Jahre in der Sakristei der Kathedrale und wurden erst Anfang

der 2000er Jahre erstmalig restauriert“, sagt sie. Im März sollen sie in die Kathedrale zurückkehren, werden jedoch an den Wänden und nicht im Fußboden angebracht. Der Grund dafür, dass man früher Grabplatten in den Fußboden legte, war „Ausdruck von Demut aber auch der Hoffnung, dass die Gläubigen beim Auftreten auf so eine Grabplatte an den Ver-

storbenen erinnert werden und für ihn beten“.

Um immer wieder ins Gedächtnis gerufen zu werden, hatte man sich im Falle von Fürstbischof Rudolf von Rüdeshaim etwas Besonderes ausgedacht. Seine Nase ragte deutlich hervor, „sie ist stark beschädigt, bestimmt mussten sehr viele Menschen über diese Nase gestolpert sein“,

schertzt die Kuratorin. Von Rüdeshaim war Rudolf von 1468 bis zu seinem Tode 1482 Fürstbischof in Breslau. Bereits 1464 organisierte er von Breslau aus den Widerstand der Antihussiten gegen Georg von Podiebrad (1420–1471). Wohl deshalb wurde er nach dem Tod des Breslauer Bischofs Jodok von Rosenberg 1468 einstimmig vom Breslauer Domkapitel zum Bischof gewählt.

Die Ausstellung erzählt auch von Heiligen und Schutzpatronen des „guten Todes“. Zu diesen zählen die heiligen Barbara und Christophorus. „Einmal täglich den Blick auf eine Abbildung eines der beiden Heiligen zu richten sollte genügen, um vor einem plötzlichen Tod bewahrt zu werden“, berichtet Stasińska und deutet auf die Abbildung der Heiligen Barbara, die von einer Hausfassade in Neurode [Nowa Ruda] stammte. Daneben ist die Holzplastik des Heiligen Christophorus von der Fassade der Breslauer St. Christophorkirche zu sehen, die heute der evangelischen Gemeinde deutscher Sprache als Gotteshaus dient. „Christophorus stand für alle gut sichtbar in der KirCHFassade seit 1462 bis in unsere 50er Jahre!“, berichtet sie. Dass die Holzfigur so gut erhalten ist, läge an den vielen Schichten Ölfarbe, mit der sie überzogen wurde. Chris W. Wagner



Ein Blick am Tag reicht, um einem plötzlichen Tode zu entkommen: Agata Stasińska zwischen den Heiligen Christophorus und Barbara

Foto: Wagner

## AUS ALTEN ARCHIVEN

## Wale an Pommerns Küste

Das Stranden der Säugetiere galt früher als schlechtes Omen – Doch die Knochen hat man eingesammelt

VON ECKARD WENDT

Es heute kommt es nicht so selten vor, dass „Walfische“ immer wieder einmal an Pommerns Küste stranden, was allgemein viel Aufmerksamkeit erregt. Die Nachrichten über erscheinene Wale an der Ost- und Nordseeküste gehen bis in das 12. Jahrhundert zurück.

So strandete ein männlicher Zwergwal (Balaenoptera rostrata) im Frühjahr 1545 in der Dänischen Wiek bei Greifswald, den man dort in der Marienkirche aufbewahrte. Zuvor strandete im Jahr 1365 ein großer, allerdings nicht genau identifizierter Wal an der Insel Usedom. Einige Rippen von dem Wal verehrte der Herzog als Kuriosität der Stettiner Nikolaikirche, die vor 1657 hinter der Kanzel von St. Jakob gefunden wurden.

Im Jahr 1825 wird der Fang eines Blauwals gemeldet. Am 8. April hörten bei ruhiger See an der Küste Rügens fünf Fischer eine stattliche Wellenbewegung. Diese „schwarze bewegliche Masse“, mit 44 Fuß, konnte mühevoll erlegt und dem Museum in Greifswald übereignet werden. In jüngster Zeit, am 14. August 1899, trieb ein toter Wal an der Westmole der neuen Dievenowmündung an. Hafenarbeiter brachten den zirka 14 Meter langen, stark verwesenen Wal an Land. Herren aus Cammin kauften ihn und stellten das Skelett in einem Garten zur Besichtigung gegen Eintrittsgeld aus.

## Auf Befehl des Herzogs zerteilt

Widerhall, nicht nur in der Literatur, fand der am 12./13. Mai 1620 angespülte Finnwal (Balaenoptera physalus) in der Dievenow-Mündung nördlich von Stettin. Ein berühmter Mann beschrieb ziemlich ausführlich, was sich im Jahr 1620 zugetragen hat: Es handelte sich um Daniel Cramer (1538–1637), Hofprediger, Kirchenhistoriker und Professor am Fürstlichen Gymnasium (später Marienstiftsgymnasium). Illustrator war Johann Bader, „Briefmaler“, Hersteller von Flugschriften, also jenen frühen Zeitungen, welche Marktschreiber für den Preis eines halben Handwerkerlohnes verkauften.

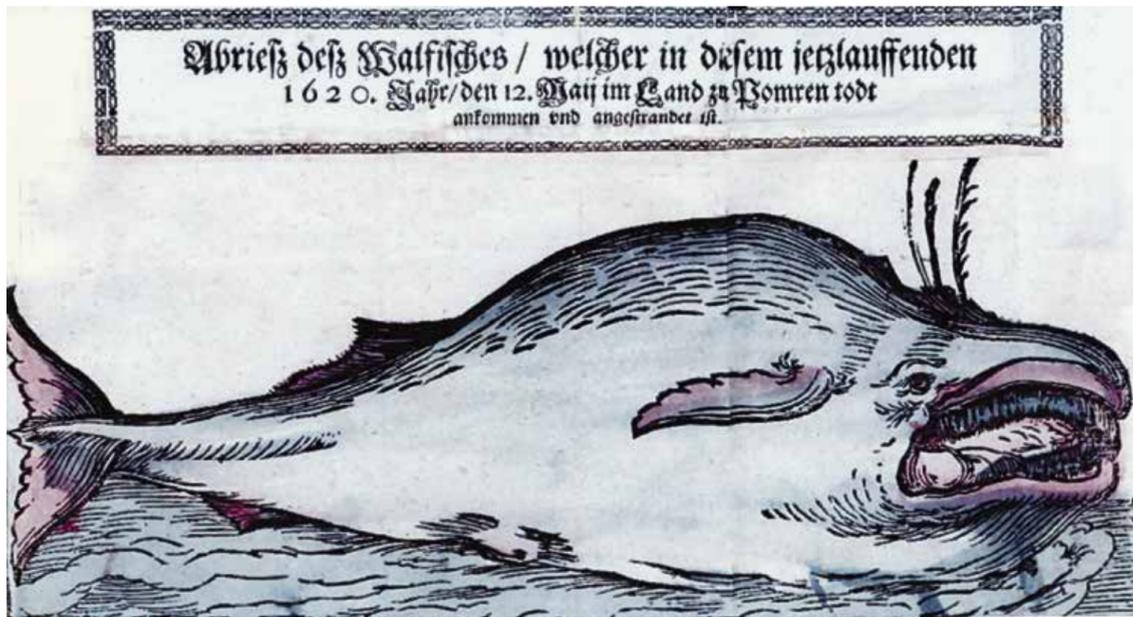
Mit dem Nordwest-Sturm strandete ein totes Meerungeheuer bei dem Großen Krug an, etwa zwei Meilen von Wollin und eine Meile von Cammin entfernt. Es war 25-einhalb stettinische Ellen (57 Werkschuh) lang und 13 stettinische Ellen (30 Werkschuh) dick, der Kopf bis ans Auge neun und der Schwanz sieben Werkschuh breit. Die Wolliner meinten, es sei ein gestrandetes Schiff oder hatten äh-

die Knochen „wundershalben“ ebenfalls nach Wittenberg, Brandenburg, Stralsund geliefert. Bald darauf entbrannte zwischen Pommern und der Neumark ein Krieg mit viel Blutvergießen.

Wenn jemand vor knapp 200 Jahren den Münzhof des Königlichen Schlosses, von der Große Ritterstraße kommend, betrat, dem fielen sofort riesige Knochen auf, die an eisernen Haken und Ketten

Deutschlands in Stettin auf der Münzhofseite des Mittelflügels aufhängen. Seither setzten Wind und Wetter den Knochen schlimm zu, sodass sie stückweise herunterfielen. Im Jahr 1915 hingen dort nur noch das Hinterhauptbein und der riesige rechte Unterkiefer.

Der Provinzialkonservator Hugo Lemcke hatte vor Jahren angeregt, die Knochen vor dem Verderben im Museum zu



Der unidentifizierte Finnwal (kein Furchenwal): Erschienen als Flugblatt von Daniel Cramer im Jahr 1631, wobei der kolorierte Holzschnitt von dem Stettiner „Briefmaler“ Johann Bader stammt. Die Brustflosse ist vergleichsweise klein. Der Gasauftrieb führte zur wesentlichen erweiterten Bauchregion und die Barten sind noch am Gaumen

Foto: Sammlung Wendt

liche Phantasien, aber es war ein seltsames Vorzeichen, von dem man kaum etwas Gutes, sondern mehr Schreckliches erwartete: Ein „Walfisch“, den man für ein Wunder hielt.

Mit Winden und Stricken an Land gebracht, stank der länger tot Gewesene fürchterlich. Dennoch ist er auf Befehl des Herzogs Franz zerteilt, zerstückelt, etliche Knochen auch ins Hoflager nach Stettin gebracht und zum ewigen Gedächtnis aufgehängt worden. Von seinem „Fleisch“, etwa 30 Last, wurde Tran gesotten und

hingegen. Es waren die Überreste des Wales aus dem Jahr 1620.

## Aufbewahrt im Stettiner Schloss

Zuerst befanden sich die Knochen unter den gewölbten Galerien des Westflügels bis zu deren Abbruch etwa im Jahre 1840. Danach lagerten sie in den Kellergewölben des Schlosses. Aus dem Dunkel heraufgeholt, ließ der Oberpräsident von Pommern, Franz Senft von Pilsach, sie im September 1863 zur XXXVIII. Hauptversammlung der Naturforscher und Ärzte

schützen, was sein Nachfolger nicht wirkliche. Jetzt hängt man beide Großteile zusammen an gewohnter Stelle wieder auf, während die abgefallenen Stücke des Oberkiefers nahe des nördlichen Tores in einer wettergeschützten Nische unterkamen.

Bei dieser Wal-Historie sind alle mit ihrem Seelenheil gut davongekommen, wohl auch durch das Ermahnen des Hofpredigers Cramers.

Der Zweite Weltkrieg beendete dann die Knochen-Odyssee endgültig.

## NATURSCHÖNHEIT

## Das grüne Juwel der Buchheide

Von einem Industrieobjekt zum begehrten Ausflugsziel: Der Herta-See, heute Smaragdsee, bei Stettin

Den Smaragdsee haben auch die jetzigen Stettiner zu ihrem liebsten Ausflugsziel erkoren. Das jedenfalls ist einschlägigen Tourismusführern zu entnehmen. Der zweieinhalb Hektar große Smaragdsee, der wegen seiner Farbe an Hochgebirgsgewässer erinnert, verbirgt sich in den Nordausläufern des auf 148 Meter über Normal Null ansteigenden Stauchmoränenkomplexes der Buchheide im Südosten der Stadt. Dort bettet er sich still zwischen Laubwaldhügeln. Der Smaragdsee, vor dem Krieg nannte man ihn Herta-See, ist jedoch keine Naturschöpfung im eigentlichen Sinn. Er entstand aus dem 1862 angelegten Kalktagebau Katharinenhof, der große Mengen Kreidemergel für die Zementfabrik „Stern“ im benachbarten Finkenwalde [Zdroje] lieferte.

Das von der Familie Toepffer geführte Werk stellte Portlandzement her, ein „Stern“-Produkt, das dank seiner Qualität auch international über einen ausgezeichneten Ruf verfügte. Im Sommer 1925 setzte jedoch ein heftiger Grundwassereintrich dem Abbaubetrieb ein jähes Ende.

Es bildete sich der 20 Meter tiefe Herta-See, der jetzt Jezioro Szmaragdowe genannte Ausflugssee. Sein Wasser nahm alsbald nach der Flutung wegen des hohen Kalziumkarbonatgehalts im Untergrund die ungewöhnliche grüne Färbung an, von der manch Fremder zunächst meinen mag, sie rühre vom Spiegellicht des üppigen Buchenlaubs ringsum. Auch an eine Wasserblüte dürfte der eine oder andere denken. Aber dem ist nicht so.

Der mit einem Erdbeben einhergehende Wassereintrich forderte seinerzeit zwar keine Menschenleben, doch blieben die Maschinen, Abbau- und Transportgerätschaften in der Tiefe. Sie stehen dort noch immer. Ein gespenstisches Bild soll es sein, wissen wagemutige Taucher. Tauchgänge gelten aber als gefährvoll. Abgeraten wird wegen des recht strengen Wasserchemismus auch vom Baden.

Trotz dieser Einschränkungen lieben sowohl Stettiner als auch Auswärtige ihren beschaulich daliegenden See, zumal ihn auch ein Netz von Wanderwegen umzieht, und eine Gaststätte gibt es auch.

Vor allem an den Wochenenden pilgern Ausflügler zum See hinauf. Dessen Anblick lässt die Besucher besonders an sonnigen Oktober- und Novembertagen stauen, wenn das goldige Laub des Buchenhochwalds im seltenen Kontrast zur Smaragdgrünung des Wassers schimmert.

Die schroffen Abbauwände der einstigen Kreidegrube erreichten früher einige Dutzend Meter Mächtigkeit. Sie müssen ebenfalls ein Bild von ziemlicher Einmaligkeit abgegeben haben, sodass häufig renommierte Geologen, zumeist aus Greifswald, den Tagebau aufsuchten und



Der Smaragdsee, früher Herta-See

## MELDUNGEN

## Hochwasser, Proteste und Kahlschlag

**Altward/Gollnow** – Erhöhte Pegelstände der Oder führten zu Einsätzen der Feuerwehren am Stettiner Haff und am Dammschen See. So weichte das Oderwasser einen Deich bei Lübz auf, der zu brechen drohte. Auch Mündungsarme wie die Dievenow traten über die Ufer. TS

**Barth** – Das Vineta-Museum zeigt ab dem 21. Februar die einmalige Ausstellung „Der Magier der Nacht – zwischen Romantik und Impressionismus“ mit Bildern des Barther Ehrenbürgers Luis Douzette (1834–1924). Anlass ist sein 100. Todestag. Im Jahr 2021 ging der Nachlass Douzettes an das Museum. TS

**Köslin** – Der Brand eines „Escape Rooms“ vor fünf Jahren, bei dem fünf Jugendliche erstickten, hatte auch deutschlandweit für Schlagzeilen gesorgt. Der 2021 gestartete Prozess mit etwa 130 Zeugen wird Ende Mai fortgesetzt. Den vier Angeklagten drohen Haftstrafen bis zu acht Jahren. TS

**Stralsund/Demmin** – Auch in Vorpommern kam es am 8. Januar im Zuge der Bauernproteste zu Verkehrseinschränkungen. Bereits am Wochenende kündigten Fischer, Gastronomen und Fuhrunternehmer an, sich mit den Landwirten zu solidarisieren. TS

**Neustettin** – Kahlschlag im Waldgebiet der Oberförsterei Stettin: Tausende Bäume sind für den Ausbau der Schnellstraße 11 an der alten Reichstraße 160/Nationalstraße 11 zwischen Neustettin und Bublitz gefällt worden. Der Umfang beträgt etwa 11.000 Kubikmeter Holz. TS

**Kolberg** – Der Umbau des 1904 gebauten Bahnhofes mit seinem 17,5 Meter hohen Turm ist abgeschlossen. Teil der Arbeiten war auch die Sanierung der Wartehalle mit gewölbter Decke und floralem Wandfries. Im östlichen Teil wird auch der Busbahnhof mit Schaltern integriert. TS

torp (1822–1899) errichtete dort 1855 eine Portlandzementfabrik, die zeitweise über 600 Beschäftigte zählte und schließlich als eine der größten in Europa galt.

Aber der Rohstoff Kreidekalk ging auch hier irgendwann zur Neige. Die polnische Verwaltung versuchte Anfang der 1950er Jahre, die Produktion noch einmal anzukurbeln, das misslang allerdings. Die knapp sieben Hektar große Kalkgrube füllte sich nach und nach mit Wasser, das eine Färbung annahm, die der des 50 Kilometer südlich in der Buchheideausläufern ruhenden Smaragdsees sehr ähnelte, aber eben etwas bläulich wirkt.

Quistorp, ein gebürtiger Greifswalder, war ein beispielhafter Stettiner Unternehmer, der nicht nur auf wirtschaftlichen Erfolg bedacht war, sondern sich auch sozial und kulturell engagierte. In Kalkofen zum Beispiel ließ er 150 Wohnungen, Kinderbetreuungsstätten, eine Schule, eine Buchausleihe und einen Genossenschaftsladen bauen. Die Stettiner hielten sein Andenken stets hoch in Ehren. K.-H. Engel

# „Eine Zukunft der Erneuerung des Abendlandes“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Das ist eine bemerkenswerte Weihnachtsausgabe: Titel, Seite 3 und anderes. Großes Kompliment, so etwas gelingt nicht mal der ‚FAZ‘“

Dr. Roger Töpelmann, Berlin  
zur PAZ-Doppelausgabe vom  
22. Dezember 2023 (Nr. 51/52)



Ausgabe Nr. 51/52

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an redaktion@  
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## EINE ÄNGSTLICHE JUGEND

ZU: DIE GRASSIERENDE KLIMAANGST MACHT VOR ALLEM JUNGE MENSCHEN SEELISCH KRANK (NR. 51/52)

Froh bin ich, nicht mehr jung zu sein. Über meiner Jugendzeit in den 1970er und 1980er Jahren schwebte nicht die ständige Angst vor der Apokalypse. Man glaubte an eine Zukunft, war voller Hoffnung und Zuversicht, freute sich auf das, was das Leben für einen bereithielt, auch wenn dann alles nicht so kam wie erhofft. Aber auch mit Enttäuschungen lernte man umzugehen.

Wie aber soll ein junger Mensch in der heutigen Zeit seiner Zukunft hoffnungs- und erwartungsfroh entgegensehen, wenn er durch die Dauerbeschallung von Weltuntergangsszenarien in Angst und Schrecken gefangen gehalten ist beziehungsweise wird? Angst lähmt und „frisst Seelen auf“. Lebensfreude, Kreativität, Innovationskraft und vieles mehr können sich aber nur entfalten, wenn der Mensch frei ist, vor allem frei von Angst.

Sabine Preißler, Wiesbaden

## ALLES IN BESTER ORDNUNG?

ZU: DIE GRASSIERENDE KLIMAANGST MACHT VOR ALLEM JUNGE MENSCHEN SEELISCH KRANK (NR. 51/52)

Die derzeitige Apokalypse wird am deutlichsten von der letztjährigen Fahrt des deutschen Forschungsschiffs „Polarstern“ unter der Leitung von Prof. Antje Boetius vom Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven gezeigt. Sie wollte den „katastrophalen Zustand der Polkappe“ feststellen. Gegen jede Erwartung war „alles in bester Ordnung“. Aber der kleingehaltene Bericht schließt: „Das ist natürlich kein Grund zur Entwarnung.“

Große Frage: Was also wäre ein Grund zur Entwarnung? Der „wissenschaftliche Sozialismus“ und die Staatspsychiatrie lassen in deutlicher Analogie grüßen.

Dr. Sven von Erichsen, Lebusa

## EIN EHRLICHER BEITRAG

ZU: EINSAMER „DIENER DES VOLKES“ (NR. 50)

Vielen Dank für diesen differenzierten und ehrlichen Beitrag (über die Situation in der Ukraine, d. Red.)! Es kann doch aufseiten der Ukraine – und ihrer NATO-beziehungsweise EU-Partner – jetzt nur noch darum gehen, Verhandlungen einzuleiten, um das Leben möglichst vieler Ukrainer zu retten. Ein wenig Selbstkritik und Demut würden der NATO und der EU auch nicht schlecht zu Gesicht stehen.

Ottfried Wallau, Siegburg

## UKRAINER AN DIE FRONT?

ZU: EINSAMER „DIENER DES VOLKES“ (NR. 50)

Plötzlich, da der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj die Gefallenen ersetzen muss, spielen die rund 190.000 fahnenflüchtigen Ukrainer auf deutschem Boden eine Rolle. In der Ukraine sterben die Soldaten, und die eigentlich dem Kriegsrecht unterstehenden männlichen Ukrainer leben hier vom reichlichen Bürgergeld. Reichlich deswegen, weil auch noch die Miete mit Nebenkosten vom deutschen Steuerzahler bezahlt wird.

Nun erscheint in immer mehr Kommentaren zum Ukrainekrieg der Hinweis, dass diese Ukrainer eigentlich kämpfen und sterben sollten. Letzteres wird nicht erwähnt. Warten wir ab, wie weit die Treue zu Kiew bei Scholz & Co. reicht.

Rolf Kunz, Buchen

## SCHULTERSCHLUSS MIT ISLAM?

ZU: WO GOTT NOCH GROSS IST (NR. 49)

Ich lese gewöhnlich die Artikel des Kollegen Eberhard Straub überwiegend mit Zustimmung, doch diesmal muss ich sie versagen. Es gibt massive Fehleinschätzungen und massive Falschempfehlungen.

Zunächst: Das Bild der christlichen Kirchen ist verzeichnet. Was Straub

schreibt, trifft zwar zu auf den sogenannten Mainstream der Kirchen im deutschsprachigen Europa und in anderen, eher westlichen europäischen Ländern: Sie begreifen sich als Teilhaber eines innerweltlichen Heilsprojekts. Es gibt aber überall auch Minderheiten innerhalb dieser Kirchen, die diesen Weg nicht mitmachen und sich, meist in ihrer konfessionellen Konkretisierung, auf das eigentümlich Christliche fixieren. Die sollte man nicht übersehen!

Sodann ist der Islam verzeichnet. Die Aussage, „Islam heißt gottergeben, und mit Gott ist die Freiheit verbunden“, ist reine Verwirrung. Islam heißt *Unterwerfung*, und was das heißt, hat der französische Schriftsteller Michel Houellebecq mit seinem gleichnamigen Roman von 2015 gezeigt, und Goethe hat es verkannt. Christen können nicht an einer Seite mit Muslimen ein und denselben Gott verehren. Einen Gott haben, heißt für Christen, an das Evangelium von Jesus Christus, den Sohn Gottes zu glauben. Das ist ein anderer Gott und ein anderes Gott-Haben, als es sich die Muslime vorstellen.

Was die Friedfertigkeit so vieler Muslime in Europa betrifft: Erstens hindert diese nicht die radikalen und militanten Muslime in Europa, immer radikaler und militanter aufzutreten, wie die letzten Monate noch einmal gezeigt haben. Zweitens tragen auch diese eher zurückhaltenden Muslime dazu bei, dass das Gewicht des Islams in Europa immer größer wird. Die Führung übernehmen die Radikalen, und die anderen werden sich ihnen anschließen. Die Artikel von Reinhard Mohr und Florian Stumfall in der darauffolgenden Ausgabe der PAZ weisen deutlich auf diese Tendenz hin.

Die Zukunft der Erneuerung des Abendlandes liegt sicherlich nicht in einem Schulterschluss mit irgendeiner Version des Islams, sondern in einer Rückbesinnung auf die christlichen Wurzeln in Verbindung mit einer Achtung vor dem Andersdenkenden.

Sven Grosse, Professor für Evangelische Theologie, Staatsunabhängige Theologische Hochschule Basel

## EINE FAMILIE SCHWEBT DAVON

ZU: CDU WILL MAGNETSCHWEBEBAHN FÜR BERLIN (NR. 48)

Die Schwebebahn „Sky Train“ am Düsseldorfer Flughafen schwebt schon seit 30 Jahren. Berechnet hat die Bahn mein Vetter Günter Putsch. Den Auftrag ausgeführt hat das damalige Unternehmen Krupp Stahlbau Hannover. Die Versuchsstrecke war in Wetter an der Ruhr.

Die Schwebebahn über den Fluss Wupper in Wuppertal ist seit dem 19. Jahrhundert in Betrieb. Der erste Ausfall der Bahn war in den 60er Jahren, als ein Lastwagen einen Pfeiler beschädigte. Für die Wiederherstellung wurde die Firma Schweiß- und Montagebetrieb Herbert Klein in Witten beauftragt (mein Vater).

Die Teststrecke in Enschede, wo der Hochgeschwindigkeitszug Transrapid den Reparaturwagen auf der Strecke rampte, war ein tragisches Ereignis in der Geschichte der Bahn. Es hielt die Chinesen nicht davon ab, den Transrapid in Shanghai zu bauen, wodurch deutsche Technologie exportiert wurde. Es ist also nichts Neuartiges, was sich die CDU sich da in Berlin anzieht.

Mit einem Transrapid auf Stelzen über Autobahnen wären zähe Verhandlungen mit Grundstückseigentümern eingespart, da die Bundesautobahnen im Besitz des Bundes sind. Dieser Vorschlag stammte vor zehn Jahren von mir und dem Unternehmer Rolf „Tullum“ Trauernicht, dem ein jahrelanger Herzenswunsch, den Transrapid in Deutschland fahren zu sehen, überaus wichtig war. Er hat auch den Lückenschluss der A31 mit einer Spende von 250.000 D-Mark fertiggebracht. Die A31 bietet sich auch für den Transrapid an.

Die 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr haben sich wohl in den Fraktionen aufgelöst. Überall Krieg und nochmals Krieg sowie Flüchtlinge sind Priorität. Aber man sollte auch die Interessen der Bundesbürger nicht außer Acht lassen. Wir wollen stolz auf unser Land sein wie andere Nationen auch. Stolz darauf, ein Meisterzahler zu sein, ist nicht von Dauer.

Gudrun Piel, Witten

ANZEIGE

## Die Rückkehr der Zensur!

■ In Deutschland herrscht Meinungsfreiheit. Angeblich. »Eine Zensur findet nicht statt«, heißt es in Artikel 5 des Grundgesetzes.

Doch seit der Wahl Donald Trumps 2016 und dem Brexit haben sich Geheimdienste, Denkfabriken, Nichtregierungsorganisationen, Internetgiganten und Mainstream-Medien verschworen, um durch die Hintertür ein flächendeckendes System der Zensur und Meinungsüberwachung einzuführen, finanziert von den Steuerzahlern, im Namen der Bekämpfung von »Hass und Hetze« sowie »Desinformation«.

### Das neue Zeitalter der Zensur

Deutschland war mit dem »Netzwerkdurchsetzungsgesetz« Vorreiter bei der Einführung des Zensurkomplexes. Es verpflichtete große Internetfirmen dazu, künstliche Intelligenz zu verwenden, um angebliche »Hassrede« zu finden und zu filtern.

### Die Rede, die sie hassen

Hinter diesen Zensurbemühungen steht ein Geflecht aus amerikanischen und englischen Geheimdiensten sowie transatlantischen Thinktanks, die vorab definieren, welche Meinungen richtig und welche falsch sind. So werden Meinungsäußerungen von Bürgern als »Desinformation« definiert, weil sie politisch nicht gewollt sind.

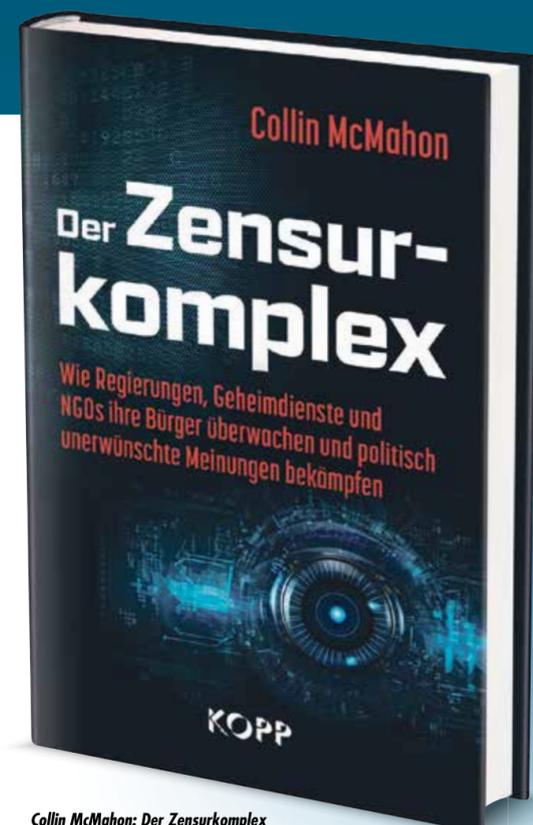
### Wie konnte es so weit kommen?

In seinem exzellent geschriebenen Recherchebericht gibt Collin McMahon die erschreckende Antwort. Noch brisanter wird es aber, wenn er seinen Fokus auf Deutschland richtet und die Finanzierung von Zensur-NGOs wie Correctiv, Amadeu Antonio Stiftung, HateAid und Neue deutsche Medienmacher\*innen akribisch durchleuchtet. Die Zahlen, die McMahon zusammengetragen hat, sind erschreckend, denn sie beweisen, dass es in Deutschland eine regelrechte Zensur-Industrie gibt, die der Staat mit Steuergeld üppig subventioniert.

### Auf dem Weg zum Wahrheitsministerium

Hinter diesen Zensurbemühungen steht ein Geflecht aus amerikanischen und englischen Geheimdiensten sowie transatlantischen Thinktanks, die vorab definieren, welche Meinungen richtig und welche falsch sind. So werden Meinungsäußerungen von Bürgern als »Desinformation« definiert, weil sie politisch nicht gewollt sind.

Collin Mahons *Who's who* im deutschen Zensur-Business ist ein Meilenstein des alternativen Investigativ-Journalismus!



Collin McMahon: *Der Zensurkomplex* gebunden • 192 Seiten • Best.-Nr. 990 800 • 19,99 €

**KOPP VERLAG**

Telefon (0 74 72) 98 06 10  
Telefax (0 74 72) 98 06 11  
info@kopp-verlag.de  
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!  
Versandkostenfreie Lieferung  
innerhalb Europas

## GRÜNKOHLSAISON

## Ein vitaminreiches Winteressen

Das Arme-Leute-Essen wird salonfähig – Eine Expedition durchs Ammerland bei Oldenburg, das als Hochburg des Grünkohls gilt

VON ANNE MARTIN

F lach ist das Land zwischen Oldenburg und Bad Zwischenahn, mit weiten Feldern, verlinkerten Häusern und Vorgärten mit schnurgeraden Beeten. Sehr übersichtlich ist es, wäre da nicht das Gold der Region, dieser grün gekrauste Kohl, der jetzt die Speisekarten regiert und nur eine Frage offenlässt: Mit welcher Wurst schmeckt er am besten? Wobei die Antwort hier im Nordwesten klar ist: PINKEL gehört in den Kohl, gut gefüllt mit Schweinefleisch, Speck, Zwiebeln, Salz, Pfeffer und Hafergrütze. Gern begleitet von Kassler und Schweinebacke, dazu Brat- oder Salzkartoffeln, ganz nach Geschmack. Danach einen Korn. Und natürlich ist der Trinkspruch auf Platt, das Glas schon in der Hand: „Ick seh di!“. Antwort: „Dat freit mi! (Das freut mich) Prost!“

Soll doch der Wind über die abgeernteten Felder pfeifen, soll der Dauerregen die Straßen von Oldenburg überfluten – überall da, wo der Kohl auf den Tisch kommt, ist es warm. Kein Wunder, dass die gemütliche Stadt an der Hunte ihr Traditionsgemüse in kühnen Abwandlungen in die Schaufenster stellt, angefangen in der Brauerei „Ols“, wo der Chef mit lautem Knall den Kronkorken von einer Flasche schnippt. „Der grüne Anton“ wird über den Tresen geschoben, so benannt nach dem Grafen Anton Günther, der einst im gelben Schloss residierte. Es schmeckt würzig herb, eine feine Ingredienz von Grünkohl ist nur zu ahnen, der Braumeister nickt. Wie genau der Kohl ins Bier kommt? Betriebsgeheimnis!

Und weiter geht es über den Wochenmarkt, wo das kälteresistente Wintergemüse in allen Auslagen liegt und eigens fürs Foto fein verpackte Pralinen mitten hinein in die Strünke gebettet werden. Es handelt sich um Grünkohlpralinen, kein Witz. Eine zarte grüne Schicht zwischen der Schokoladenumhüllung ist der Beweis. Die Leckerei schmeckt köstlich und glücklicherweise überhaupt nicht nach Kohl. Danach geht es zu den „Buddelungs“, die in ihrem mit unzähligen Flaschen bestückten kleinen Laden tief in die



Prüfende Hände: In der kalten Jahreszeit kann der Grünkohl geerntet werden

Foto: pa

Regale greifen: Bitte sehr, hier kommt ein köstlicher Cocktail, basierend auf Grünkohl-Gin. Die Rezepte sind natürlich wieder streng geheim, der Geschmack – sollte man ein zweites und drittes Glas verkosten – friesisch herb, und der Grünkohl ist nur als Hauch von Bitterkeit zu spüren.

**Zwei Meter hohe „Friesische Palme“**

In der nahegelegenen Universität unternimmt Christoph Hahn vergleichende Studien des in Europa und Nordamerika verbreiteten Gemüses. Er ist wohl der einzige Biologe in Deutschland, der über Grünkohl promoviert hat. Seine Erkenntnisse haben längst die Hochglanz-Magazine erreicht, wo Grünkohl als „Super-Nahrung“ gehandelt wird, weil er mindestens so viel Vitamin C enthält wie Orangen. Außerdem enthalten sind Calcium, Eisen, krebsvorbeugende Senfölglycoside, Lutein gegen Makula-Degeneration sowie

eine Aminosäure zur Herstellung von Serotonin, dem Gute-Laune-Hormon. Damit die Inhaltsstoffe wirken, sollte man ihn allerdings eher als Salat genießen oder als kaltes Mixgetränk.

Und weiter geht es durch die Region am Tor zu Ostfriesland mit einem Stopp in Rhaderfeh, wo das Land besonders platt und weit ist, wären da nicht die Felder mit hochaufschießenden Grünkohl-Stängeln mit wilden Blattkronen. Mitten drin steht Reinhard Lühring, der sich vor vielen Jahren aufgemacht hat, alte Sorten zu retten. Er hat bei den Bauern am Gartenzaun gelehnt und geplaudert, an Türen geklopft, gesammelt und vermehrt. Die Friesische Palme, die bis zu zwei Meter hoch wächst, ist sein ganzer Stolz.

Längst gilt er in der Region als Grünkohl-Papst, neulich sogar angesteuert von Pharmavertretern, die aus den Inhaltsstoffen des Grünkohls ein Medikament

gegen Alterserblindung gewinnen wollten. Sein Augenmerk liegt auf etwas anderem: „Ich will, dass er schmeckt und dass man ihn isst!“

Lühring weiß genau, dass man neue Grünkohl-Samen in sehr großem Abstand pflanzen muss, weil wie sich sonst zu schnell mit anderen Pflanzen kreuzen. Er weiß, dass es zehn bis 15 Jahre bis zur stabilen Saatenlinie dauert. Und er setzt sich dafür ein, dass der Grünkohl vielseitiger verwendet wird, anstatt immer nur mit fettigen Beilagen und lange gedünstet.

Wer dem 54-Jährigen zusieht, wie er durch sein Feld mit den Kohlriesen streift, hier und da ein krauses Blatt abzupft, in der Hand zerkrümelt und mit geschlossenen Augen ein Stück kostet, der denkt unversehens an ein Feinschmecker-Lokal und weniger an rustikale Gasthöfe mit Wolkenstores und beschlagenen Scheiben. Sein Lieblingsrezept ist ein Grün-

kohlsalat mit Möhrenscheiben, dazu gegrillter Schafskäse. Auch von Grünkohlbrötchen und Grünkohlpannkuchen schwärmt der Sorten-Sammler, während er die Tür zur Sortenkammer aufschließt. Möchte noch jemand ein Päckchen mit kostbaren Samen mitnehmen?

Nachgefragt: Was hat es mit der These auf sich, Grünkohl brauche Frost, um richtig gut zu schmecken? Das sei ein Ammenmärchen, wie so vieles, was ungeprüft von Generation zu Generation weitergereicht wurde. Was stimmt, ist: Bei Kälte wird der Stoffwechsel der Pflanze heruntergefahren, Zucker reichert sich an, Bitterstoffe werden abgebaut. Dazu brauche es aber keinen Frost, das klappt auch schon bei sechs oder sieben Grad.

Im Vertrauen verrät er: Was derzeit in den Tiefkühltruhen der Supermärkte lagert, wurde oft schon im warmen August geerntet. „Grünkohl kann man das ganze Jahr hindurch essen, erst Gründonnerstag ist Schluss!“

Auf zum Kurort des Landstrichs, nach Bad Zwischenahn, am Zwischenahner Meer gelegen, einem früheren Salzstock. Die Stadtväter hatten eine geniale Idee, als sie in der Nähe des Seeufers ein Heimatmuseum mit reetgedeckten alten Häusern und einer Mühle errichten ließen. Im Bauernhaus räuchern doch tatsächlich über offenem Feuer die begehrten Ammerländer Schinken, mindestens hundert, manchmal noch mehr. Und im Spieker, dem zweigeschossigen Gasthaus, das früher traditionell neben der Metzgerei stand, laufen Kellner in Tracht die steile Treppe zum oberen Gastboden hinauf und hinab. Auf der Speisekarte steht neben Aal und Sülze natürlich Grünkohl.

Wer will, kann hier am Ort Grünkohl-touren buchen, mit dem Bollerwagen losziehen, ausgerüstet mit kleinen Bembeln und Korn, und der Freude darauf, was nach der Tour kommt. Zusammenrücken am Gasttisch nämlich, Grünkohl auf dem Teller, dazu fettige Wurst, auf jeden Fall Bier und Schnaps. Wo Grünkohl auf den Tisch kommt, rücken die Menschen zusammen. Das war schon immer so, das soll auch so bleiben. Also doch: Das ideale Winteressen, denn der Winter ist lang.

## ORNITHOLOGIE

## Flinker Frühlingsbote

Leider ein immer seltenerer Gast auf den deutschen Wiesen – Der Kiebitz ist Vogel des Jahres 2024

Seinen Namen bekam der taubengroße Vogel aus der Familie der Regenpfeifer, wie unschwer zu erraten ist, aufgrund seines markanten Rufes: „Kie-wit“.

In diesem Jahr standen neben dem Kiebitz der Steinkauz, das Rebhuhn, die Rauchschnalbe und der Wespenbussard zur Wahl für den Titel „Vogel des Jahres“. Es wurden knapp 120.000 Stimmen in der vierten öffentlichen Vogelwahl vom Naturschutzbund (NABU) und dem bayrischen Landesbund für Vogel- und Naturschutz (LBV) abgegeben, wovon der Kiebitz 33.289 erhielt und somit, wie bereits 1996 schon einmal, „Wahlsieger“ wurde. Anfang des Jahres löste er damit das Braunkehlchen ab, das nun das – menschengemachte – symbolische Zepter an den Frühlingsboten und Luftkrobaten weiterreicht.

War der am Boden brütende Kiebitz (*Vanellus vanellus*) früher ein Vogel, den man auf feuchten Wiesen und Weiden häufig sehen konnte, so vor 30 Jahren noch auf fast allen Feldern in Deutsch-

land, gingen die Bestände seit 1992 um dramatische 88 Prozent zurück. Die Gründe sind fast immer ähnlicher Natur wie bei anderen gefährdeten Arten: hochintensive Landwirtschaft, Trockenlegung

der Feuchtwiesen und deren Umwandlung in Ackerland und zunehmend trockenere Böden.

Abhilfe könnten sogenannte „Kiebitz-Inseln“ von 0,5 bis einen Hektar Größe

schaffen, die im Feld vom Bauern kurzzeitig angelegt werden müssten, also Kurzzeitbrachen innerhalb der landwirtschaftlich genutzten Flächen, in denen für eine gewisse Zeit auch kein Pflanzenschutzmittel zum Einsatz kommen darf. Diese Nistplätze sollten zwischen Mitte März bis Mitte Juli weder befahren noch gedüngt werden. Die Vögel verfügen dann über einen gewissen Schutzraum, der auch der Feldlerche und anderen bedrohten Vögeln helfen könnte, ihre Eier auszubrüten. Diese Gelege müssten dann mit den landwirtschaftlichen Nutzgeräten allerdings umständlich umfahren werden.

Natürlich sind Fördermaßnahmen dringend nötig, um den ohnehin bereits gebeutelten Landwirten entsprechende Ausgleichszahlungen zu finanzieren. Bisher wurde dieses nur in Nordrhein-Westfalen umgesetzt. In anderen Bundesländern versucht man mit weiteren Naturschutzmaßnahmen dem Rückgang des Wiesenvogels entgegenzuwirken, allerdings bislang nur mit mäßigem Erfolg.

Auffällig sind beim Kiebitz die aufreichtbare Federholle (Haube) am Kopf und die breiten gerundeten Flügel, mit denen sie zur Balzzeit akrobatische Flugmanöver durchführen. Sie drehen Schleifen und stürzen sich dann, laut rufend, in Richtung Boden. Auch versuchen die Männchen durch sogenanntes „Schein-nisten“, indem sie kleine Mulden in den Boden scharren, potentielle Partnerinnen von ihren Nist-Qualitäten zu überzeugen.

Die jeweils vier Eier sind vielen Gefahren ausgesetzt. Nicht nur, dass früher die Menschen diese als Delikatesse einsammelten, was jetzt zum Glück der Vögel verboten ist, so finden auch Füchse und Waschbären Geschmack daran. Doch Kiebitze verteidigen ihren Nachwuchs vehement und aggressiv. Die Insekten, Regenwürmer, Getreidekörner und Samen fressenden Vögel sind Teilzieher. Ein Teil überwintert in milden Wintern in Deutschland, ein anderer zieht in Gebiete nach Frankreich, Spanien, Großbritannien und in die Niederlande. *Silvia Friedrich*



Der frühe Vogel fängt den Wurm: Kiebitz mit Beute

## ● FÜR SIE GELESEN

## Ausblick auf das Jahr 2073

Es gehört zu den gängigen Klischees, dass Philosophen geistig weit über den Niederungen des Alltags schweben und anders „ticken“ als die übergroße Mehrheit der Menschen. Aber manchmal widerspiegeln Stereotype durchaus die Wirklichkeit. Ein treffendes Beispiel hierfür ist das Buch „Entscheide Dich!“ des Professors für Philosophie mit Schwerpunkt Kulturphilosophie, Andreas Urs Sommer.

Dieser benötigt über 100 Seiten, um darzulegen, warum auch Demokratien gelegentlich Krieg führen müssen. Dabei verwendet er Formulierungen wie Krieg biete „eine Chance zur demokratischen Selbstermächtigung, zu einer Neuformierung der Demokratie auf partizipatorischer und direkter Grundlage“.

In seinem Schlusskapitel, welches einen „Ausblick ins Jahr 2073“ bietet, schildert Sommer auch gleich, wie das im Konkreten aussehen könnte: Um der „Selbstdemokratisierungslust“ der Bundesbürger Raum zu geben, sei es am besten, eine allgemeine Dienstpflicht für alle Deutschen im Alter zwischen dem 18. und 75. (kein Schreibfehler!) Lebensjahr einzuführen. Auf diesem Wege lasse sich die „Ohnmachtserfahrung“ angesichts der Corona-Pandemie und des Ukrainekrieges wirksam kompensieren. Außerdem zeigt sich Sommer überzeugt, dass es 2073 statt realer nur noch virtuelle oder von Künstlicher Intelligenz ausgefochtene Kriege geben werde. *W. Kaufmann*



**Andreas Urs Sommer: „Entscheide Dich! Der Krieg und die Demokratie“**, Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2023, broschiert, 127 Seiten, 16 Euro

## Mord in der Altenresidenz

In der Seniorenresidenz Babbington Hall fällt die Heimleiterin Renata nachts aus dem Fenster. Die 87-jährige Florence hört den Schrei und sieht die junge Frau schwer verletzt am Boden liegen. Sie kann sich nicht erklären, dass alle später behaupten, Renata habe Selbstmord begehen wollen, denn am Abend vorher hatte sie Florence noch erzählt, dass sie verliebt sei und nach Paris reisen wolle.

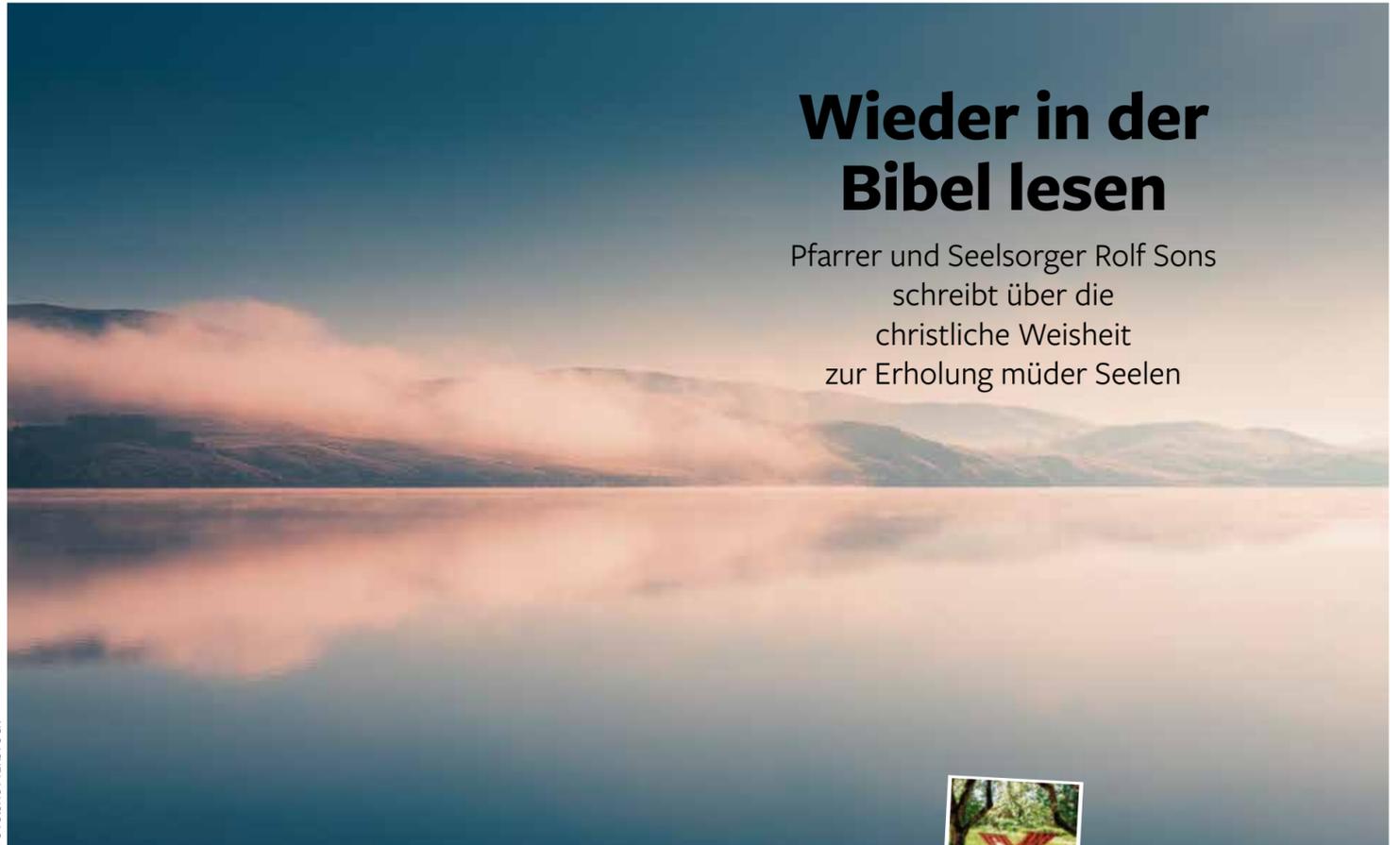
Kann es sein, dass sich ein Mörder in der Residenz aufhält? Erst vor ein paar Tagen war ein Heiminsasse nach einem Sturz verstorben, und nun liegt Renata schwer verletzt auf der Intensivstation. Florence will der Sache auf den Grund gehen und erhält Unterstützung von dem Mitbewohner Stanhope Jones. Susan Fletcher beschreibt in „Florence Butterfield und die Nachtschwalbe“ Florence' langweiligen Alltag ausführlich, und man spürt die Langeweile förmlich, bevor etwas Interessantes im Altersheim passiert.

*Angela Selke*



**Susan Fletcher: „Florence Butterfield und die Nachtschwalbe“**, Kindler Verlag, Hamburg 2023, gebunden, 495 Seiten, 24 Euro

## GLAUBE IM ALLTAG



FOTOSHUTTERSTOCK

## Wieder in der Bibel lesen

Pfarrer und Seelsorger Rolf Sons schreibt über die christliche Weisheit zur Erholung müder Seelen

**Krisen, Druck und Überforderung**, es gibt viele Gründe, weshalb die eigene Seele leidet. Der Baden-Württemberger Theologe Rolf Sons, Familienvater, Gemeindepfarrer und ehemalige Rektor des Albrecht-Ben-

gel-Hauses in Tübingen schaut sich die Psalmen genauer an, ebenso die Lehren der Wüstenväter um Matta Al-Maskin. Für Sons gibt es eine Erholung der Seele nur mit Gott, nicht ohne ihn. *CRS*



**Rolf Sons: „Erholung für müde Seelen“**, Brunnen Verlag, Gießen 2023, gebunden, 206 Seiten, 12 Euro

## BILDUNG

## Deutschland im Kulturkampf

Wolfgang Herles legt eine Streitschrift vor, in der er die Bürger zu gesundem Menschenverstand ermutigt

VON ANSGAR LANGE

**W**ir sind Pisa-Problem-land. Deutschlands Schüler werden offenkundig immer dümmer. Woran liegt das? Der bekannte Publizist Wolfgang Herles liefert eine überraschende Erklärung. Man könnte meinen, die Bildungsmisere sei Absicht, so der Autor, der sowohl für das konservative Magazin „Tichys Einblick“ als auch für den linken „Freitag“ schreibt.

„Der Staat, der seine Bürger nicht zu freien Individuen heranbildet, sondern sie durch Nudging, Dauerbelehrung und Propaganda dressiert und manipuliert, legt auf eine umfassende Bildung der Bevölkerung keinen Wert“, schreibt er in seinem neuen Buch „Mehr Anarchie, die Herrschaften“. Deutschland befinde sich längst im Kulturkampf. Die offenkundigen Bildungsdefizite seien ein „Einfallstor“, „durch das die linken Kulturkämpfer gegen das Bürgerliche vorrücken“.

**Bürger als willenlose Lemminge**

Herles unterstellt den links-grünen Protagonisten der großen Transformation der Gesellschaft, dass sie die Bildungsmisere billigend in Kauf nehmen. Denn Ahnungslosigkeit sei kein Handicap bei der Errichtung einer neuen Gesellschaft, sondern Voraussetzung. Diejenigen, die der frühere ZDF-Journalist als Gegner identifiziert, wollen mit Identitätspolitik, Cancel Culture, Gendern, Fortschrittsfeindlichkeit, Kapitalismuskritik etc. den Weg für eine neue Gesellschaft bahnen. Bürger, die nicht mehr gründlich informiert sind, verhalten sich wie Lemminge. Medien bereiteten dieser Entwicklung Vorschub, indem sie bei Themen wie Covid, Energie und Migration nicht mehr wie kritische Korrektive, sondern wie Regierungssprecher auftreten.

Herles möchte die lammfrommen Bürger, die eigentlich in der Mehrheit sind, dazu animieren, sich nicht von einer frechen, lauten und nahkampfgeschulten Minderheit bevormunden zu lassen. Das Problem: „Die Mitte ist nicht kampfbereit. Unbeteiligte, vor der Glotze erschlafte Zuschauer – korrekt hört es sich noch beängstigender an: die Erschlaffenden – empfinden die Zu-

„Die Mitte ist nicht kampfbereit ... sie spüren noch nicht, dass mehr angegriffen wird als ihr Portemonnaie“

mutungen der grünen Ideologen als lästig, doch sie spüren noch nicht, dass mehr angegriffen wird als ihr Portemonnaie. Wann erkennen sie, dass Wohlstandsverlust, staatliche Gängelung, Sprachverstümmelung und das Moralgedonner aus allen Rohren nicht voneinander zu trennen sind?“

Zunächst skizziert der vormalige Moderator der ZDF-Kultursendung „aspekte“ die Lage. Das Land befinde sich im Würgegriff der „Habeckbürger“, wie er die neuen Spießbürger witzig-treffend nennt. Der Spießbürger ist Konformist, der sich einen autoritären Staat mit Stillstand, Verboten und Verzicht wünscht. All dies sieht er in der grünen Ideologie, die inzwischen ja regierungsamtlich wurde, angelegt. Mit seiner süffig-sarkastisch geschriebenen Streitschrift will er die „normalen“ Bürger, die bürgerliche Mitte, der an Wohlstand, Fortschritt, Wissenschaft, Freiheit und

westlichen Werten gelegen ist, animieren, sich ins Gefecht gegen die grünen Spießbürger zu werfen.

Manche werden sagen: Wie kann ein konservativ-liberaler Publizist von Anarchie und Häuserkampf gegen die Feinde der Freiheit anschreiben? Wie kann er nur so witzig, frech und laut sein? Herles schreibt so, wie er schreibt, weil er zum einen ein absoluter Freigeist ist und weil er zum anderen in großer Sorge um dieses Land ist, das von dem „Wirtschaftsabbau-minister“ Habeck ruiniert werde.

Manchmal schießt er etwas über das Ziel hinaus, so zum Beispiel auf den letzten Seiten seines Buches: „Ehe der ganze Wohlstand eines ganzen Volkes abbrennt, wäre es doch begreiflich, wenn auch ein paar Finanzämter brennen würden – so wie in Frankreich Rathäuser.“

Die rot-grün-gelbe „Fortschrittskoalition“ in Berlin produziere nur „Fortschrittsblockade“. Dies ist inzwischen ziemlich offensichtlich, wenn man sich die ökonomischen Kennzahlen anschaut. Begleitet werde dieser Niedergang immer noch zu sehr vom „Schweigen der Lämmer“, wie Herles die lammfrommen Bürger nennt, die sich das alles gefallen lassen.

**Die Rolle der Medien**

Der Einfluss der Grünen auf dieses Land sei weit höher, als es ihren Wahlergebnissen entspricht. Einen Grund hierfür sieht er in der starken Medienunterstützung, insbesondere bei den öffentlich-rechtlichen Sendern. Dass ein Kinderbuchautor im Amt des Wirtschaftsministers erkennbar überfordert ist, wird von seinen schreibenden und sendenden Fans kaum kritisch thematisiert. Auch den Machtopportunismus der Grünen bringt Herles treffend auf den Punkt: „Niemand kann heute die Feuerkraft gepanzertem Waffen besser erklären als grüne ‚Schwerter-zu-Pflugscharen‘-Prediger.“

Die Unionspolitiker Friedrich Merz und Markus Söder haben die Grünen inzwischen zu den politischen Hauptgegnern erklärt. Aber auch die Sympathisanten von CDU und CSU dürfen sich bei der Lektüre dieses Buches nicht entspannt zurücklehnen. Herles fordert eine klare Abkehr von der Merkel-Ära. Er misstraut Parteien zutiefst und ist der Meinung, dass sie sich den Staat zur Beute gemacht haben. Die Aufgabe des Journalisten sieht er zuvörderst darin, kritisch zu sein – egal, wer gerade regiert. Ungehorsam ist für ihn erste Bürgerpflicht.

Der Autor fordert die Bürgerlichen auf, sich nicht in den Lesesessel oder den eigenen Schrebergarten zurückzuziehen. Gute Musik zu hören und gute Bücher zu lesen, reiche nicht. „Die Verteidigung der eigenen Kultur ist Häuserkampf, alltäglicher Nahkampf“, so Herles. Die Vertreter der bürgerlichen Mitte sollten nicht einknicken und schweigen. Sie sollten widersprechen und sich wehren, wenn ihnen andere vorschreiben wollen, was sie zu essen, zu denken, zu lesen, wie sie zu schreiben und zu sprechen haben. Das ist unbequem, das erfordert Mut. Denn diejenigen, die mit radikaler Wucht eine ganz andere Gesellschaft errichten wollen, denunzieren ihre Widersacher gern als „Rechte“ oder Nazis.

Herles' Buch ist letztlich ein Plädoyer für den gesunden Menschenverstand und gegen Resignation und den Rückzug ins Schneckenhaus.



**Wolfgang Herles: „Mehr Anarchie, die Herrschaften. Eine Anstiftung“**, LangenMüller Verlag, München 2023, gebunden, 160 Seiten, 22 Euro

OSTERODE

# Europa literarisch mit Herder erkunden

Ermutung zur Verständigung – Im ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Gymnasium fand ein Wettbewerb zum kulturellen Erbe statt

VON UWE HAHNKAMP

**W**ettbewerbe gibt es viele in Polens Schulen; immer wieder sind die Schüler unterwegs, um bei mündlichen oder schriftlichen Prüfungen ihr Wissen in verschiedenen Fächern zu beweisen. So auch in Osterode. Dort wurden am 13. Dezember im I. Allgemeinbildenden Lyzeum „Jan Bażyński“ (I. LO) die Preisträger eines ganz besonderen Wettbewerbs gekürt. Das hängt mit dem Thema, den Anforderungen an die Arbeiten sowie dem Stifter seiner Preise zusammen.

Begonnen hat der Wettbewerb im Frühling 2023 mit einer Spende von 1000 Euro. Doch die Vorgeschichte reicht eigentlich bis ins Jahr 1925 zurück. Damals wurde in Osterode Armin Mruck geboren. Der heute 98-Jährige ist der letzte noch lebende Abiturient des Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums in Osterode, das er bis 1943 besuchte. Der junge Schulabgänger wurde danach sofort eingezogen und an der Front verwundet. Danach verschlug es ihn ins Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland, wo er in Göttingen studierte und sich seine ersten Sporen an der Universität in Oldenburg verdiente. 1951 ging er in den USA, wo er seither lebt und arbeitet.

## Herder und der Brückenbau nach Osterode

Heute ist Mruck Professor für Geschichte an der Towson-Universität in Maryland und hat sich auf das Thema „Deutsche Widerstandsbewegung im Nationalsozialismus“ spezialisiert. Wegen seiner Lebenserfahrungen hat er sich für studentischen Austausch und Verständigung zwischen den USA und Deutschland stark gemacht, wofür er mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet wurde. Begegnungen und Verständigung sind ihm ein Herzensanliegen – daher war das Thema des von ihm angestoßenen Wettbewerbs, der den Namen des großen Europäers Johann Gottfried Herder trug, der Brückenbau zwischen der polnischen und deutschen Nation unter verschiedenen Aspekten.

Wichtig war ihm als Osteroder, dass der Wettbewerb dort stattfindet, und als Absolvent des Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums, dass die Schüler des I. LO „Jan Bażyński“ sich mit seinem Thema befassen, denn dies befindet sich im gleichen Gebäude wie damals das Gymnasium. Per Videobotschaft wandte er sich im Rahmen der Preisverleihung mit einer kurzen Ansprache an die Teilnehmer des Wettbewerbs und die anderen Schüler in der randvollen Aula der Schule. Wegen seines



Gruppenbild der Gewinner: Vier Absolventen des ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums erhielten die Hauptpreise

Foto: U.H.

Alters und wegen der Zeitverschiebung konnte er weder persönlich noch direkt zugeschaltet an der Ehrung teilnehmen.

## Gemeinsame deutsch-polnische Organisation

Burghard Gieseler, der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Osterode/Ostpreußen, ging in seinem brieflichen Grußwort auf ein interessantes architektonisches Detail ein: „Die polnischen Schüler, die sich heute auf das Abitur vorbereiten, betreten die Schule durch dieselbe Tür wie damals Professor Armin Mruck, unter dem strengen Blick der Eule über dem Portal. Sie ist der Vogel der griechischen Göttin der Weisheit Athene, die nach den Wirren der Odyssee dafür gesorgt hat, dass wieder Frieden herrschte.“

Diese Aufforderung und Ermunterung zur Verständigung greift die Kreisgemeinschaft Osterode in ihrer Arbeit auf und gibt sie an die heute in Osterode lebenden jungen Polen weiter, ob durch Austausch mit einem Gymnasium in Osterode/Harz oder ganz im Sinne von Armin Mruck mit diesem Wettbewerb.



FOTOTOWSON UNIVERSITY

Der letzte noch lebende Abiturient des Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums in Osterode initiierte den Herder-Literaturwettbewerb seiner alten Schule

**Armin Mruck**

Professor für Geschichte an der Towson-Universität in Maryland

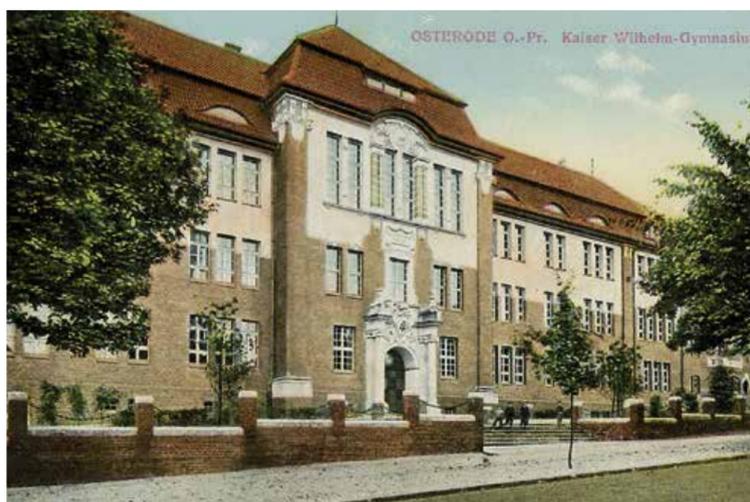
guten Arbeiten nicht einfach mit der Auswahl, war sich aber auf polnischer und deutscher Seite erstaunlich einig, was Direktor Patejuk sehr freute: „Es sieht so aus, als ob wir auf einer Wellenlänge liegen, was Fragen der Identität und des kulturellen Erbes der Region angeht.“

## Viel Kultur, Brotbacken und Schweizerdeutsch

Zwei der drei besten Arbeiten hatten „Kunst als universelle Sprache der Verständigung“ zum Thema. Während Maria Podlejska aus der zweiten Klasse (10. Klasse hierzulande) in ihrem Essay zu einem Rundumschlag durch Philosophie und verschiedene Künste ausholte, konzentrierte sich Wiktor Rafalski aus der vierten Klasse (12. Klasse) auf den Alltag und nahm unter anderem traditionelles Brotbacken in Karnitten als Kunst unter die Lupe, die Menschen verbindet. Dritter im Bunde der Hauptpreisträger war Piotr Zimniak, ebenfalls aus der vierten Klasse, der aus persönlichen Gründen das Thema „Mehrsprachigkeit als kulturelle Brücke“ gewählt hatte.

In der Bundesrepublik geboren, ist er dort und in der Schweiz aufgewachsen. Für seine Arbeit interviewte er seine Schwester, die ähnliche Erfahrungen gemacht hat wie er. Ein Interview für das Radio der Deutschen Minderheit in Ermland und Masuren „Allensteiner Welle“ gab er auf Deutsch und überraschte dabei sogar mit gutem Schweizerdeutsch.

Diese persönlichen Nuancen und eigenen Erlebnisse aller Autoren sind ein großes Plus der Arbeiten, geht doch augenscheinlich das Interesse der jungen Menschen über eine rein theoretische Auseinandersetzung mit dem Thema der Verständigung hinaus. Wegen des großen Erfolgs des Wettbewerbs signalisiert die Schule auf ihrer Facebook-Seite bereits ihre Bereitschaft zu einer Fortsetzung im kommenden Jahr, und auch Hoch findet die Idee sehr gut. „Vielleicht mit Immanuel Kant, dessen 300. Geburtstag wir 2024 feiern, als Namensgeber. Und wenn seine Gesundheit es erlaubt, kommt dann auch Professor Mruck auf Besuch. Er war 2016 zuletzt hier, möchte aber seine Heimatstadt noch einmal besuchen“, sagte er.



Kolorierte Postkarte der Originalaufnahme aus der Zeit zirka 1910 bis 1930: Kaiser-Wilhelm-Gymnasium mit dem Eingangsportal  
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Vor Ort bei Wettbewerb und Preisverleihung wurde sie von Henryk Hoch, dem Vorsitzenden des Vereins der deutschen Minderheit „Fannen“ in Osterode und des Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, vertreten. Er stellte auch die Kontakte zum I. LO, zu dessen Direktor Piotr Patejuk und zur Deutschlehrerin Agnieszka Dota-Kubińska her, unter deren Aufsicht der eigentliche Wettbewerb ablief.

Eingegangen waren letztendlich insgesamt elf Arbeiten, was bei den sieben schwierigen Unterthemen und dem geforderten Umfang der Arbeiten von mehreren Seiten ein stolzes Ergebnis ist. Immerhin winkte aber den drei besten Arbeiten ein Geldpreis von umgerechnet jeweils 250 Euro, für zwei weitere hatten die Organisatoren jeweils 125 Euro ausgelobt. Die Jury hatte es bei den sehr



Fast unverändert: Das Portal mit der Eule, dem griechischen Symbol der Weisheit, durch das auch Armin Mruck als Schüler hindurch ging  
Foto: Diacre

## ● AUFGESCHNAPPT

Von der deutschen Öffentlichkeit eher beiläufig registriert ist der Erweiterungsbau des Berliner Kanzleramts angelaufen. 400 neue Büros, eine eigene Kita und eine zusätzliche Kanzlerwohnung mit 250 Quadratmetern Wohnfläche wird der Neubau beherbergen. Die Kosten werden sich nach derzeitiger Planung auf etwa 800 Millionen Euro belaufen, was deutlich mehr ist, als durch die Streichung der verminderten Dieselsteuer für Landwirte jährlich eingespart werden soll. Die Bauzeit soll vier bis fünf Jahre betragen. Der Sitz des deutschen Kanzlers wird damit um ein Mehrfaches größer sein als das Weiße Haus in Washington. In Zeiten demonstrativer „Kosten-Sensibilität“ erscheint das bemerkenswert. Insgesamt hat die Ampelregierung bereits rund 7000 zusätzliche Stellen im Regierungsapparat geschaffen, darunter zahlreiche hoch- und höchstbezahlte Posten bis hin zu zusätzlichen Staatssekretären. Mit Einführung der neuen Kindergrundsicherung sollen zu deren Verwaltung weitere 5300 Stellen hinzukommen. H.H.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

György Bakondi, Chef-Sicherheitsberater von Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, warnt in der „Welt“ (3. Januar) vor wachsender radikal-islamischer Terrorgefahr in Europa und erklärt:

„Migranten, die illegal versuchen die Grenzen zu übertreten, Waffen bei sich tragen, keine Dokumente besitzen und das Geschäft von kriminellen Schleppern benutzen, sind keine politischen Flüchtlinge. Sondern sie sind illegal einreisende Wirtschaftsflüchtlinge, die auf ein besseres Leben hoffen. Deutschland, Schweden oder Großbritannien sind das Hauptziel dieser Wirtschaftsmigranten, weil sie die höchsten Sozialleistungen haben. Es ist ... eine Tatsache, dass die hohen Sozialgelder in Deutschland erheblich zur illegalen Migration beitragen.“

Der bekannte Auto-Entwickler Fritz Indra prophezeit den E-Autos eine düstere Zukunft. Dem „Focus“ (2. Januar) sagte er:

„Ein E-Auto mit Lithium-Ionen-Akku ist jedem klassisch angetriebenen Auto unterlegen, auch was das Recycling betrifft. Das E-Auto in der heutigen Form ist für die allermeisten Kunden einfach nicht gut genug, um den Verbrenner breitflächig und nachhaltig abzulösen. Das gilt natürlich für den ganzen Globus.“

Max Mannhart gräbt auf „Apollo News“ (8. Januar) nach dem Urgrund jener explosiven Unzufriedenheit, die sich gerade in den von den Bauern angeführten bundesweiten Protesten zeigt:

„Die Arroganz und Selbstbezogenheit des politischen Berlins hat den Kessel überhitzten lassen – jetzt fliegen die Ventile raus. Es ist das kumulierte, ruckartige Zurückschnappen der Realität gegen eine Politik, die die Wirklichkeit längst als ihren stärksten Feind identifiziert hat.“

Julian Reichelt bringt auf „Nius.de“ (8. Januar) auf den Punkt, warum die Bauernproteste ein ganz anderes Echo im Volk finden als die „Klimakleber“:

„Anders als bei den radikalen Klimaklebern stehen die Menschen in Deutschland hinter den Bauern. Der Grund könnte einfacher kaum sein: Mit den Klimaklebern demonstrieren Menschen, die nie gearbeitet haben, GEGEN unser Leben. Mit den Bauern demonstrieren Menschen, die jeden Tag fleißig arbeiten, FÜR unser Leben. Jeder Mensch im Land versteht das intuitiv.“

## ● WORT DER WOCHE

„Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft ist der Angst vor einer schlechteren gewichen. Erschöpfung und Enttäuschung, Sorge und Wut machen sich breit.“

Robert Habeck fasst die Stimmung im Land in einer Rede im Netz am 7. Januar treffend zusammen – ohne indes zu benennen, wer diese Lage herbeigeführt hat

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Würstchen in der Nacht

Wie man Peinlichkeit durch Pöbeln übertönt, und warum die alle so viel Angst haben

VON HANS HECKEL

Da tuckert sie von dannen, verschwindet ganz langsam in der Dunkelheit der Nacht über der Nordsee. Auf der Fähre kauert ein Minister, der aus blanker Furcht vor dem direkten Gespräch mit kritischen Bürgern Fersengeld gab. Ein jämmerliches Bild, und jeder, der es gesehen hat, denkt sich mit Blick auf diesen Minister: Was für ein Würstchen!

Kein Wunder, dass dieses erbarmungswürdige Schauspiel den Propagandisten in den Regierungsparteien und den ihnen gewogenen Redaktionsstuben kalten Schweiß auf die Stirn trieb. Um Himmels Willen! Wie stehen wir denn jetzt da, wo sich unser Lieblingsminister Habeck derart bis auf die Knochen blamiert hat? Nun half nur eines: Eine Lüge musste erfunden und so oft und so laut wiederholt werden, bis sie jedermann für die Wahrheit hielt.

Die Bauern am Anleger hätten die Fähre blockiert, hätten gar versucht, sie zu stürmen. Wer die etlichen Videos gesehen hat, welche die Szenen von allen Seiten dokumentiert haben, konnte sehen, dass nichts davon stimmt. Sie wollten Habeck nicht auf der Fähre festnageln, ganz im Gegenteil wollten die Landwirte, dass er an Land geht und mit ihnen spricht. Niemand wollte das Schiff stürmen, sie drängten erst auf den Anleger, als die Fähre schon abgelegt hatte. Ach, das wissen Sie ja vermutlich alles schon.

Und so gibt ja sogar der Habeck selbst zu, dass es nicht die Bauern waren, die ihn nicht an Land lassen wollten. Seine eigenen Sicherheitsleute hätten ihm geraten, nicht von Bord zu gehen, wegen der „Gefahrenlage“. Na und? Sind das seine Befehlshaber? Ohne Probleme hätte der Grünen-Politiker ungeachtet des Ratschlags seiner Leibwächter gehen können. Er wollte nicht, er hatte die Hosen voll.

Was heißt überhaupt „Gefahrenlage“? Andere Politiker handhaben das ganz anders. Durch ganz Deutschland gingen die Bilder, als am 10. Mai 1991 Helmut Kohl in Halle an der Saale aus einer riesigen, völlig unübersehbaren Masse mit Eiern beworfen wurde. Der Kanzler pfiff auf die Bedenken seiner Leibwache, stürmte auf den Werfer zu und packte ihn beim Kragen. Damals war der Mord an Treuhandchef Detlef Karsten Rohwedder gerade erst sechseinhalb Wochen her. Der Beauftragte von Kohls Bundesregierung war am 1. April von Terroristen getötet worden. Aber

das hielt den Kanzler nicht davon ab, sich ins Getümmel feindseliger, offenbar auch körperlicher Gewalt nicht abgeneigter Widersacher zu stürzen. Doch Habeck türmt vor einer Schar Bauern, die nur mit ihm reden wollen, die teilweise ihre kleinen Kinder auf dem Arm tragen und neben denen jede Menge Polizeikräfte präsent sind. Die Ampelmännchen sind halt aus weicherem Holz als ihre Vorgänger an der Regierungsspitze.

Und was soll man nun machen, wo jeder im Netz sehen kann, was an der Fähre wirklich passiert ist und die ganz große Mehrheit der Deutschen hinter den Bauern steht? Da helfen nur noch hemmungsloses Gepöbel – nach dem Motto: Da wird schon irgendwas hängenbleiben – und bodenlose Unterstellungen, je abseitiger, desto besser.

„Kartoffel-Mob an der Fähre“ und „Traktor-RAF“ lauten zwei Blüten der Pöbler. Die Unterstellungen sind noch unterirdischer, denn die drehen nur die älteste der alten Leiern weiter. Ja klar, die Bauern sind von „rechts“ unterwandert, wollen den „Umsturz“ und tragen ihre „leider populäre Staatsfeindlichkeit vor sich her“. Es macht so müde, dieses immer gleiche Geraune, das sofort ertönt, wenn grünlinkes Politikversagen und die desaströse Ideologie dahinter auf echten Widerspruch stoßen.

## Am Ende fällt der König

Apropos: Dass Bürger, die sich in der Demokratie eine andere Regierung wünschen, als „Umstürzler“ beschimpft werden, die „staatsfeindlich“ seien, weil sie die derzeitige Regierung nicht mögen, sagt mehr über das Demokratieverständnis der politischen und medialen Dreckwerfer aus als über das der beworfenen Bürger. Dass sich manch kritische Geister hier an den Jargon der Mächtigen in der Endphase der DDR erinnern fühlen, mag übertrieben klingen, ist aber verständlich.

Was haben sie noch im Köcher? Ach ja: Wie schon üblich in Fällen von bürgerlichem Aufbegehren wiederholt man unentwegt die Forderung, dass sich die Bauern von „rechtsradikalen Unterwanderern“ in ihren Reihen abgrenzen sollen. Die Forderung ist nichts anderes als die erste Umdrehung im Schraubstock, in dem jede Opposition gegen Linksgrün zerquetscht werden soll. Denn natürlich können sich die Bauern „abgrenzen“, bis sie quietschen. Es wird ihnen nichts nützen. Es sei denn, sie nehmen alle ihre Forderungen zurück und geloben feierlich, künftig zu Hause

zu bleiben, nur noch linksgrün zu wählen und ihre Kühe und Schweine im Stall zu gendern.

Allerdings: Von einem derart wunderbaren Ausgang der Geschichte träumen nicht einmal die Dreckwerfer und Schraubstockdreher. Sie haben etwas anderes vor: Das eigentliche Ziel besteht darin, dass sich die Bauern und ihre Unterstützer per Abgrenzungshysterie selber den Garaus machen, indem sie sich in kleine und kleinste Gruppen aufspalten, die sich gegenseitig „Rechtsradikalismus“ vorhalten. Damit hätte sich der Protest gleichsam eigenhändig zerfleischt: Spalte und herrsche! Mal sehen, ob die Protestbewegung darauf hereinfällt.

Die große Sympathie, welche den Landwirten im Volk entgegengebracht wird, macht den Ampelleuten und ihren medialen Herolden begreiflicher Weise am meisten Angst. Also versuchen sie, die Deutschen gegen ihre Bauern aufzustacheln, indem sie auf den hohen „Subventionen“ herumreiten, zu denen ja auch die Steuerbefreiung beim Diesel zähle. „Welt“-Herausgeber Stefan Aust hat einmal herausgearbeitet, womit die Mineralölsteuer eigentlich einst begründet wurde: Mit dem Geld sollten öffentliche Straßen gebaut und erhalten werden.

Während der gewöhnliche Auto- oder Lasterfahrer aber fast die ganze Zeit auf solchen öffentlichen Wegen unterwegs sei, so Aust, fahre der Bauer ganz überwiegend auf eigener Scholle, etwa beim Pflügen und Ernten, und benutze nur auf dem Weg dorthin jene öffentlichen Wege. Also sei es keine Subvention, wenn er weniger Steuern für den Sprit zahle, sondern das berücksichtige lediglich die Realität.

Man könnte Austs Gedanken noch weiterführen: Wenn Autofahrer über die Mineralölsteuer einen Extrabeitrag zum Erhalt des öffentlichen Wegenetzes leisten müssen, warum dann nicht auch Fußgänger und Fahrradfahrer, die – im Unterschied zu den Treckerfahrern – auch ganz überwiegend auf öffentlichen Wegen unterwegs sind? Fragen wir das lieber nicht zu laut. Sonst greifen die Ampelleute in ihrer uferlosen, selbst verschuldeten Geldnot diese Idee noch auf.

Zurzeit haben die vor allem Angst, weil sie sehen, wie der Bauernprotest längst alle möglichen anderen Berufsgruppen erfasst und mobilisiert hat. Wie hieß es auf einem Protestplakat mit Anspielung aufs Schachspielen: Den ersten Zug macht der Bauer, am Ende fällt der König.

Bürger, die sich in der Demokratie eine andere Regierung wünschen, sind also „Umstürzler“?



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)